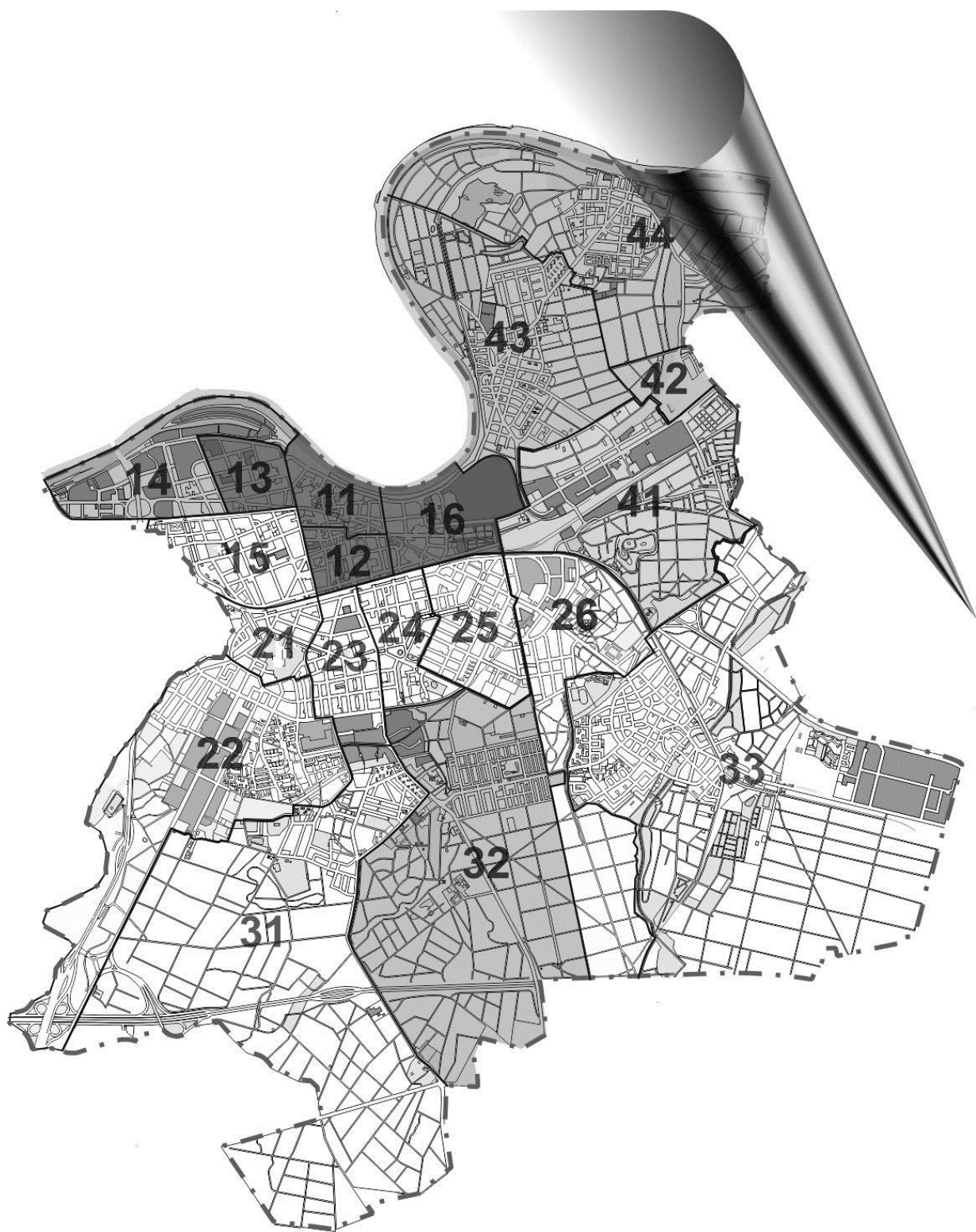


Sozialbericht 2017

Dezernat II / 81.3 Arbeitsförderung, Statistik und Integration
Referat Sozialplanung

Offenbach
am Main

OF



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

soziale Probleme, Armut und Arbeitslosigkeit sind nach wie vor zentrale Herausforderungen für die Stadt Offenbach. Maßnahmen zur sozialen Daseinssicherung, zur Bekämpfung von Armut, zur Sicherung der Teilhabe an Bildung und dem sozialen Leben und – nicht zuletzt – zur Integration in Erwerbsarbeit haben deshalb für Politik und Verwaltung in Offenbach hohe Priorität.

Zu einer guten Sozialpolitik gehören aber auch eine gute Dokumentation der Situation, eine genaue Beobachtung der Entwicklung und die kontinuierliche kritische Prüfung von Zielen und Zielerreichung in den sozialen Arbeitsfeldern.

Ich freue mich, dass wir mit dem Sozialbericht für das Jahr 2017 wieder alle wesentlichen Daten zur sozialen Situation in unserer Stadt vorlegen können. Wie in den Vorjahren gliedert sich der Bericht in die Darstellung von Leistungsberechtigten und Leistungen in den verschiedenen Rechtskreisen des Sozialgesetzbuches II (SGB II, Grundsicherung für Arbeitsuchende), des Sozialgesetzbuches XII und des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG). Daten und Analysen zur Kinderarmut und zur Situation Wohnungsloser sind auch für 2017 wieder in den Bericht aufgenommen worden.

Auch wenn der Problemdruck nach wie vor hoch ist, gibt es doch durchaus positive Entwicklungen in unserer Stadt. Die Zahl der Leistungsberechtigten im Bereich des SGB II ist in Offenbach wie schon im Vorjahr noch einmal deutlich zurückgegangen. Und zwar gegen den allgemeinen Hessentrend! Auch die Indikatoren für die Armut von Kindern und Jugendlichen weisen nach unten. Die stets sehr genau beobachteten und dokumentierten Arbeitsergebnisse des Jobcenters MainArbeit sind positiv. Deren Ziele wurden ganz überwiegend gut erreicht. Es gibt also durchaus Grund zur Zuversicht und auch für ein wenig Selbstbewusstsein. Denn es ist allen bekannt: Offenbach kann in der Sozialpolitik nicht aus dem Vollen schöpfen, sondern muss „aus wenig viel“ machen. Das gelingt mit großem Engagement der Macherinnen und Macher in den Verwaltungen, mit hoher Kompetenz und guten Konzepten.

Bei aller Zufriedenheit über eine gute Entwicklung im Jahr 2017 dürfen wir allerdings nicht aus den Augen verlieren, dass der Problemdruck nach wie vor hoch ist und es noch ein langer Weg sein wird, bis Offenbach seine soziale Balance komplett wiedergewonnen und die über Jahrzehnte entstandene Sondersituation mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und Armut überwunden haben wird. Auf diesem Weg brauchen wir weiter eine klare Orientierung, großes Engagement und Beharrlichkeit bei der Umsetzung der Konzepte. Wir werden am Ball bleiben.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Referat Sozialplanung und der MainArbeit für die umfangreiche und aufwändige Zahlenszusammenstellung und wünsche allen Leserinnen und Lesern des Sozialberichts eine aufschlussreiche Lektüre. Hinter jeder Zahl stecken Schicksale unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir spüren unsere Verantwortung.

Ihr



Peter Schneider
Bürgermeister

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Inhaltsverzeichnis	1
1. Einführung	2
2. Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)	3
2.1 Ausgewertete Leistungsbereiche und Datenbasis	3
2.2 Ergebnisse auf gesamtstädtischer Ebene	4
2.3 Entwicklung in den Bezirken der Stadt	7
2.4 Entwicklung im hessischen Vergleich	9
2.5 Bewilligte Geldleistungen im SGB II	10
2.6 Zielvereinbarungen und Zielerreichung im SGB II	12
3. Sozialhilfe (SGB XII)	13
3.1 Ausgewertete Leistungsbereiche und Datenbasis	13
3.2 Leistungsberechtigte außerhalb von Einrichtungen	13
3.3 Leistungsberechtigte innerhalb von Einrichtungen	16
3.4 Leistungsberechtigte nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	17
3.5 Ausgaben im SGB XII	17
4. Leistungen für Bildung und Teilhabe	19
5. Kinder und Jugendliche im SGB II	21
5.1 Vorbemerkung	21
5.2 Struktur	21
5.3 Entwicklung	24
5.4 Fazit	26
6. Wohnungs- und Obdachlosigkeit	27
6.1 Aktuell von Wohnungslosigkeit Betroffene / ehemalige Wohnungslose mit Unterstützungsbedarf	27
6.2 Unmittelbar von Wohnungslosigkeit Bedrohte	27
6.3 Wohnungslosigkeit wegen unzumutbarer Wohnverhältnisse / bei Zugewanderten in gesonderten Unterkünften	28
6.4 Sozialstruktur der Wohnungs- und Obdachlosigkeit	29
7. Fazit	30
8. Anhang	32
8.1 Glossar	32
8.2 Tabellen zu Kapitel 1 (Einführung)	38
8.3 Tabellen zu Kapitel 2 (SGB II)	39
8.4 Tabellen zu Kapitel 3 (SGB XII)	49
8.5 Tabellen zu Kapitel 4 (Leistungen für Bildung und Teilhabe)	52
8.6 Tabellen zu Kapitel 5 (Kinder und Jugendliche im SGB II)	53
8.7 Tabellen zu Kapitel 6 (Wohnungs- und Obdachlosigkeit)	55
8.8 Tabellen zu Kapitel 7 (Zusammenfassung)	56
8.9 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	57
8.10 Abkürzungsverzeichnis	60
Impressum	61

1. Einführung

Die Sozialberichte der *Stadt Offenbach* erscheinen in einem jährlichen Rhythmus. Der vorliegende Sozialbericht 2017 zeigt die Entwicklungen im Bereich der Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitssuchende und Sozialhilfe) sowie im Bereich Bildung und Teilhabe in der *Stadt Offenbach* bis zum Dezember 2017.

Die Bevölkerung in Offenbach ist im Jahr 2017 weiter gewachsen. Die Zahl der Einwohner wuchs zum Jahresende um 1,4 Prozent auf 135.692. Weil die Zahl der Einwohner mit ausländischer Nationalität mit 3,6 Prozent deutlich stärker wuchs als die Zahl der deutschen Einwohner (plus 0,1 Prozent), stieg der Anteil nicht-deutscher Einwohner an der Gesamtbevölkerung auf 37,8 Prozent (Vorjahr: 37,0 Prozent). Der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund erreichte 61,6 Prozent¹. Der Anteil der Einwohner im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren lag Ende 2017 bei 69,2 Prozent. Unterschieden nach der Staatsangehörigkeit gab es hier deutliche Unterschiede: Deutsche: 61,7 Prozent, Nichtdeutsche 81,2 Prozent (vgl. Tab. 1, Tab. 4).

Auch auf dem Arbeitsmarkt gab es Wachstum. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort stieg innerhalb eines Jahres bis September 2017 um 4,4 Prozent auf 52.217, die der Beschäftigten am Arbeitsort Offenbach um 2,7 Prozent auf 47.788. Die Zuwachsrate bei der Zahl der Beschäftigten am Wohnort war fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt Hessens mit 2,3 Prozent (vgl. Tab. 2, Tab. 3). Die Beschäftigungsquote (Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) lag im Juni 2017 mit 60,2 Prozent (Vorjahresmonat: 57,8 Prozent) über dem hessischen Durchschnittswert von 58,1 Prozent. Insbesondere die Beschäftigungsquote der nichtdeutschen Beschäftigten (an der nichtdeutschen erwerbsfähigen Bevölkerung) lag mit 57,9 Prozent deutlich über dem hessischen Durchschnitt (47,1 Prozent)².

Die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt ging im Dezember 2017 auf 6.566 zurück (minus 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat). Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank auf 9,3 Prozent (Vorjahr: 9,7 Prozent). Anders als im Vorjahreszeitraum ging im Jahr 2017 auch die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II zurück (von 5.237 im Dezember 2016 auf 4.960 im Dezember 2017, vgl. Tab. 5).

Auch die Unterbeschäftigung (Arbeitslose plus Teilnehmende an Maßnahmen) ging im Jahr 2017 weiter zurück (von 9.084 im Dezember 2016 auf 8.866 im Dezember 2017). Die Unterbeschäftigungsquote (Anteil der Unterbeschäftigten an den zivilen Erwerbspersonen) im Rechtskreis des SGB II sank auf 9,4 Prozent; die Unterbeschäftigungsquote in beiden Rechtskreisen – SGB II und SGB III – zusammen ging auf 12,2 Prozent zurück (vgl. Tab. 5).

Vor diesem Hintergrund zeigt das folgende Kapitel die Einzelheiten des weiteren Rückgangs der Zahl der Bedarfsgemeinschaften in der Grundsicherung für Arbeitssuchende in der Stadt Offenbach, auch im Vergleich zu anderen hessischen Städten und Landkreisen.

¹ In den Bereichen, in denen zur weiteren Analyse Daten zur Bevölkerungsstruktur hinzugezogen werden, entstammen diese Melderegister der *Stadt Offenbach*. Diese Daten liegen für den gleichen aktuell betrachteten Zeitraum vor wie die Datenbestände aus den Bereichen SGB II und SGB XII und sind kleinräumig und strukturell tief gegliedert verfügbar. Die nach dem Zensus 2011 fortgeschriebenen Daten des *Statistischen Landesamtes Hessen* hingegen erlauben aufgrund der besonderen Erhebungsmethode des Zensus keine kleinräumige Differenzierung innerhalb der Stadt. Für ein Festhalten an der Datenbasis der Bevölkerungsfortschreibung der Stadt gibt es keine Alternative. Es entspricht zudem der durchgängigen Praxis der Statistikämter hessischer Großstädte. Die Fortschreibung der Zensus-Daten weist in der Regel niedrigere Bevölkerungsstände für Offenbach aus als das Melderegister. Der klare Trend einer wachsenden Bevölkerung in Offenbach zeigt sich in beiden Datensystemen.

² Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsquoten (Jahreszahlen und Zeitreihen). Nürnberg, Februar 2018 und Februar 2017.

2. Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

2.1 Ausgewertete Leistungsbereiche und Datenbasis

Die Grundsicherung für Arbeitslose nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) umfasst ein an der Erwerbsarbeit orientiertes Fürsorgesystem für verschiedene Personengruppen. Dazu zählen u.a.:

- Arbeitslose und Langzeitarbeitslose;
- Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen (sog. „Ergänzer“);
- Absolventen von allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen sowie mit Berufsausbildungen, die keine Ansprüche auf vorrangige Versicherungsleistungen erwerben konnten,
- Berufsrückkehrer;
- Eltern mit Erziehungspflichten;
- Bezieher von Arbeitslosengeld I (ALG I, nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch [SGB III]), deren Bedarf durch diese Versicherungsleistung nicht ausreichend gedeckt ist („Aufstocker“) und
- Personen ohne Ansprüche auf ALG I nach nur kurzfristiger Beschäftigung.

Die Leistungen umfassen im Wesentlichen:

- Arbeitslosengeld II (ALG II) für erwerbsfähige Leistungsberechtigte³;
- Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Angehörige der Bedarfsgemeinschaft (BG) von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten;
- Leistungen für Kranken- und Pflegeversicherung der Leistungsberechtigten;
- Leistungen zur Eingliederung in Erwerbsarbeit;
- Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Vom Träger der amtlichen Statistik für das SGB II, der *Bundesagentur für Arbeit (BA)*⁴, stammt der Großteil der Daten des vorliegenden Berichts. Bevölkerungsdaten auf Basis des Melderegisters kommen vom *Offenbacher Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration*.

Im Jahr 2016 reformierte die Bundesagentur für Arbeit die Grundsicherungsstatistik und differenzierte die Personengruppen statistisch nach leistungsrechtlichen Kriterien (den Zusammenhang verdeutlicht Abb. 1). Mit der Reform ging eine rückwirkende Revision der Daten einher. Die meisten der im Anhang befindlichen Tabellen wurden entsprechend aktualisiert. Kleinräumige Daten konnten jedoch nicht rückwirkend aktualisiert werden, daher kann es in den betreffenden Tabellen zu geringfügigen Abweichungen gegenüber Werten in anderen Tabellen kommen

³ Als erwerbsfähig wird eine Person bezeichnet, die 15 Jahre und älter ist, die (Regel-)Altersgrenze noch nicht erreicht hat und mindestens drei Stunden am Tag unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes arbeiten kann. Ob die Aufnahme einer Arbeit oder die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt vorübergehend unzumutbar ist (z.B. wegen Erziehung eines Kindes unter drei Jahren), ist hierbei ohne Belang. Mit einer erwerbsfähigen und leistungsberechtigten Person zusammen lebende, nicht erwerbsfähige Personen bilden mit dieser eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft (BG) und erhalten Sozialgeld. In einer BG können auch mehrere erwerbsfähige Personen mit ALG II-Bezug leben.

⁴ Die Geschäftsdaten der kommunalen Jobcenter werden der Statistik der BA über die normierte Schnittstelle X-Sozial gemäß § 51b Abs. 2 SGB II übermittelt. Aus diesen generiert die Statistik der BA die amtlichen Daten der SGB II-Statistik. Bei diesen Daten kann es, wie bei anderen Fachstatistiken auch, leichte Abweichungen zu Geschäftsdaten oder Haushaltsdaten der Kommune geben, da die BA-Statistik die übermittelten Daten im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages plausibilisiert, Berichtsperioden zuordnet und mit den Daten anderer Statistikagregate wie der Arbeitsmarkt-, Beschäftigten- und der Bevölkerungsstatistik vervollständigt. Gegenüber Daten früherer Sozialberichte ist zu beachten, dass Datenrevisionen der BA-Statistik zu vereinzelt rückwirkenden Änderungen von Eckzahlen auch für die Vorjahre führen. Beim zeitlichen Bezug der Daten gibt es Unterschiede zwischen den Daten zum SGB II der BA und denen des *Sozialamtes der Stadt Offenbach* zum SGB XII. Während die BA ihre Daten zur Mitte eines jeden Monats (zudem unterschiedlich zwischen dem elften und dem 16. Tag eines Monats) erhebt, nimmt das *Sozialamt* Daten vom Ende eines Monats (verwendet werden im vorliegenden Bericht die Daten des 31.12. eines Jahres). In der Zusammenschau der Daten entstehen dadurch unvermeidlich geringfügige Unschärfen.

Personen in Bedarfsgemeinschaften (PERS)				
Leistungsberechtigte (LB)			Nicht Leistungsberechtigte (NLB)	
Regelleistungsberechtigte (RLB)		Sonstige Leistungsberechtigte (SLB)	vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen (AUS)	Kinder ohne Leistungsanspruch (KOL)
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF)			

Abb. 1: Personengruppen im SGB II seit der Revision im Jahr 2016

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2017): Revision der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II – Messung von Verweildauern

2.2 Ergebnisse auf gesamtstädtischer Ebene

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sank im Dezember 2017 gegenüber dem Vorjahresende um über vier Prozent auf 8.083. Die Zahl der Leistungsberechtigten reduzierte sich um fünf Prozent auf 17.731 Personen; der Rückgang fand sowohl bei den erwerbsfähigen wie bei den nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten statt (vgl. Abb. 2, Tab. 6). Zur Struktur der Gruppe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten vgl. Tab. 8 bis Tab. 13.

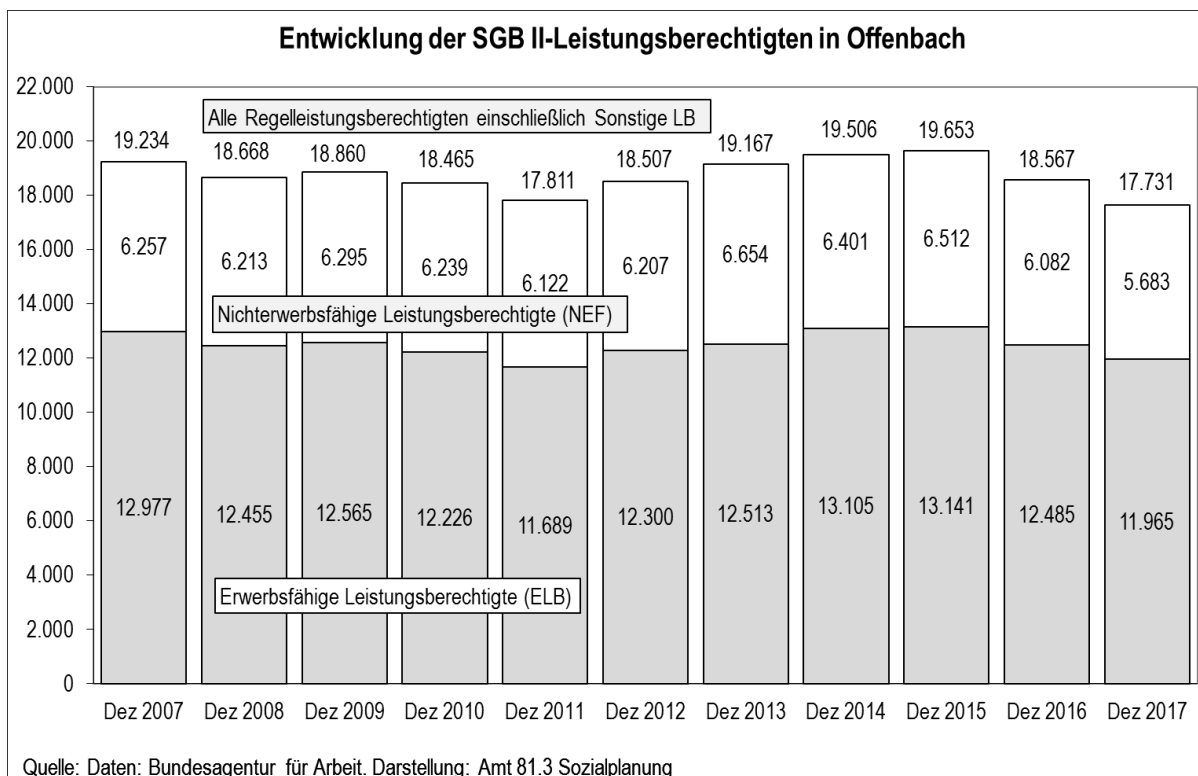


Abb. 2: Entwicklung der Zahl der SGB II-Leistungsberechtigten in Offenbach

Die Entwicklung der *Jahresdurchschnittswerte* zeigt einen ähnlich hohen Rückgang der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigten (vgl. Tab. 7, Tab. 13).

Zwischen Dezember 2016 und 2017 gab es in Offenbach mit 3,6 Prozent ein vergleichsweise starkes Wachstum der nichtdeutschen Bevölkerung (deutsche Bevölkerung: plus 0,1 Prozent, vgl. auch Tab. 4). Die nichtdeutsche Bevölkerung ist nach wie vor überdurchschnittlich stark bei dem Leistungsbezug nach SGB II vertreten. In besonderem Maße gilt das für Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Diese Personengruppe ist nicht erwerbsfähig im Sinne des SGB II (vgl. Tab. 14, Tab. 17). Bezogen auf die Gesamtbevölkerung waren im Berichtsjahr 27,8 Prozent der Offenbacher Kinder unter 15 Jahren im SGB II-Bezug („NEF-Quote U15“). Dieser Anteil ist seit Jahren rückläufig (vgl. Tab. 15, Tab. 16).

43 Prozent der Bedarfsgemeinschaften haben Kinder unter 18 Jahren. Fast zwei Drittel der Kinder unter 15 Jahren lebt in Partner-BG, unter den alleinerziehenden BG überwiegen diejenigen mit zwei Kindern (vgl. Tab. 18 bis Tab. 20 und Abb. 3).

Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die Leistungen nach SGB II erhalten, weil ihr eigenes Einkommen zu gering ist („Ergänzer“), sank im Dezember 2017 gegenüber dem Vorjahresende auf 3.425 Personen. Dies waren 28,6 Prozent aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (vgl. Abb. 4, Tab. 23, Tab. 24). 94 Prozent der Bedarfsgemeinschaften hatten im Dezember 2017 einen Zahlungsanspruch für Leistungen der Unterkunft, 86,6 Prozent für den Regelbedarf Arbeitslosengeld II und 18,5 Prozent für den Regelbedarf Sozialgeld⁵ (vgl. Tab. 25).

Bei Betrachtung einzelner Nationalitäten kann bei vielen ein Rückgang der Zahl der Leistungsberechtigten festgestellt werden. Aber auch das Wachstum der Zahl der Leistungsberechtigten mit bulgarischer Nationalität ist auffällig (vgl. Abb. 5, Tab. 21).

Die **SGB II-Quote** sank deutlich auf 15,6 Prozent⁶. Die durchschnittliche SGB II-Quote der nichtdeutschen Nationalitäten liegt mit 18,9 Prozent deutlich darüber (vgl. Abb. 6, Tab. 22)⁷.

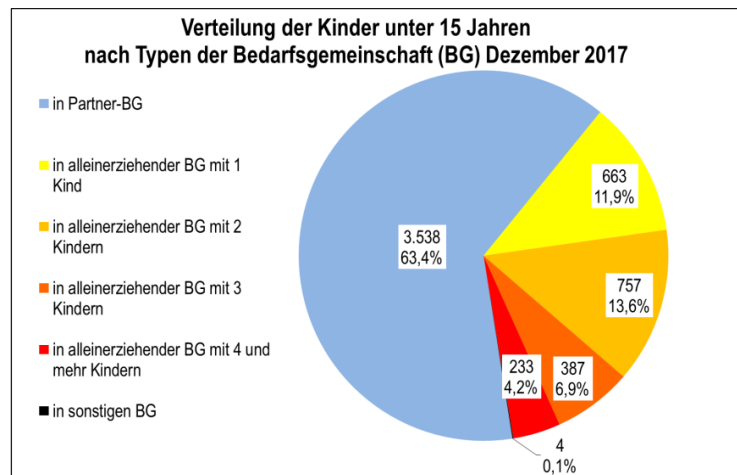


Abb. 3: Kinder unter 15 Jahren nach Typen der Bedarfsgemeinschaft
Quelle: BA. Darstellung Amt 81.3 Sozialplanung

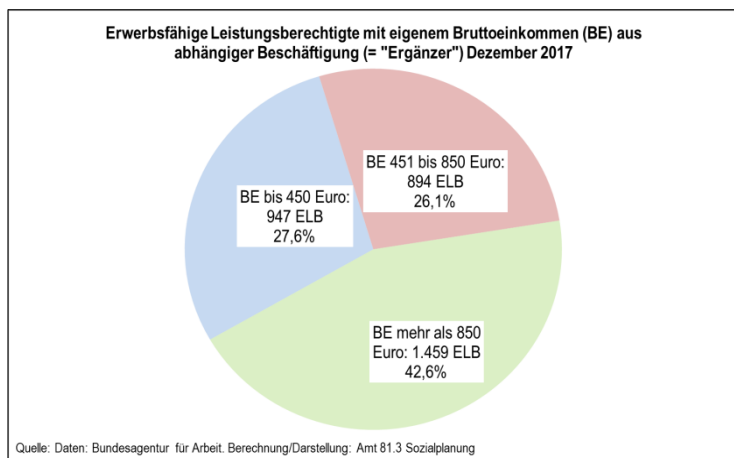


Abb. 4: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit eigenem Bruttoeinkommen („Ergänzer“)

⁵ Bei den BG ohne ALG II-Bezug handelt es sich um Leistungsberechtigte, die aufgrund von anrechenbarem Einkommen keine Regelsatzleistungen, sondern nur Leistungen für Unterkunft (LfU) beziehen. Der sehr kleine Anteil von Leistungsbeziehern ohne LfU besteht überwiegend aus Personen, die im elterlichen oder einem fremden Haushalt leben und keine eigenen Mietkosten haben.

⁶ Hier bezogen auf alle Leistungsberechtigten. Standardmäßig wird nur die Zahl der Leistungsberechtigten (Regelleistungsberechtigte und Sonstige Leistungsberechtigte), nicht aber die Zahl der Nicht-Leistungsberechtigten herangezogen. Die BA weist mit Bezug auf Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes für Dezember 2017 eine SGB II-Quote von 17,0 Prozent (vgl. Tab. 75) aus. Im Unterschied zwischen den beiden Quoten kommt die immer noch große Differenz zwischen der zensusbasierten Bevölkerungszahl, mit denen die Landes- und Bundesstatistiken arbeiten, und der lokalen Bevölkerungsfortschreibung zum Ausdruck.

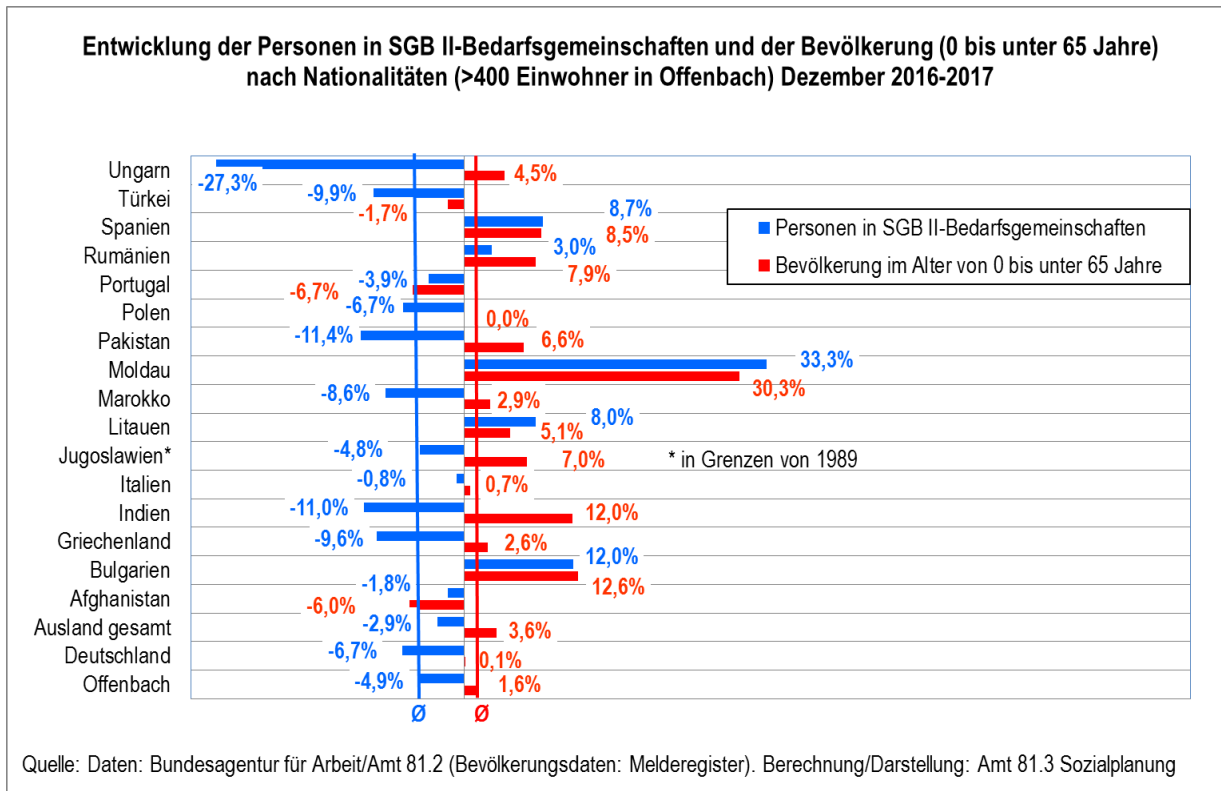


Abb. 5: Entwicklung der Personen in Bedarfsgemeinschaften und der Bevölkerung nach Nationalitäten

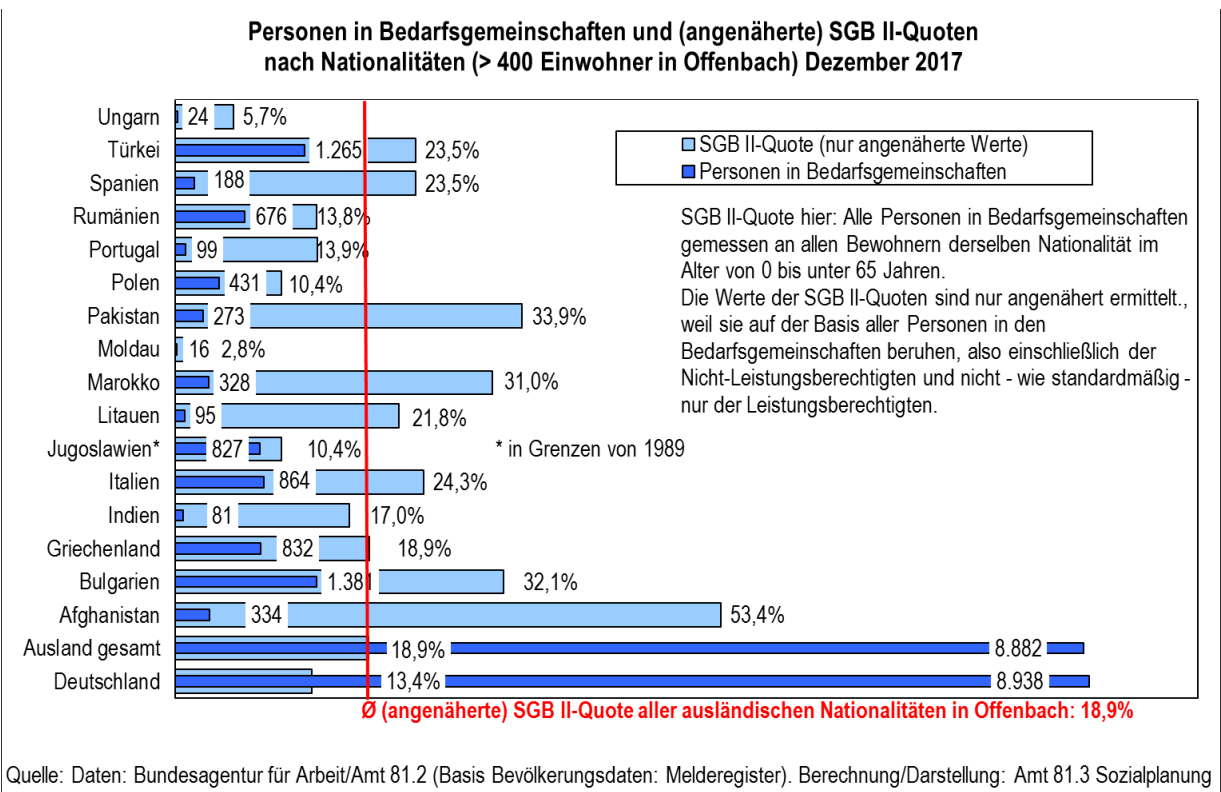


Abb. 6: Personen in Bedarfsgemeinschaften und (angenäherte) SGB II-Quoten nach Nationalitäten

⁷ Die SGB II-Quote hier gibt hier mangels Verfügbarkeit detaillierterer Daten nur einen angenäherten Wert wieder: Sie stellt die Quote aller Personen in den Bedarfsgemeinschaften bezogen auf alle Bewohner derselben Nationalität im Alter von 0 bis unter 65 Jahren dar.

2.3 Entwicklung in den Bezirken der Stadt

In fast allen Statistischen Bezirken der Stadt nahm im Dezember 2017 die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften gegenüber dem Vorjahr ab. Der Bezirk mit den meisten Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigten war Lauterborn (844 BG bzw. 2.062 LB, vgl. Abb. 7, Tab. 26 bis Tab. 28).

Die SGB II-Quoten der meisten Statistischen Bezirke verringerten sich gegenüber dem Vorjahr. Lediglich in drei Bezirken stieg – auf niedrigem Niveau – die Quote leicht an (vgl. Tab. 29). Überdurchschnittliche SGB II-Quoten sind wie in den Vorjahren vor allem in den nördlichen Innenstadtbezirken zu verzeichnen (vgl. Abb. 8)⁸.

Mit einem Rückgang des Anteils der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der Gesamtbevölkerung ist der Segregationsindex, der die sozialräumliche Ungleichheit innerhalb der Stadt misst, gegenüber dem Vorjahr weiter auf nun 12,4 gesunken⁹ (vgl. Abb. 9, Tab. 30). Damit hat sich der langjährige Trend des Ausgleichs zwischen den Sozialräumen der Stadt fortgesetzt.

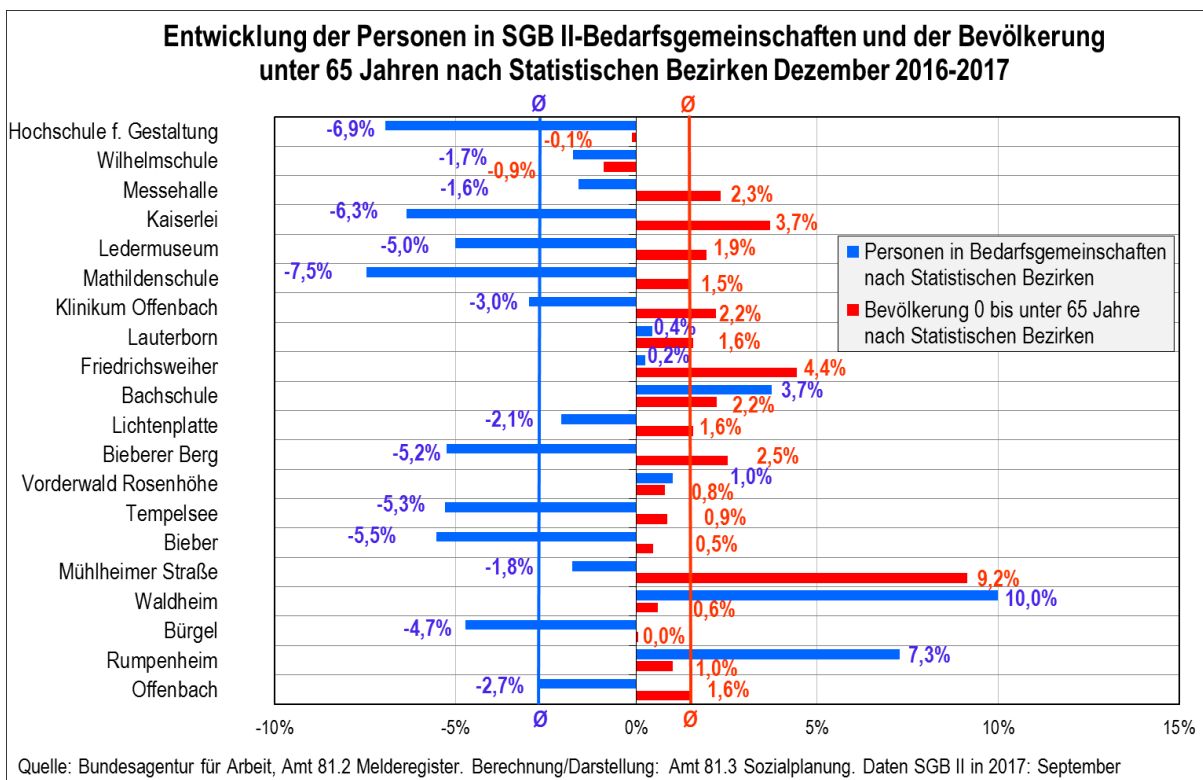


Abb. 7: Entwicklung Leistungsberechtigte / Bevölkerung unter 65 Jahren in Statistischen Bezirken

⁸ SGB II-Quote: Alle Personen in Bedarfsgemeinschaften gemessen an allen Bewohnern im Alter von 0 bis unter 65 Jahren. Die Werte der SGB II-Quoten auf kleinräumiger Ebene sind mangels Datenverfügbarkeit nur angenähert ermittelt, weil sie auf der Basis aller Personen in den Bedarfsgemeinschaften beruhen, also einschließlich der Nicht-Leistungsberechtigten und nicht - wie standardmäßig - ausschließlich auf der Basis der Leistungsberechtigten (Regelleistungsberechtigte und Sonstige Leistungsberechtigte). Daher kann es unter Umständen zu Abweichungen in den Quoten um ein Zehntel Prozentpunkt kommen.

⁹ Die Betrachtung der räumlichen Ungleichverteilung (Segregation) in den Statistischen Bezirken weist auf Differenzen in der Betroffenheit von Armut und damit von Lebenslagen hin. Das statistische Maß für den Grad der Segregation der Bevölkerung bezogen auf ein bestimmtes Merkmal (hier der SGB II-Anteil an der Gesamtbevölkerung) ist ein entsprechender Index. Ein hoher Indexwert zeigt eine hohe Ungleichverteilung, ein niedriger eine gleichmäßigere Verteilung zwischen den Stadtteilen.

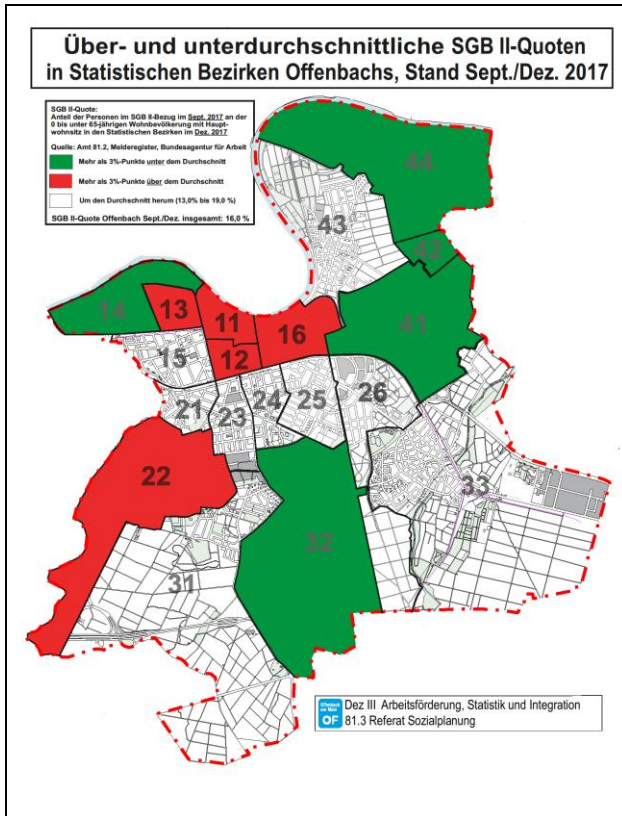


Abb. 8: Über- und unterdurchschnittliche SGB II-Quoten nach Statistischen Bezirken

Quelle: BA, Amt 81. Berechnung/Darstellung Amt 81.3 Sozialplanung

Rot = mehr als drei Prozentpunkte über dem Durchschnitt¹⁰
Grün = mehr als drei Prozentpunkte unter dem Durchschnitt

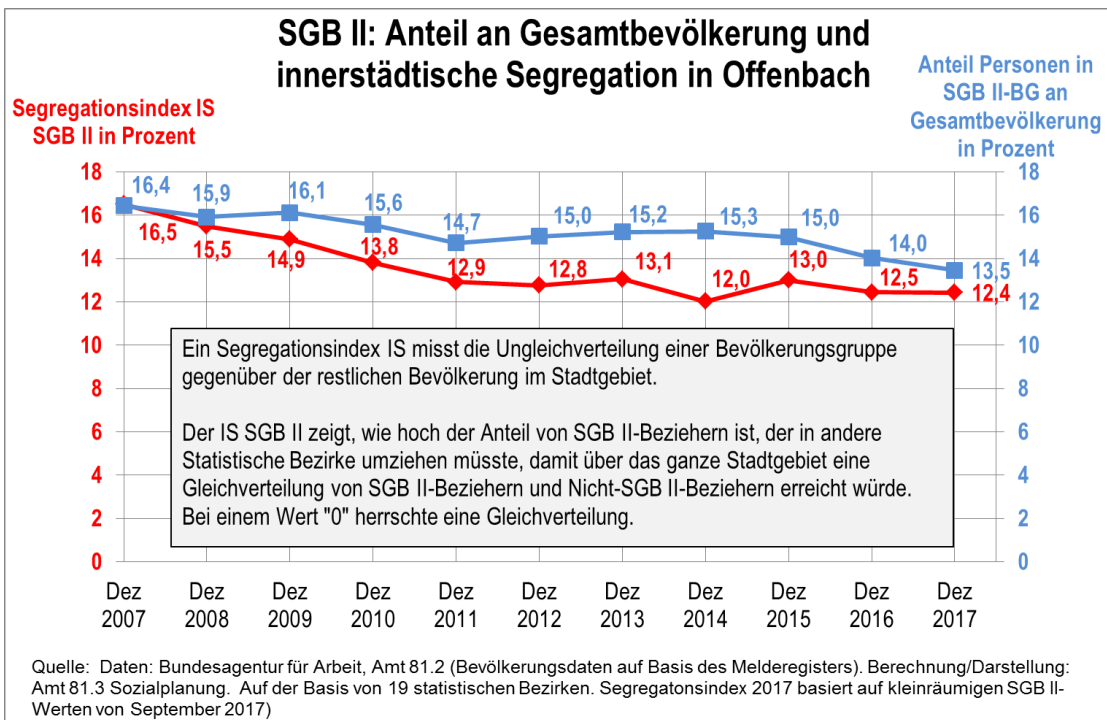


Abb. 9: Innerstädtische Segregation im Bezug von SGB II-Leistungen

¹⁰ Da es zum Zeitpunkt der Berichterstellung auf kleinräumiger Ebene (Statistische Bezirke) noch keine SGB II-Daten für Dezember 2017 gibt, wurden die letzten verfügbaren (September-)Werte zur Berechnung der SGB II-Quote für die Statistischen Bezirke genommen. Hierdurch ergibt sich mit 16,0 Prozent eine höhere SGB II-Quote für die Gesamtstadt als in den übrigen Teilen des Sozialberichts.

2.4 Entwicklung im hessischen Vergleich

In Offenbach gab es im Vergleich zu den übrigen Stadt- und Landkreisen in Hessen zwischen Dezember 2016 und 2017 den stärksten Rückgang bei der Zahl der Bedarfsgemeinschaften (minus 4,1 Prozent) und ihrer Personen (minus 4,9 Prozent). Die durchschnittliche Personenzahl einer Bedarfsgemeinschaft in Offenbach war über 2,2 Personen pro Bedarfsgemeinschaft allerdings hessenweit weiterhin die höchste. Offenbach bleibt eine Stadt mit sehr hohen Anteilen von Bedarfsgemeinschaften mit mehreren Kindern. Auch die Zahl der Leistungsberechtigten pro Bedarfsgemeinschaft, die einen Bedarf an ALG II haben, ist mit 1,48 Personen in Offenbach am höchsten (vgl. Abb. 10, Abb. 11, Tab. 31 bis Tab. 34).

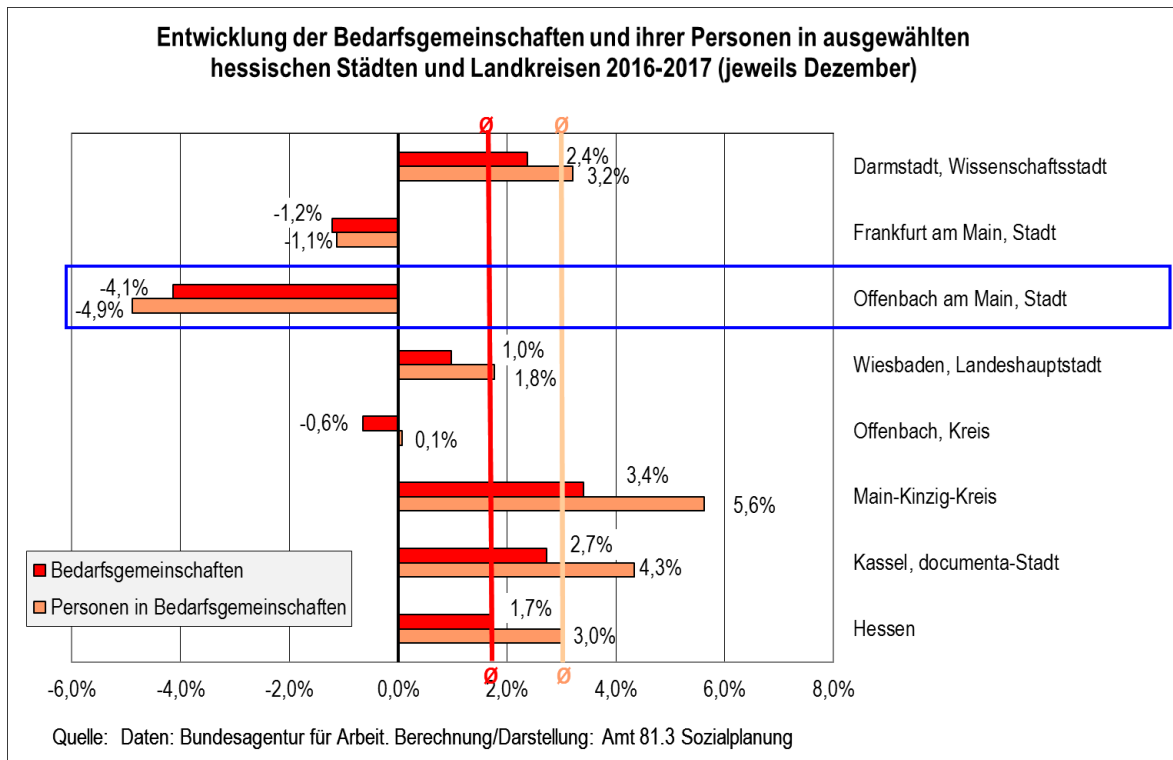


Abb. 10: Entwicklung Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte in Hessen

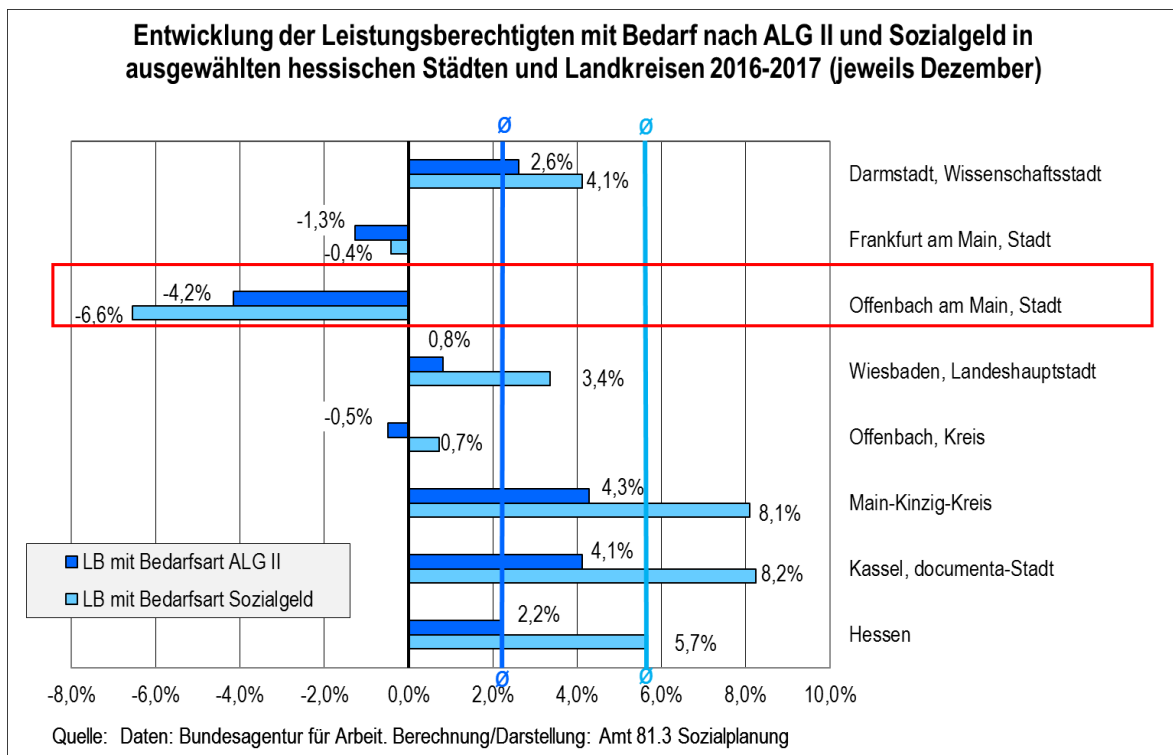


Abb. 11: Entwicklung Arbeitslosengeld II- und Sozialgeldempfänger in Hessen

2.5 Bewilligte Geldleistungen im SGB II

Die Zahlungsansprüche im SGB II lagen im Jahr 2017 bei rund 101,2 Millionen Euro und damit um knapp zwei Millionen Euro geringer als im Jahr zuvor. Den größten Einzelposten bei den Geldleistungen bildeten mit knapp 46 Prozent die Leistungen für Unterkunft und Heizung (vgl. Abb. 12, Tab. 37).

Die Ansprüche für die Regelleistung ALG II und die Leistungen für Unterkunft und Heizung sanken gegenüber dem Vorjahr, die Ansprüche für die Regelleistung Sozialgeld sowie die Sozialversicherungsbeiträge stiegen vgl. Abb. 13, Tab. 35 und Tab. 36)¹¹.

Der durchschnittliche Gesamtanspruch einer Bedarfsgemeinschaft betrug in einem Monat des Jahres 2017 1.008 Euro, etwa die Hälfte davon entfiel auf Leistungen für Unterkunft und Heizung (Abb. 14, Tab. 38).

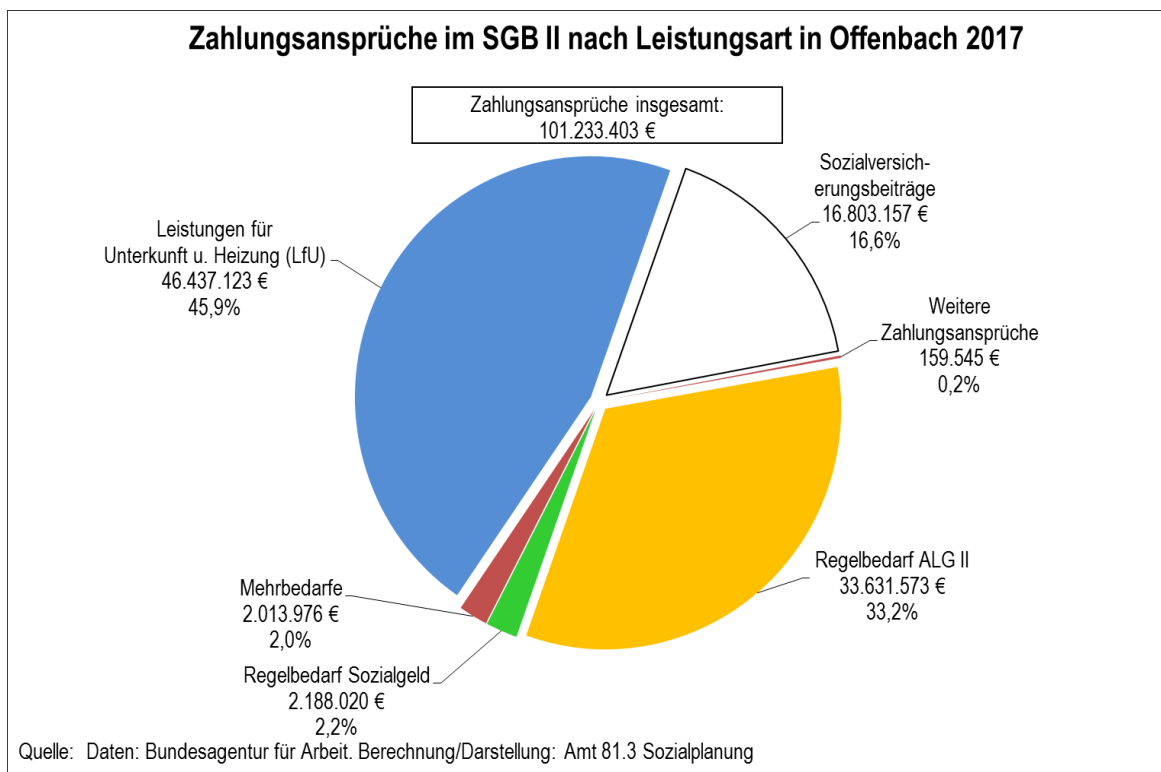


Abb. 12: Zahlungsansprüche im SGB II nach Leistungsart in Offenbach

¹¹ In diesem Abschnitt werden Daten der SGB II-Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu Grunde gelegt. Diese bauen auf den Meldungen der Jobcenter über die Datenschnittstelle X-Sozial auf und generieren überregional vergleichbare Daten. Es handelt sich hier um Daten zu den bewilligten Leistungen (= Zahlungsansprüche, siehe Glossar) im jeweiligen Bezugszeitraum. Diese können von den tatsächlichen Ausgaben in einem Jahr abweichen, z. B. wenn Bewilligung und Auszahlung in verschiedene Zeiträume fallen oder wenn bei den Auszahlungen Aufrechnungen mit Rückforderungen vorgenommen werden. So weichen auch die Daten der kassenwirksamen Ausgaben von den hier dargestellten Geldgrößen ab, wenn auch stets nur in einem kleinen Umfang von drei bis vier Prozent.

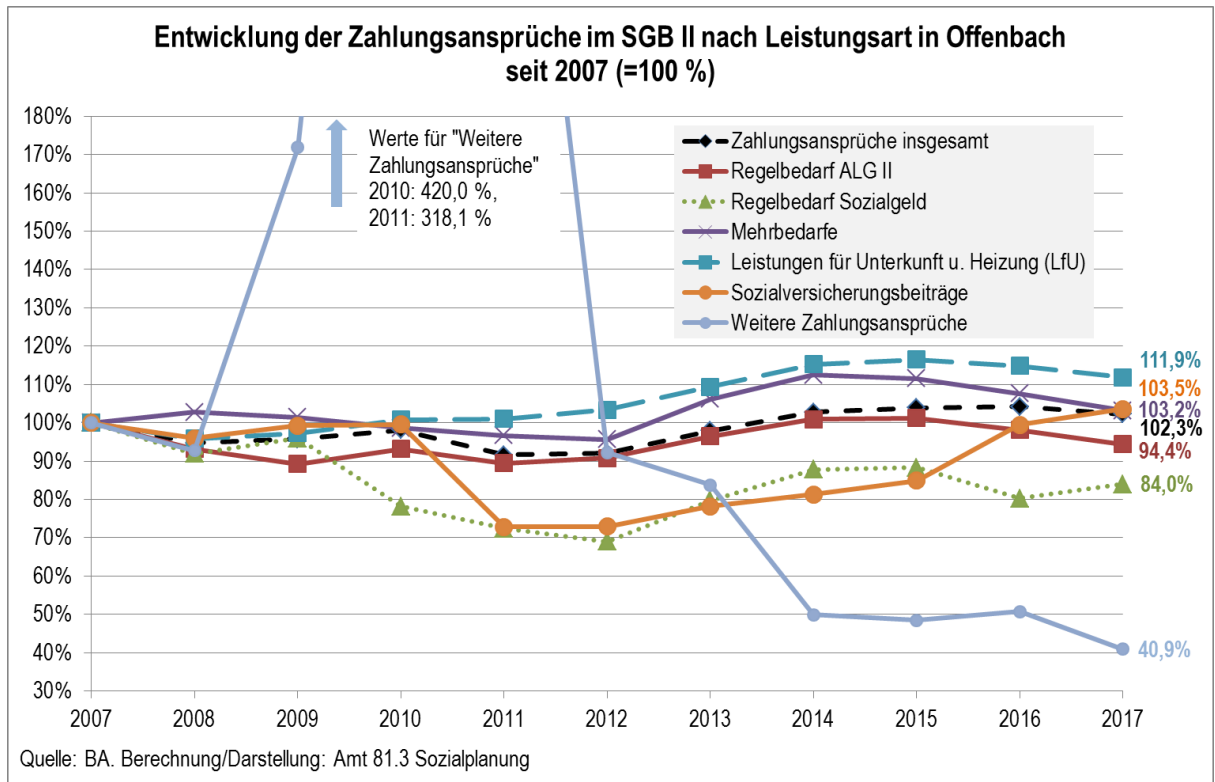


Abb. 13 Entwicklung der Zahlungsansprüche im SGB II nach Leistungsart in Offenbach

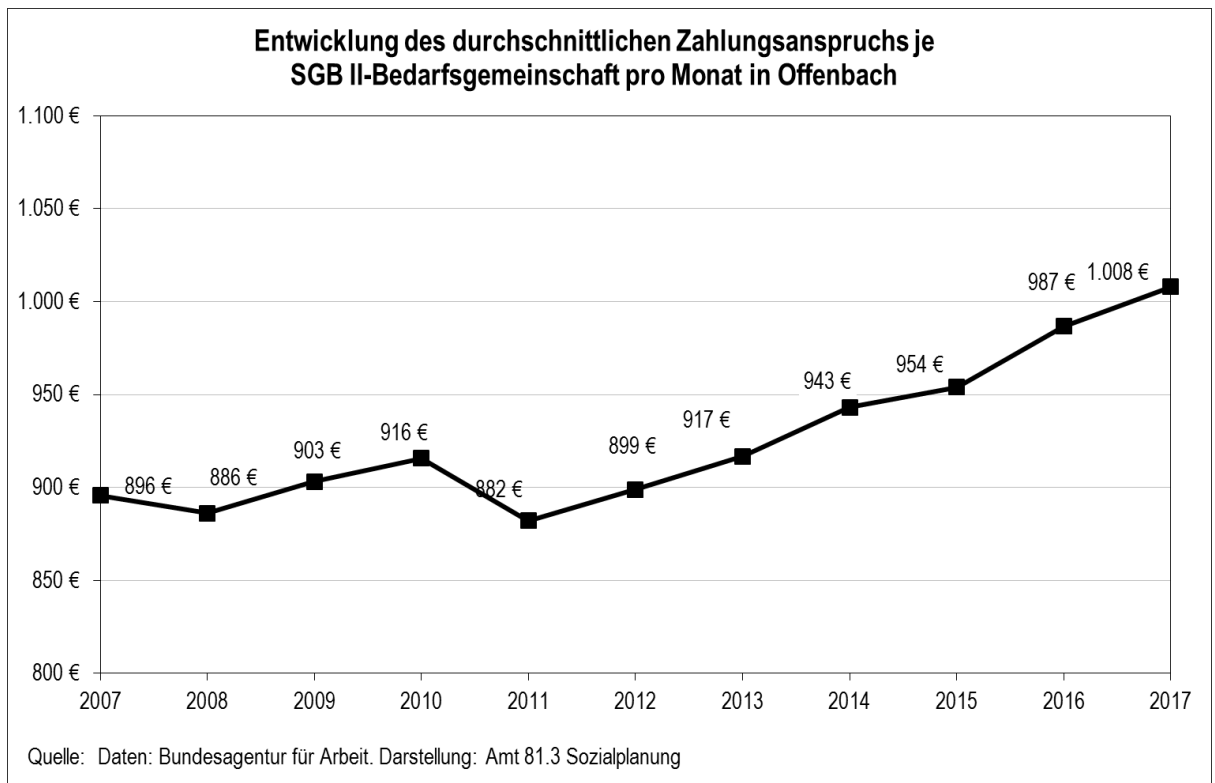


Abb. 14: Entwicklung des durchschnittlichen Zahlungsanspruchs je SGB II-Bedarfsgemeinschaft pro Monat in Offenbach

2.6 Zielvereinbarungen und Zielerreichung im SGB II

Die Stadt Offenbach mit dem kommunalen Jobcenter *MainArbeit* und das *Land Hessen* haben für das Jahr 2017 gemäß § 48b SGB II Ziele vereinbart. Darüber hinaus wurden auch Zielvereinbarungen getroffen zwischen der Geschäftsführung der *MainArbeit* und der politischen Führung der *Stadt Offenbach*. Die Ziele lauteten (Ergebniswert in Klammern):

- Ausgaben für passive Leistungen zum Lebensunterhalt (ALG II sowie Sozialgeld): Maximal 58 Millionen Euro (54,5 Millionen);
- Ausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung: Maximal 54,5 Millionen Euro (51 Millionen);
- Integration in Erwerbsarbeit: Integrationsquote von mindestens 26,0 Prozent (26,6 Prozent);
- Integration in Erwerbsarbeit von Alleinerziehenden: Integrationsquote von mindestens 22,0 Prozent (23,9 Prozent);
- Langfristiger Leistungsbezug, gemessen an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die in den vergangenen zwei Jahren 21 oder mehr Monate im Leistungsbezug waren: Kein Anstieg des durchschnittlichen Bestands an Langzeitbeziehern gegenüber dem Vorjahr (Ergebnis: minus 1,4 Prozent);
- Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe gem. § 28 SGB II (BuT) als Quote der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen an allen prinzipiell antrags- und leistungsberechtigten Personen: mindestens 80,0 Prozent (Ergebnis: 75,14 Prozent).

Bis auf ein Ziel wurden alle Ziele erreicht und teilweise übertroffen. Lediglich bei der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen konnte nur eine Quote von rund 75,1 Prozent erreicht werden. Im Vergleich zu den anderen hessischen Städten und Landkreisen lag die von Offenbach erreichte Quote im oberen Fünftel (vgl. auch Tab. 55. Zu den detaillierten Ergebnissen siehe Tab. 39¹²).

¹² Der Bericht der Geschäftsführung mit ausführlichen Daten und Kommentierungen findet sich auf der Website der *MainArbeit*:
<https://www.mainarbeit-offenbach.de/uploads/media/Bericht-der-Geschaeftsfuehrung-Geschaeftsjahr-2017.pdf>
(Stand: 08.06.2018)

3. Sozialhilfe (SGB XII)

3.1 Ausgewertete Leistungsbereiche und Datenbasis

Das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) umfasst in den Kapiteln (Kap.) 3 bis 9 die Leistungsbereiche:

- Hilfe zum Lebensunterhalt (Kap. 3);
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kap. 4);
- Hilfen in besonderen Lebenslagen. Dazu zählen:
 - Hilfen zur Gesundheit (wie vorbeugende Gesundheitshilfe, Hilfe bei Krankheit, zur Familienplanung, bei Schwangerschaft, Mutterschaft, bei Sterilisation, Kap. 5);
 - Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Kap. 6);
 - Hilfe zur Pflege (wie Altenheimbetreuung, Kurzzeitpflege, Hospizbetreuung, Kap. 7);
 - Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Kap. 8);
 - Hilfen in anderen Lebenslagen (überwiegend einmalige Hilfen: Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes, Altenhilfe, Blindenhilfe, Bestattungskosten, Kap. 9).

Die Mehrzahl der Leistungsberechtigten bezieht Leistungen **außerhalb** von Einrichtungen¹³. Leistungsbezug **innerhalb** von Einrichtungen gibt es für Hilfe zur Pflege nach Kap. 7 und Kap. 8 SGB XII. Der Bereich Kapitel 8 wird hier nicht ausgewertet; die hierzu zählenden wenigen Leistungsberechtigten werden zum überwiegenden Teil vom *Landeswohlfahrtsverband* als überörtlichem Sozialhilfeträger versorgt. Der Leistungsbezug nach **Asylbewerberleistungsgesetz** (AsylbLG)¹⁴ wird am Ende dargestellt. Die folgenden Darstellungen beruhen auf Daten der Stabsstelle *Strategisches Controlling des Sozialamtes der Stadt Offenbach*¹⁵.

3.2 Leistungsberechtigte außerhalb von Einrichtungen

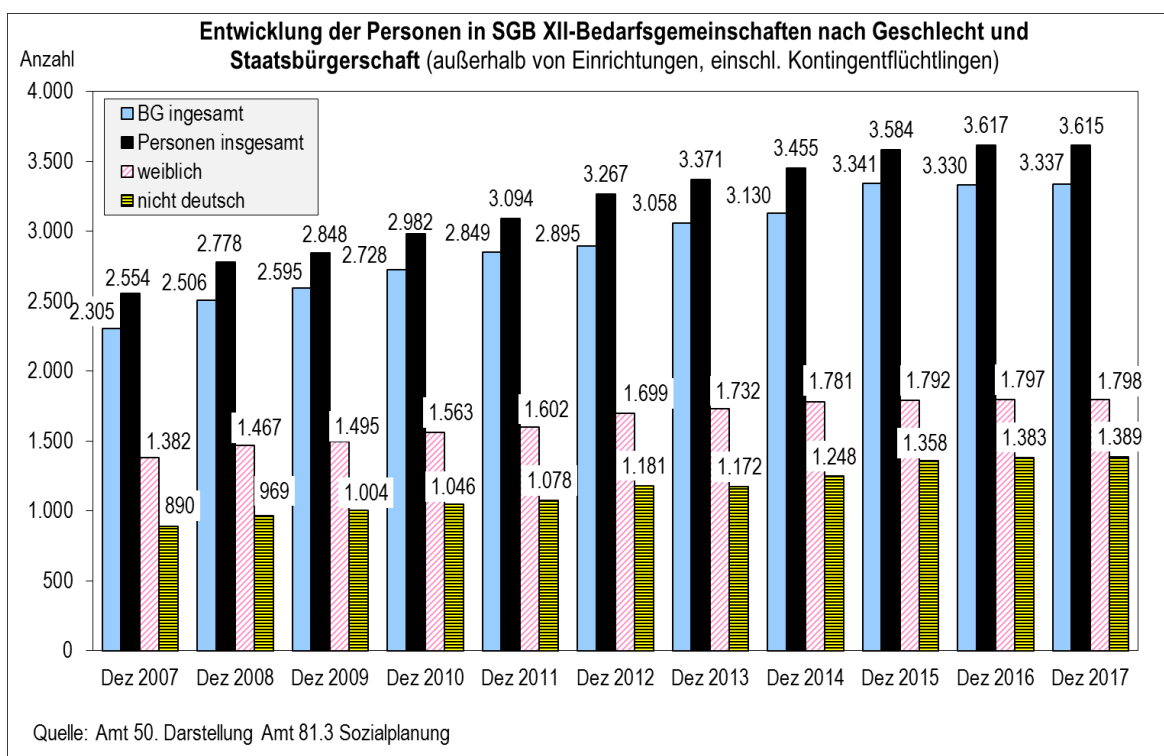


Abb. 15: Entwicklung der Personen in SGB XII-Bedarfsgemeinschaften nach Geschlecht und Staatsbürgerschaft

¹³ Einbezogen werden hierbei Kontingentflüchtlinge (siehe auch Glossar). Sie erhalten Leistungen nur nach Kap. 4 SGB XII (hier fast ausschließlich in der Grundsicherung wegen Alters).

¹⁴ § 2 AsylbLG regelt unter anderem die Mindestaufenthaltsdauer für den Bezug von Leistungen nach SGB XII. Seit März 2015 sind dies 15 Monate.

¹⁵ Die SGB XII-Daten unterscheiden sich von den SGB II-Daten in ihrem zeitlichen Bezugspunkt: Das *Sozialamt* erhebt die SGB XII-Daten zum Ende des Monats (im vorliegenden Bericht am 31.12. eines Jahres), die *BA* erhebt die SGB II-Daten zur Mitte eines jeden Monats, und hierbei variiert der Zähltag vom elften bis zum 16. Tag eines Monats.

Im Dezember 201 erhielten 3.615 Personen außerhalb von Einrichtungen Leistungen nach SGB XII (vgl. Abb. 15, Tab. 40). Über 53 Prozent der Leistungsberechtigten war 65 Jahre oder älter (vgl. Abb. 16, Tab. 41). Fast 80 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften erhielten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. 1.824 Personen (62,8 Prozent) und damit zehn Personen weniger als im Vorjahresmonat erhielten Grundsicherung wegen Alters. 1.081 Personen (37,2 Prozent) erhielten eine Grundsicherung wegen Erwerbsminderung, dies sind knapp fünf Prozent mehr gegenüber dem Dezember des Vorjahres (vgl. Abb. 17, Tab. 42).

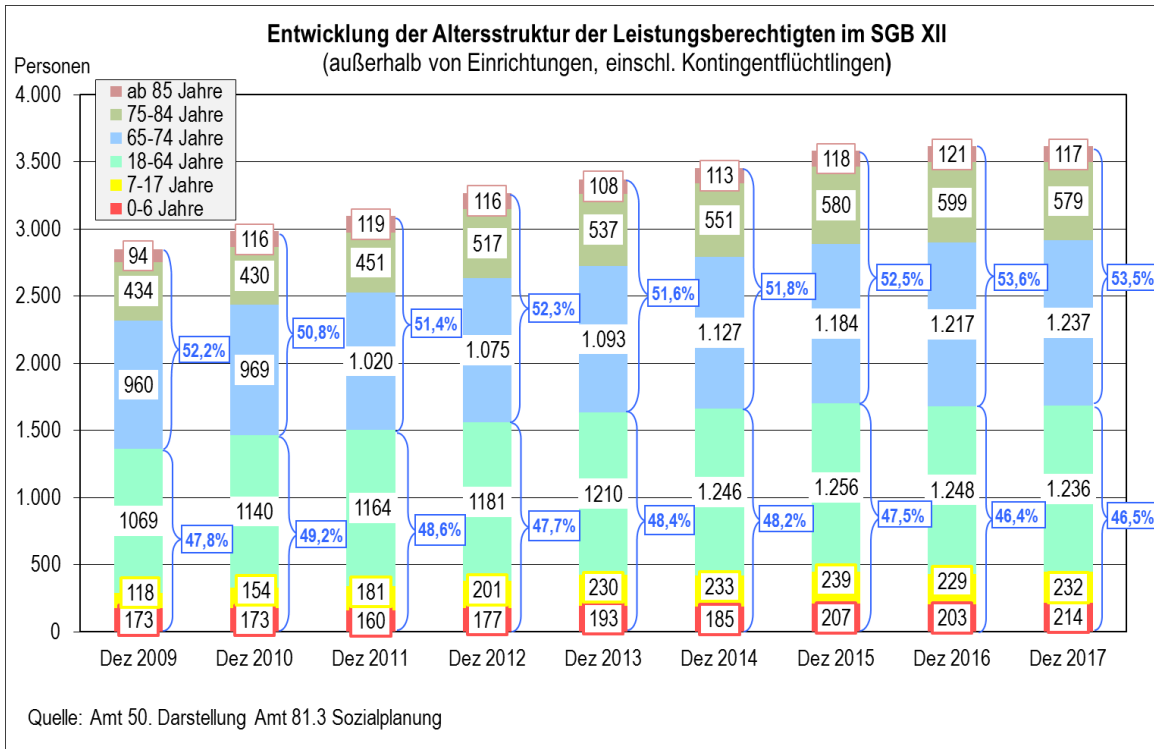


Abb. 16: Entwicklung der Altersstruktur der Leistungsberechtigten im SGB XII

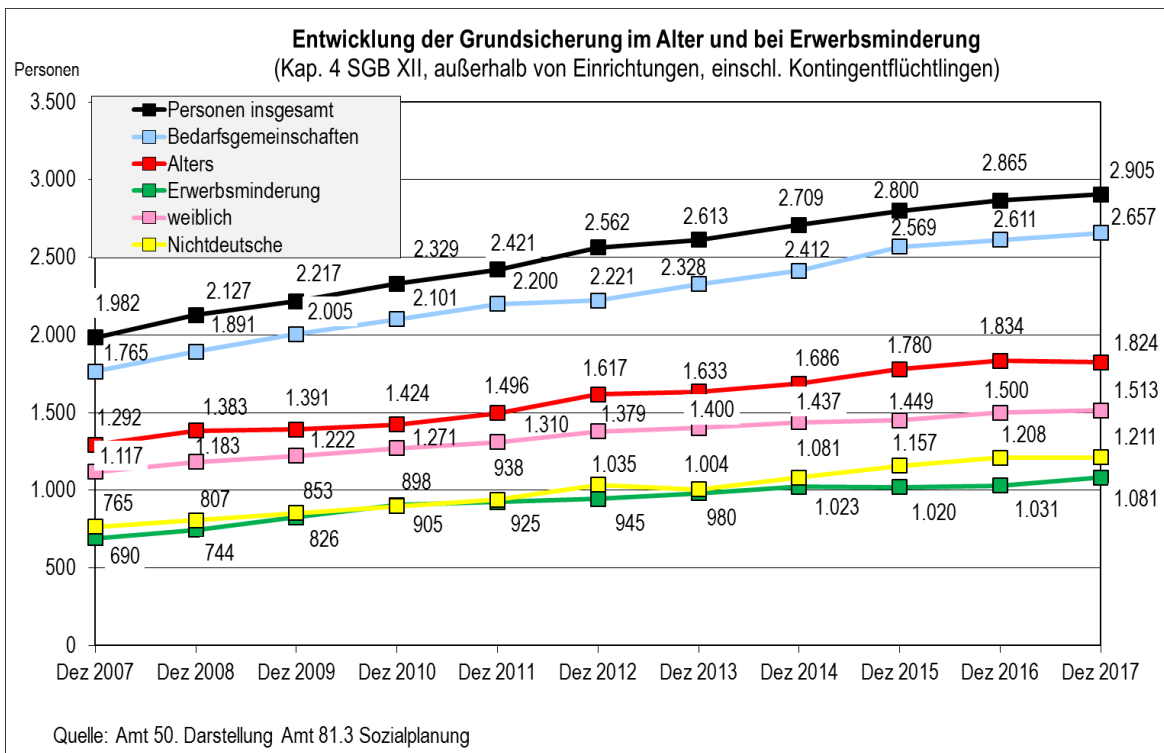


Abb. 17: Entwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Die Zahl von Leistungsberechtigten für Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) verblieb im Dezember 2017 mit 239 Personen in etwa auf dem Vorjahreswert. Bereits ein Jahr zuvor gab es wegen einer Verfahrensänderung bei der Anerkennung von Ansprüchen auf Grundsicherung in leichten Rückgang (vgl. Abb. 18, Tab. 43).

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigten mit **ausschließlich** Hilfen in besonderen Lebenssituationen (HbL) sank im Dezember 2017 gegenüber den Vorjahreswerten um rund acht Prozent auf 471 Personen in 462 Bedarfsgemeinschaften (vgl. Abb. 19, Tab. 44).

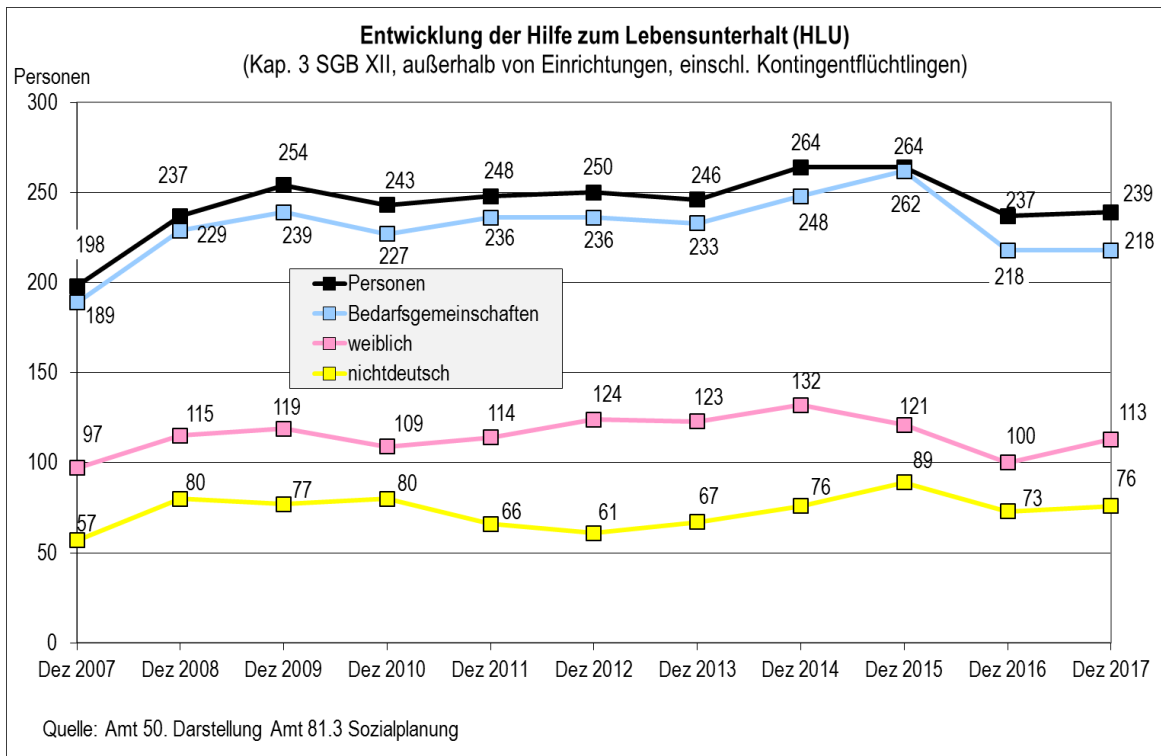


Abb. 18: Entwicklung der Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)

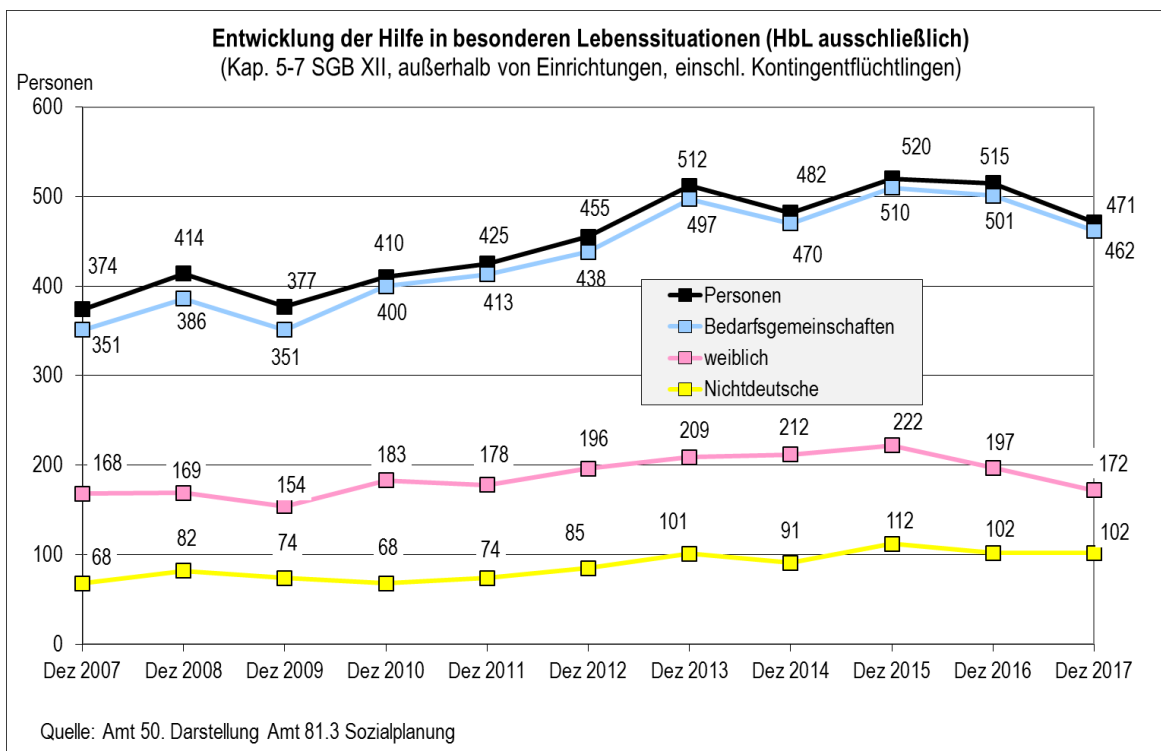


Abb. 19: Entwicklung der Hilfe in besonderen Lebenssituationen (HbL ausschließlich)

Zum selben Zeitpunkt sank die Zahl der Personen mit **zusätzlich** Hilfen in besonderen Lebenssituationen (vgl. Abb. 20 , Tab. 45) auf 434, ein Rückgang um rund 13 Prozent gegenüber dem Dezember 2016. Vor allem weniger Leistungsberechtigte der Grundsicherung nahmen zusätzliche HbL-Leistungen in Anspruch.

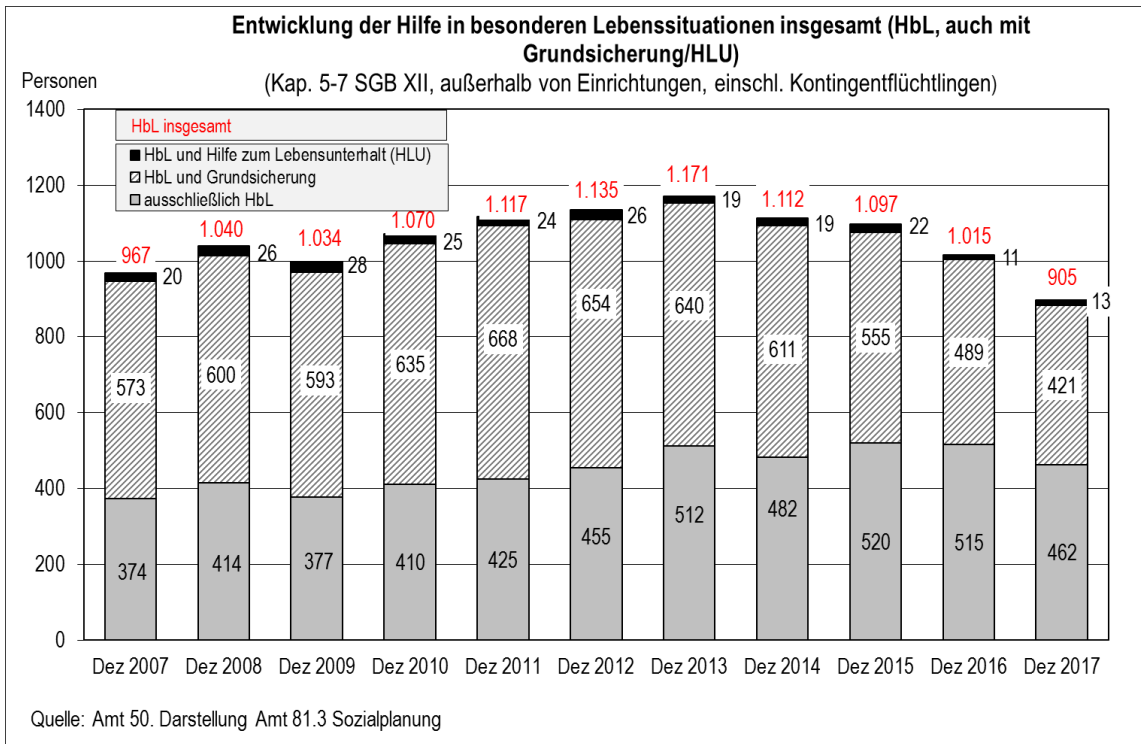


Abb. 20: Entwicklung der Hilfe in besonderen Lebenssituationen insgesamt (HbL, auch mit Grundsicherung/HLU)

3.3 Leistungsberechtigte innerhalb von Einrichtungen

Die Zahl der Leistungsberechtigten mit Hilfe zur Pflege nach Kap. 7 SGB XII innerhalb von Einrichtungen sank im Dezember 2017 gegenüber dem Vorjahr auf 426. Es sind ausnahmslos Personen über 64 Jahre, der Großteil von ihnen 85 Jahre und älter (vgl. Abb. 21, Tab. 46).

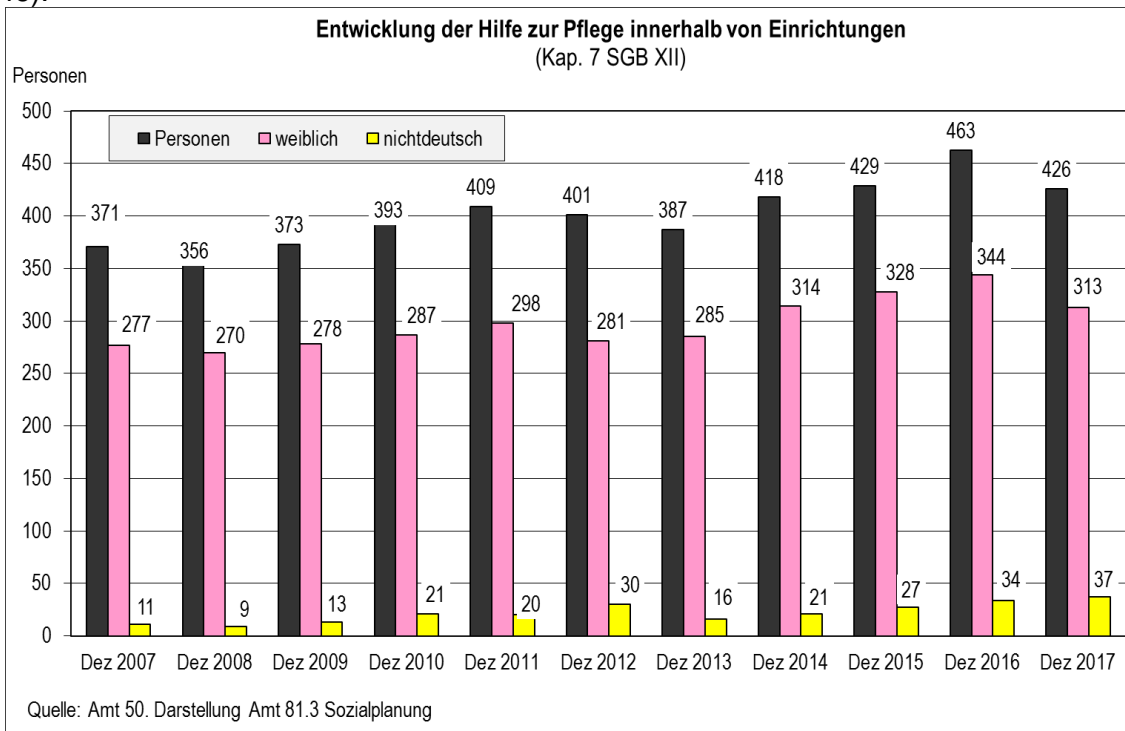


Abb. 21: Entwicklung der Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen

3.4 Leistungsberechtigte nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Die Zahl der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) verblieb am Jahresende 2017 mit 107 Personen knapp unter dem Vorjahresniveau. Hauptsächlich befinden sich Erwachsene im erwerbsfähigen Alter im Leistungsbezug. Zuweisungen erhält die Stadt derzeit nur im Rahmen von Familienzuführungen (vgl. Abb. 22, Tab. 47)¹⁶.

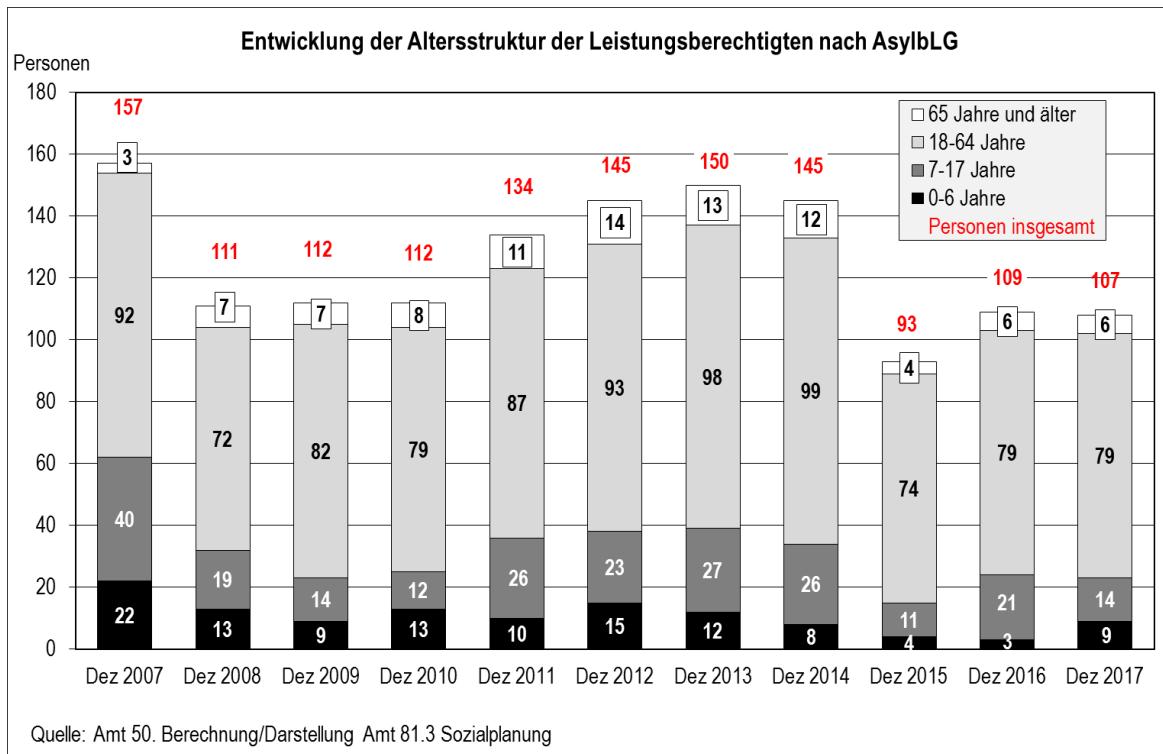


Abb. 22: Entwicklung der Altersstruktur der Leistungsberechtigten nach AsylbLG

3.5 Ausgaben im SGB XII

Die Ausgaben für Leistungen außerhalb von Einrichtungen (einschließlich Kontingentflüchtlings) nach Kap. 3 bis 7 und 9 SGB XII betragen im Jahr 2017 knapp 34,2 Millionen Euro, erstmals seit zehn Jahren ein leichter Rückgang gegenüber einem Vorjahr. Die Grundsicherung war die einzige der drei Leistungsarten, die mit rund 3,8 Prozent einen Kostenanstieg verzeichnete (vgl. Abb. 23).

Die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen nach Kap. 7 SGB XII gingen vor allem wegen geringerer Fallzahlen um knapp 26 Prozent auf 4,6 Millionen Euro zurück.

Die Ausgaben nach AsylbLG stiegen um rund fünf Prozent auf rund 905.000 Euro (vgl. Tab. 48 bis Tab. 53).

¹⁶ Nach hessischem Landesaufnahmegesetz besteht für alle Kommunen grundsätzlich unter bestimmten Voraussetzungen eine Pflicht zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen (§ 1 AufnG HE). Kreisfreien Städten und Landkreisen wird eine sogenannte Aufnahmequote zugeteilt, die sich an Einwohnerzahl und Ausländerquote der aufzunehmenden Gebietskörperschaft orientiert und bestimmt, wie hoch der Anteil der im AufnG HE definierten aufzunehmenden Personen ist.

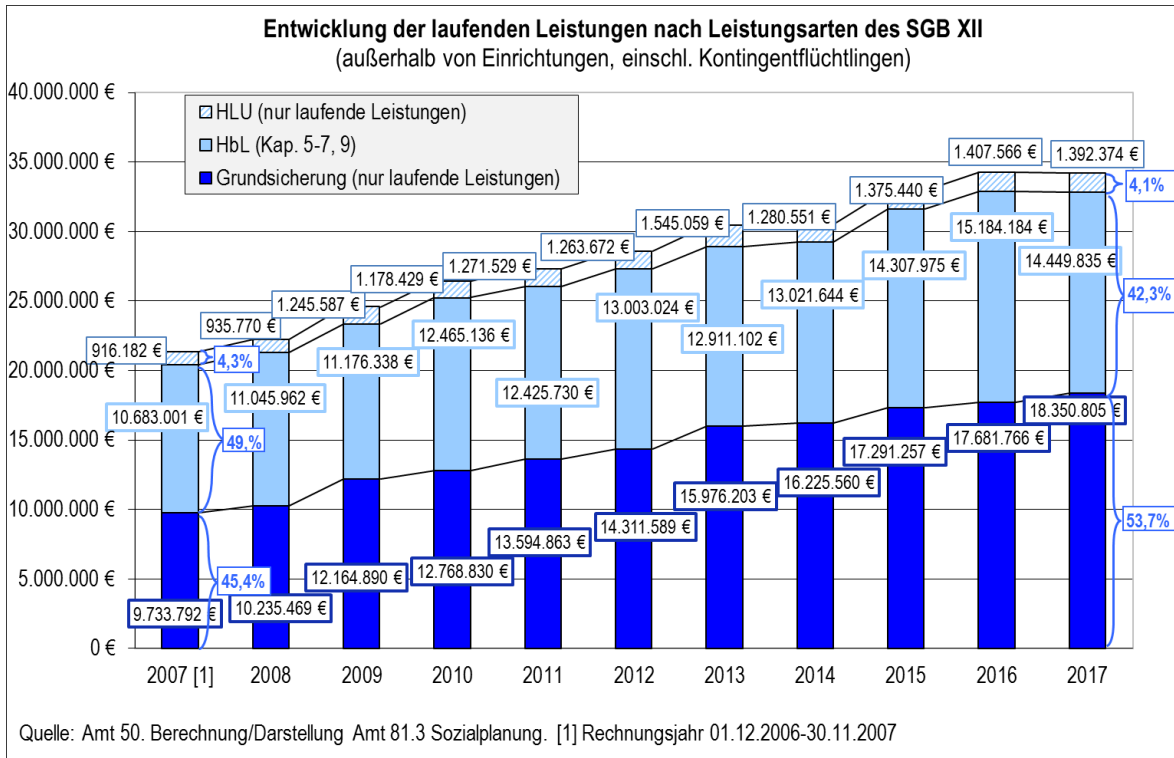


Abb. 23: Entwicklung der laufenden Leistungen nach Leistungsarten des SGB XII

4. Leistungen für Bildung und Teilhabe

Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) werden auf Antrag nach SGB II¹⁷, SGB XII¹⁸, Bundeskindergeldgesetz (BKGG)¹⁹ sowie AsylbLG²⁰ gewährt²¹. Im Jahr 2017 waren 6.268 Personen – fast ausschließlich nach SGB II – anspruchsberechtigt²². Über 75 Prozent erhielten im Bereich des SGB II eine oder mehrere Leistungen (ohne Ansprüche auf Leistungen für den Schulbedarf, vgl. Tab. 54). Bei der Inanspruchnahme von Leistungen im Bereich des SGB II erreichte die Stadt Offenbach unter allen hessischen Kreisen und kreisfreien Städten den fünfthöchsten Wert (vgl. Abb. 24, Tab. 55).

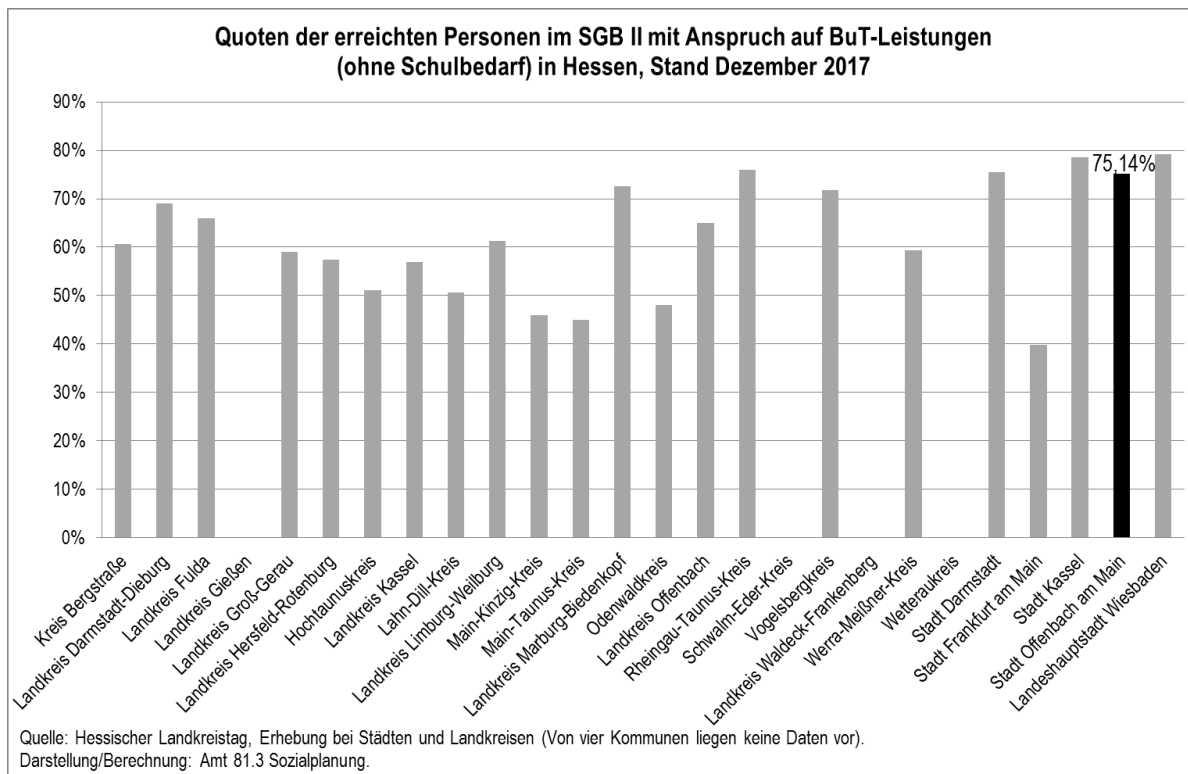


Abb. 24: Quoten der erreichten Personen mit Anspruch auf BuT-Leistungen in Hessen

Insgesamt beanspruchten im Jahr 2017 12.865 Personen mindestens eine der BuT-Leistungen, die meisten darunter für Schulbedarf und Mittagsverpflegung. In allen Bereichen gab es gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang bei der Inanspruchnahme (vgl. Abb. 25, Abb. 26, Tab. 56)²³. Die Ausgaben für alle BuT-Leistungen beliefen sich im Jahr 2017 auf rund 2,26 Millionen Euro, davon entfielen knapp 42 Prozent auf die Mittagsverpflegung (vgl. Abb. 27, Tab. 57).

¹⁷ SGB II, §§ 28-30. Bei einzelnen Leistungsarten bestehen Altersgrenzen.

¹⁸ SGB XII, §§ 34-34b. Voraussetzung: Leistungen nach SGB XII oder AsylbLG und Besuch einer allgemein- oder berufsbildenden Schule oder Kindertageseinrichtung. Keine Altersgrenze.

¹⁹ BKGG, § 6b. Voraussetzungen: Kinderzuschlag oder Wohngeld, Altersgrenze: unter 25 Jahre.

²⁰ Im AsylbLG finden BuT keine explizite Erwähnung, Anlehnung an SGB XII.

²¹ Schulbedarf wird ohne Antrag von Amts wegen gewährt. Nur für sieben bis unter 15-jährige Kinder in Bedarfsgemeinschaften, bei Unter- oder Überschreiten dieses Alters nur mit Schulbescheinigung.

²² Nicht eingeschlossen sind hierbei die Personen mit Ansprüchen nach BKGG. Die Anspruchsberechtigten nach SGB II setzen sich zusammen aus allen drei bis 17-Jährigen im SGB II-Bezug sowie einer hessenweit einheitlichen Quote von 15,89 Prozent aller 18- bis 24-Jährigen im SGB II-Bezug.

²³ Gezählt wurden Personen, die in einem einzelnen Leistungsbereich mindestens einen Anspruch oder Antrag gestellt hatten. Bei Inanspruchnahme mehrerer Leistungsbereiche durch eine und dieselbe Person wird diese entsprechend mehrfach gezählt. Bei mehrfacher Inanspruchnahme eines einzelnen Leistungsbereichs zählt eine Person hingegen nur einfach.

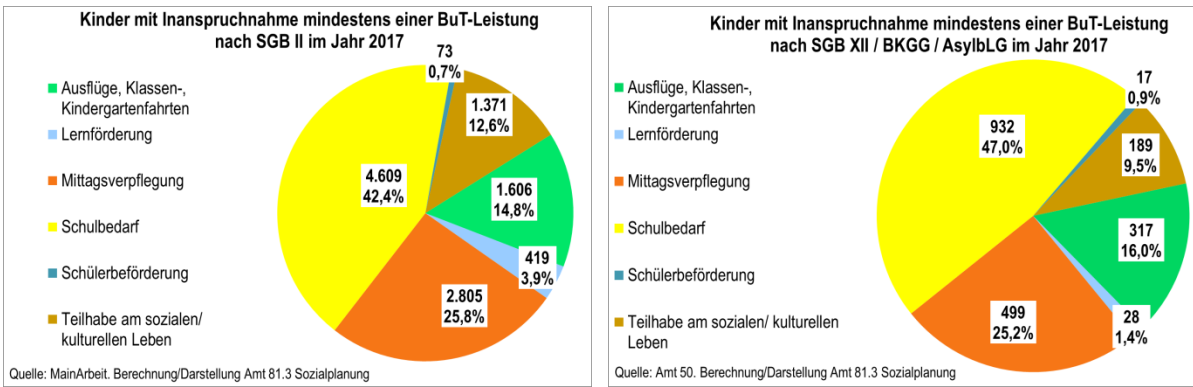


Abb. 25: Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe

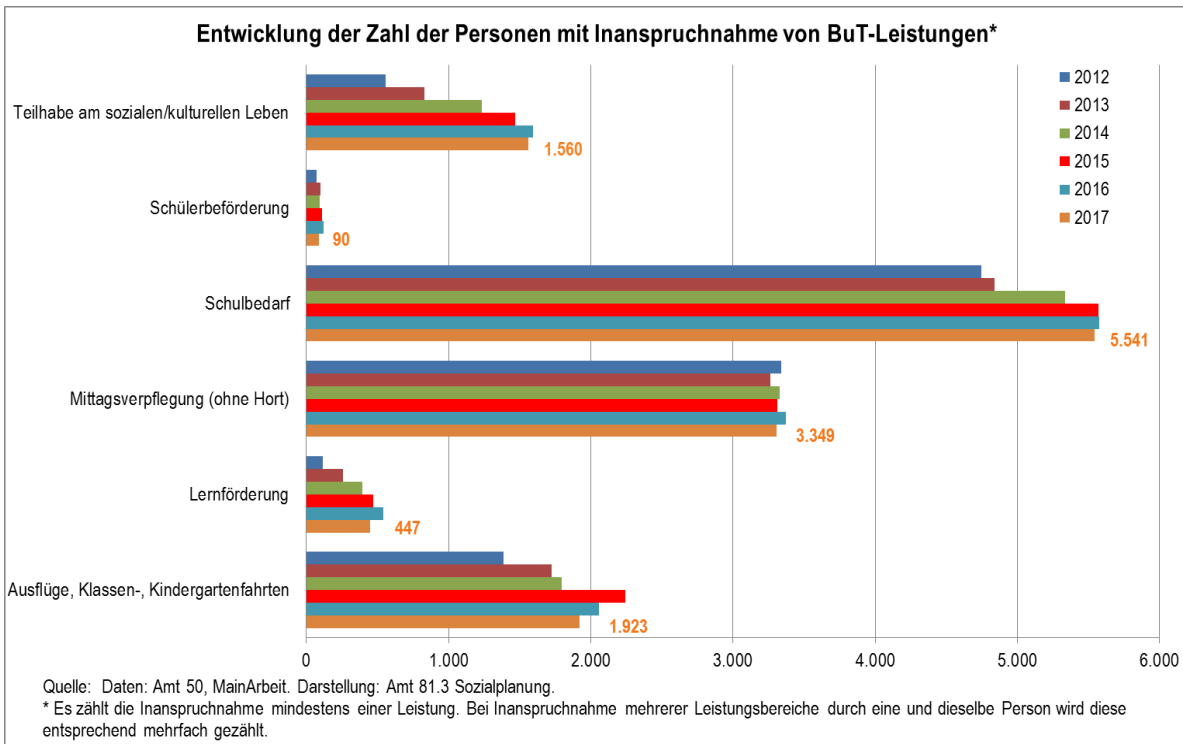


Abb. 26: Entwicklung der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen

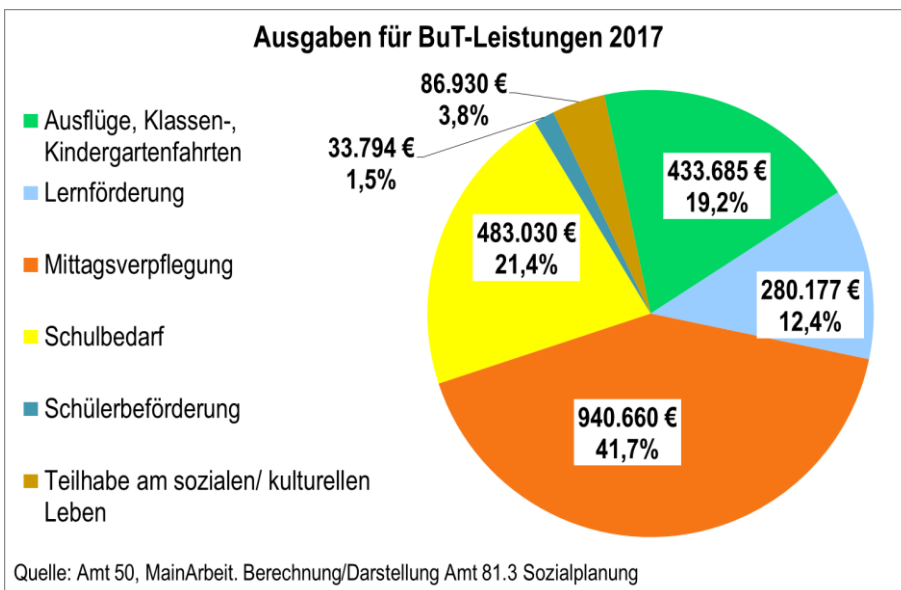


Abb. 27: Ausgaben für BuT-Leistungen

5. Kinder und Jugendliche im SGB II

5.1 Vorbemerkung

Die Situation von Kindern und Jugendlichen im Bereich des SGB II wurde im Sozialbericht 2016 ausführlich dargestellt, ebenso die Ansatzpunkte für eine Verminderung der Kinderarmut bzw. die Milderung der Auswirkung der Einkommensarmut von Familien auf die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen. Die im Jahr 2016 bereits erkennbare positive Tendenz der Entwicklung mit einem deutlichen Rückgang der Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen hat sich im Jahr 2017 fortgesetzt und sogar noch etwas beschleunigt. Im Folgenden werden die wichtigsten Daten und Kennzahlen für das Jahr 2017 dargestellt.

5.2 Struktur

Im Dezember 2017 waren in Offenbach 6.640 (7.053)²⁴ Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren zum Bezug von SGB II-Leistungen berechtigt. Davon waren 1.104 (1.179) im Alter von unter drei Jahren, 1.207 (1.296) im Alter zwischen drei und unter sechs Jahren, 3.432 (3.646) zwischen sechs und unter 15 Jahren und 897 (932) zwischen 15 und unter 18 Jahren. Die ersten drei genannten Altersgruppen sind nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte von Sozialgeld, die letztgenannte Gruppe gehört zu den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und hat Anspruch auf Arbeitslosengeld II. In groben Zügen entspricht diese Altersverteilung den durchschnittlichen Werten in Hessen und in Deutschland (vgl. Abb. 28, Tab. 58).

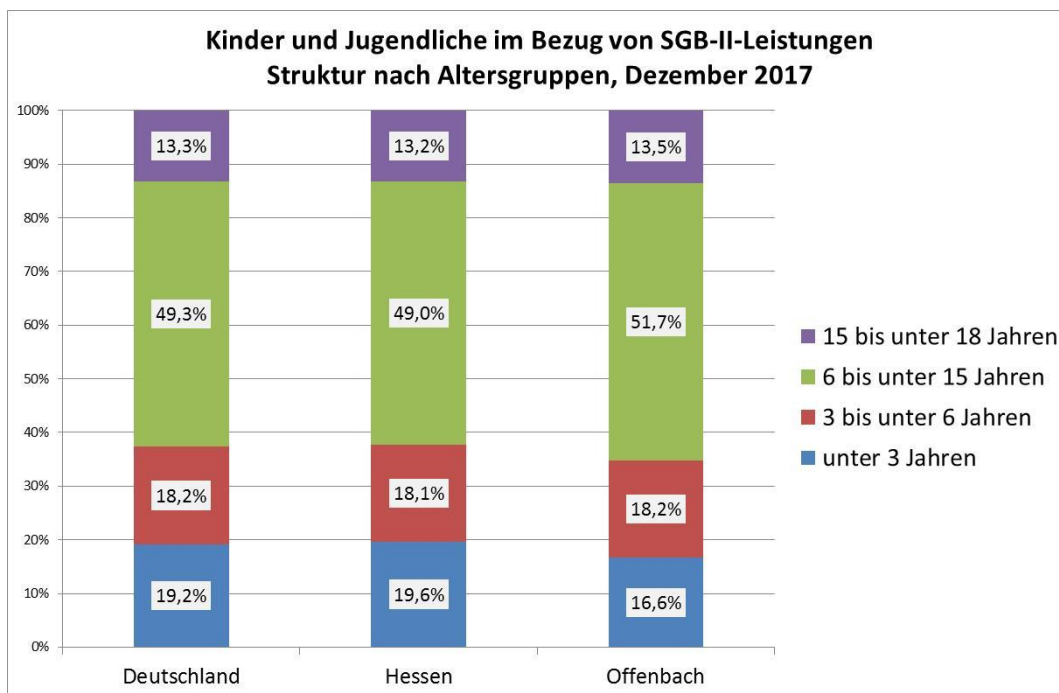


Abb. 28: Kinder und Jugendliche im Bezug von SGB II-Leistungen nach Altersgruppen
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Darstellung: MainArbeit

Unter den 8.083 (8.432) Bedarfsgemeinschaften im Dezember 2017 gab es in 3.476 (3.698) bzw. 43,0 (43,9) Prozent der Bedarfsgemeinschaften Kinder und Jugendliche. Davon 1.474 (1.547) Bedarfsgemeinschaften mit einem Kind, 1.191 (1.294) mit zwei Kindern und 811 (857) mit drei oder mehr Kindern. Im überregionalen Vergleich weist Offenbach damit einen besonders hohen Anteil von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern auf. Der Durchschnitt in Hessen liegt bei 37,8 Prozent (vgl. Abb. 29, Tab. 18, Tab. 59).

²⁴ Werte in Klammern: Vorjahreswerte

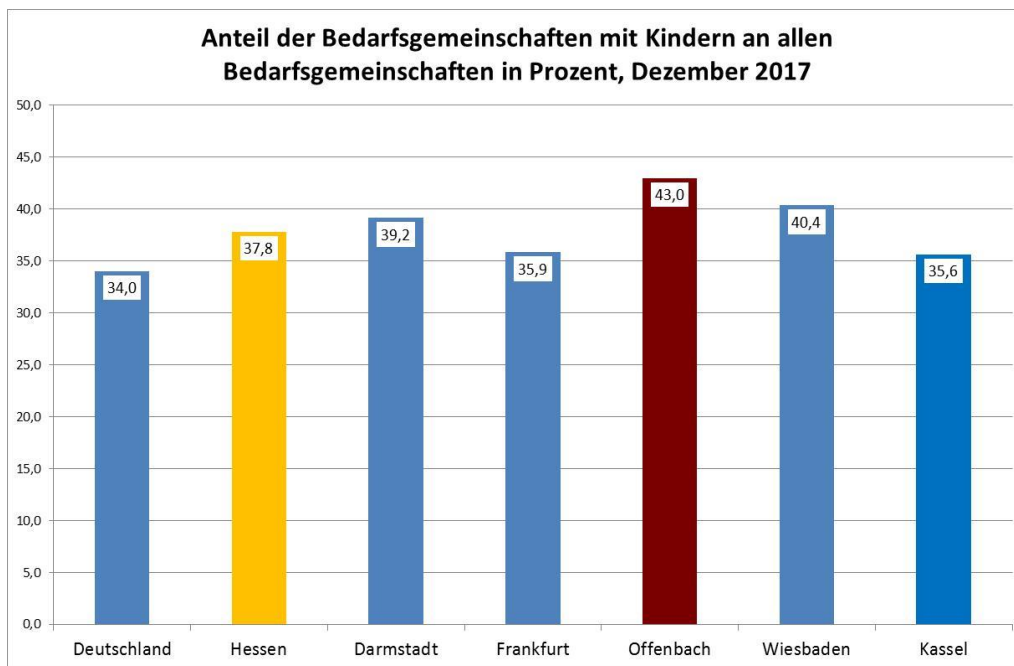


Abb. 29: Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern an allen Bedarfsgemeinschaften
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Darstellung: MainArbeit

Bedarfsgemeinschaften mit Kindern haben naturgemäß einen höheren Unterstützungsbedarf als der Durchschnitt der Bedarfsgemeinschaften. So lag der Regelbedarf (einschließlich Kosten der Unterkunft) bei den Bedarfsgemeinschaften insgesamt im Dezember 2017 bei durchschnittlich 1.296 (1.286) Euro, in den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern jedoch bei durchschnittlich 1.852 (1.825) Euro, bei Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr Kindern sogar bei durchschnittlich 2.451 (2.417) Euro (vgl. Abb. 30, Tab. 60).

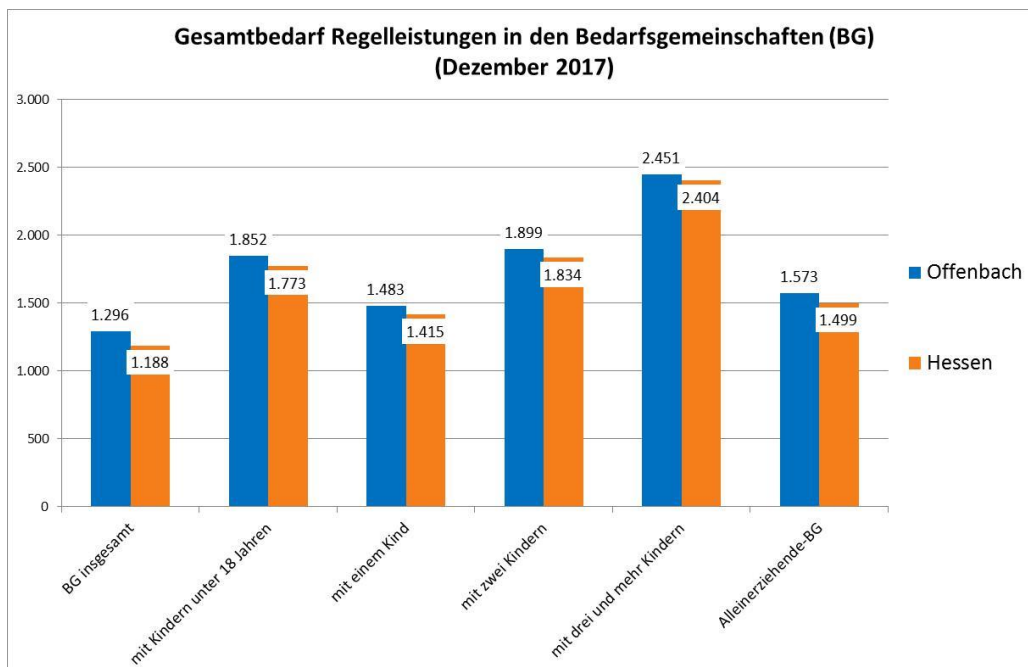


Abb. 30: Gesamtbedarf Regelleistungen in den Bedarfsgemeinschaften
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Darstellung: MainArbeit

Viele Bedarfsgemeinschaften verfügen über anrechenbares Einkommen, im Durchschnitt 459 (445) Euro im Dezember 2017. Das durchschnittliche anrechenbare Einkommen bei Bedarfsgemeinschaften mit Kindern liegt mit 838 (798) Euro deutlich höher, bei Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr Kindern sogar bei 1.155 (1.088) Euro (vgl. Abb. 31). Zu diesen Einkommen gehören Kindergeld, Unterhaltszahlungen, aber auch Erwerbseinkommen. Da es bei der Anrechnung von Einkommen bestimmte Freibeträge gibt (vor allem bei Er-

werbseinkommen), liegt das verfügbare Haushaltsbudget der Bedarfsgemeinschaften im Durchschnitt höher als der reine Regelbedarf.

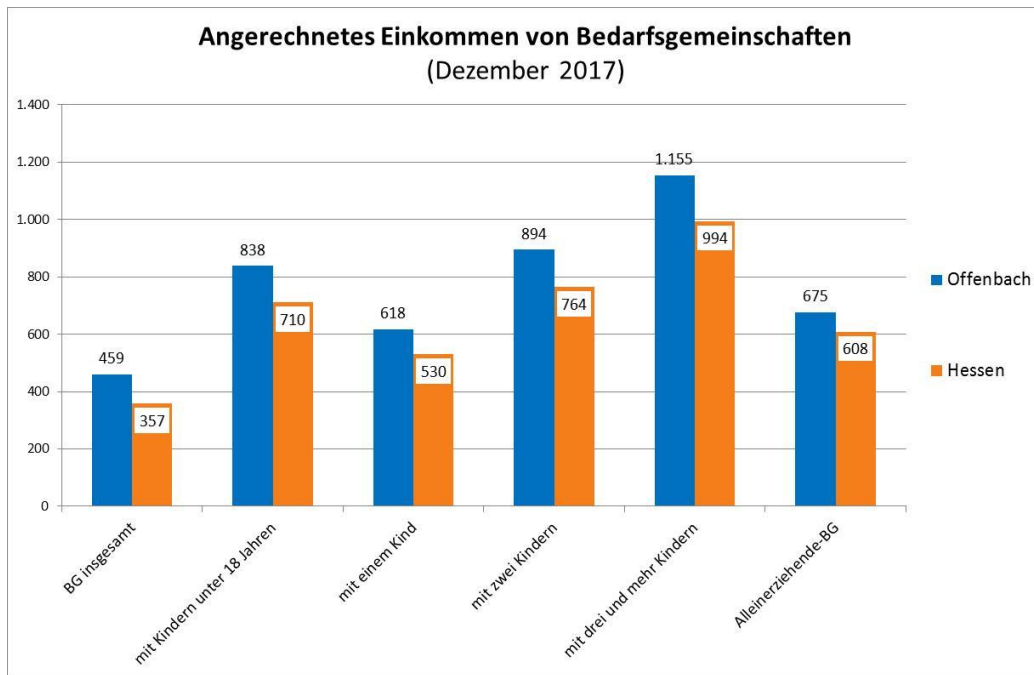


Abb. 31: Angerechnetes Einkommen von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in Offenbach und Hessen
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Darstellung: MainArbeit

So lag das monatliche Haushaltsbudget im Durchschnitt aller Bedarfsgemeinschaften Ende 2017 bei 1.401 (1.389) Euro, bei Familien mit Kindern insgesamt bei 2.024 (1.990) Euro und bei Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr Kindern durchschnittlich bei 2.630 (2.578) Euro (vgl. Abb. 32, Tab. 60). Wollte man dieses Budget mit dem von Haushalten von Nicht-Leistungsberechtigten vergleichen, wäre zu berücksichtigen, dass die genannten Beträge einem Einkommen nach allen Abzügen wie Steuern, Sozial- und Krankenversicherung u. ä. entsprechen. Der Umfang der materiellen Sicherung von Familien mit Kindern im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist also keineswegs gering.

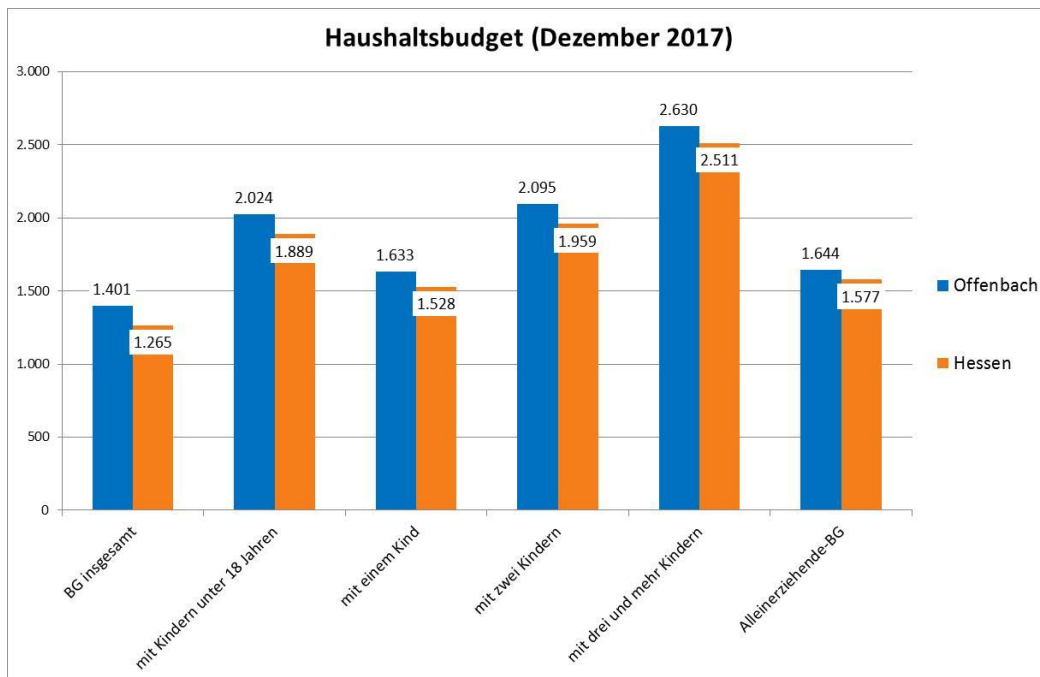


Abb. 32: Haushaltsbudget von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in Offenbach und Hessen
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Darstellung: MainArbeit

5.3 Entwicklung

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Bezug von SGB II-Leistungen stieg in Offenbach in fast in allen Altersgruppen bis 2015 bis auf eine Gesamtzahl von 7.517, fiel im Jahr 2016 jedoch sehr deutlich um 6,2 Prozent, im Jahr 2017 noch einmal um 5,9 Prozent. In den Jahren 2011 bis 2015 stieg die Zahl der Kinder und Jugendlichen im SGB II (unter 18 Jahren) um rund zwölf Prozent, während die Bevölkerung in dieser Altersgruppe um 7,7 Prozent zunahm (vgl. Abb. 33, Tab. 61). Dabei dürfte auch die Zuwanderung eine Rolle gespielt haben, die bundesweit zu einem Anwachsen der Zahl der Kinder im SGB II geführt hatte²⁵.

Das verbesserte wirtschaftliche Umfeld hat dann ab 2016 zu einer deutlichen Entspannung der Situation von Kindern und Jugendlichen geführt. Die Zahl der bedürftigen Kinder und Jugendlichen ging trotz weiterem Bevölkerungswachstum in der Stadt Offenbach zurück. So stieg die Zahl der Einwohner im Alter unter 18 Jahren von 2015 bis 2017 um 2,7 Prozent. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im SGB ging jedoch im gleichen Zeitraum um 11,7 Prozent zurück.

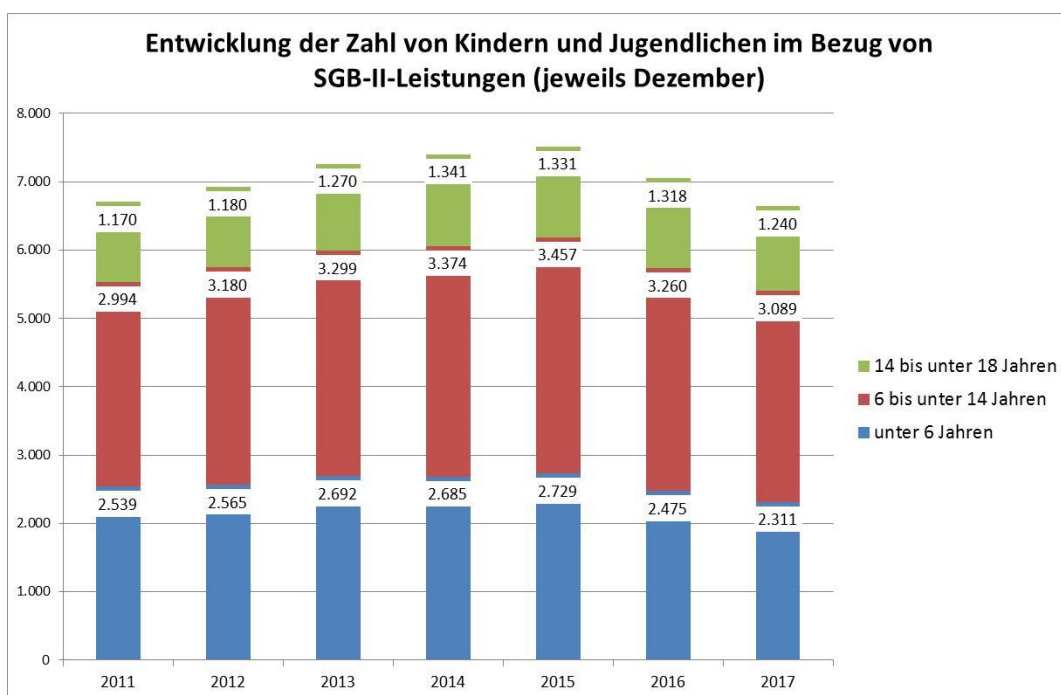


Abb. 33: Entwicklung der Zahl von Kindern und Jugendlichen im Bezug von SGB II-Leistungen
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Darstellung: MainArbeit

Im Vergleich zur Entwicklung in Hessen und in den kreisfreien Städten des Rhein-Main-Gebiets blieb die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in Offenbach auch im Jahr 2017 weiterhin deutlich günstiger (vgl. Abb. 34).

²⁵ Es gab, wenn man den Effekt der Zuwanderung herausrechnet, entgegen dem in Medien und im politischen Raum immer wieder erzeugten Eindruck keineswegs ein Anwachsen der Kinderarmut, sondern eher einen deutlichen Rückgang. Durch die Zuwanderung gab es starke Zugänge in das Leistungssystem des SGB II, die in der Gesamtsicht zu einer Erhöhung der Zahl der Kinder und Jugendlichen in diesem System geführt hat. Dies war jedoch ein erwartbarer Effekt, da ein großer Teil der neu zugewanderten Bevölkerungsgruppen erst mit gewissem Zeitverzug in den Arbeitsmarkt und in Erwerbstätigkeit mit auskömmlichem Einkommen integriert werden kann.

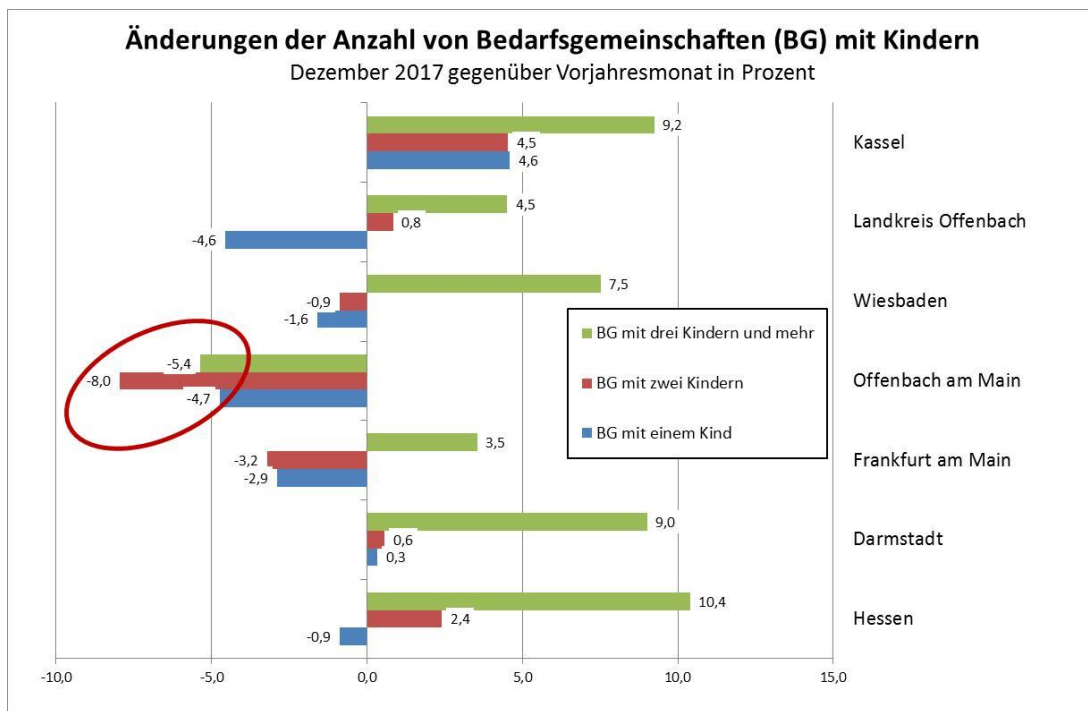


Abb. 34: Entwicklung von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in ausgewählten hessischen Städten und Landkreisen
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Darstellung: MainArbeit

Der Rückgang bei der Zahl der Kinder in Bedarfsgemeinschaften basierte vor allem auf der rückläufigen Entwicklung der unter 15-Jährigen (Abb. 35, Tab. 63).

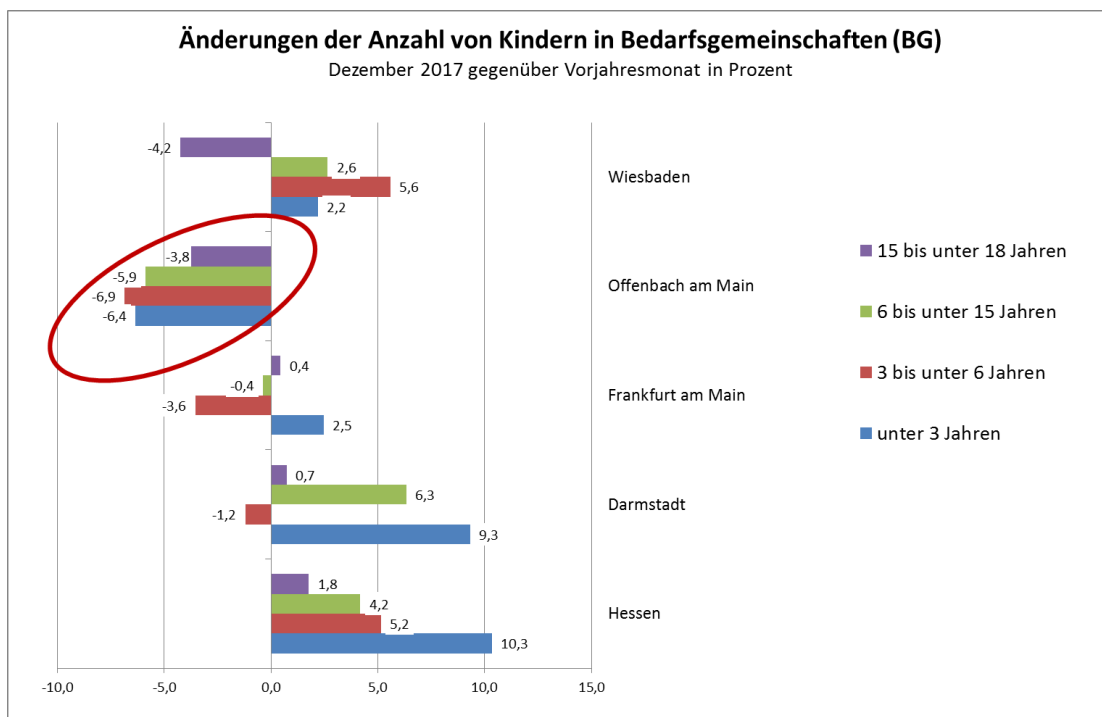


Abb. 35: Entwicklung der Altersstruktur von Kindern in Bedarfsgemeinschaften in ausgewählten hessischen Großstädten
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Darstellung: MainArbeit

Die sog. Hilfequote, die das Verhältnis der leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen zur Gesamtbevölkerung in den entsprechenden Altersgruppen ausdrückt, ist in den Jahren 2016 und 2017 deutlich zurückgegangen, auch wenn sie nach wie vor in Hessen den Spitzenwert darstellt. Der Abstand zu den anderen Kommunen hat sich aber deutlich verringert. Die Hilfequote der unter 18-Jährigen liegt nun bei 28,5 Prozent, die der unter 3-Jährigen bei 24,8 Prozent (vgl. Abb. 36, Abb. 37, Tab. 64, Tab. 65).

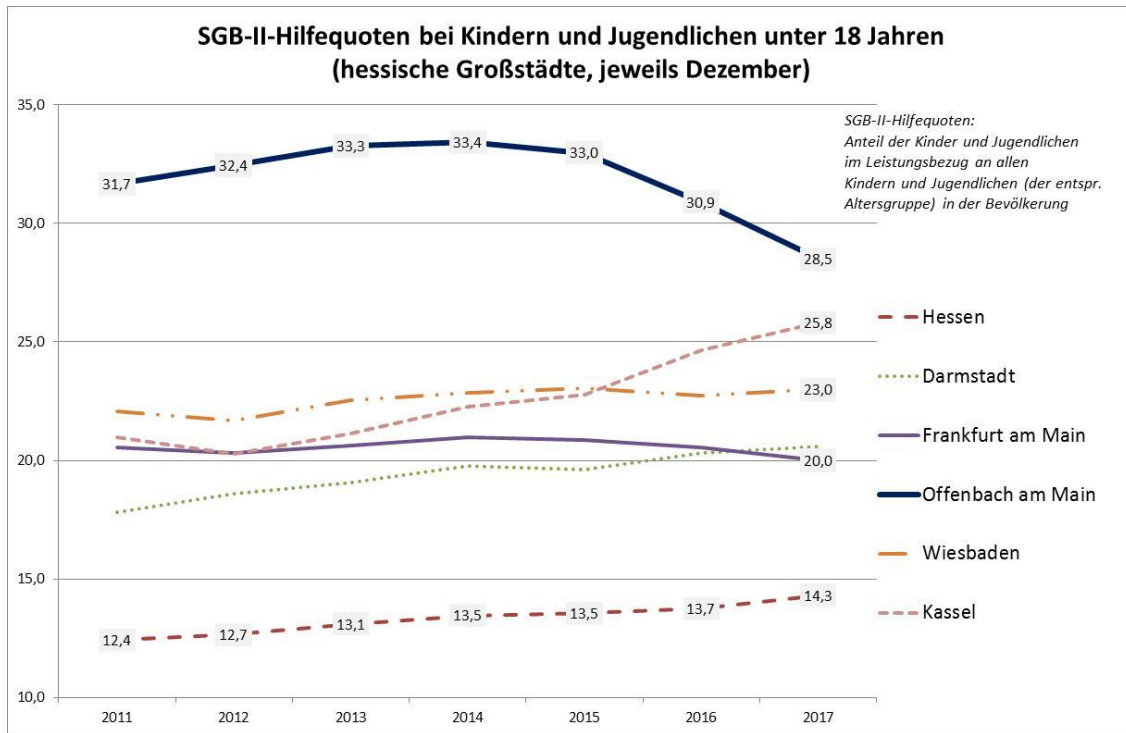


Abb. 36: Entwicklung der SGB II-Hilfequoten bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in hessischen Großstädten
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Darstellung: MainArbeit

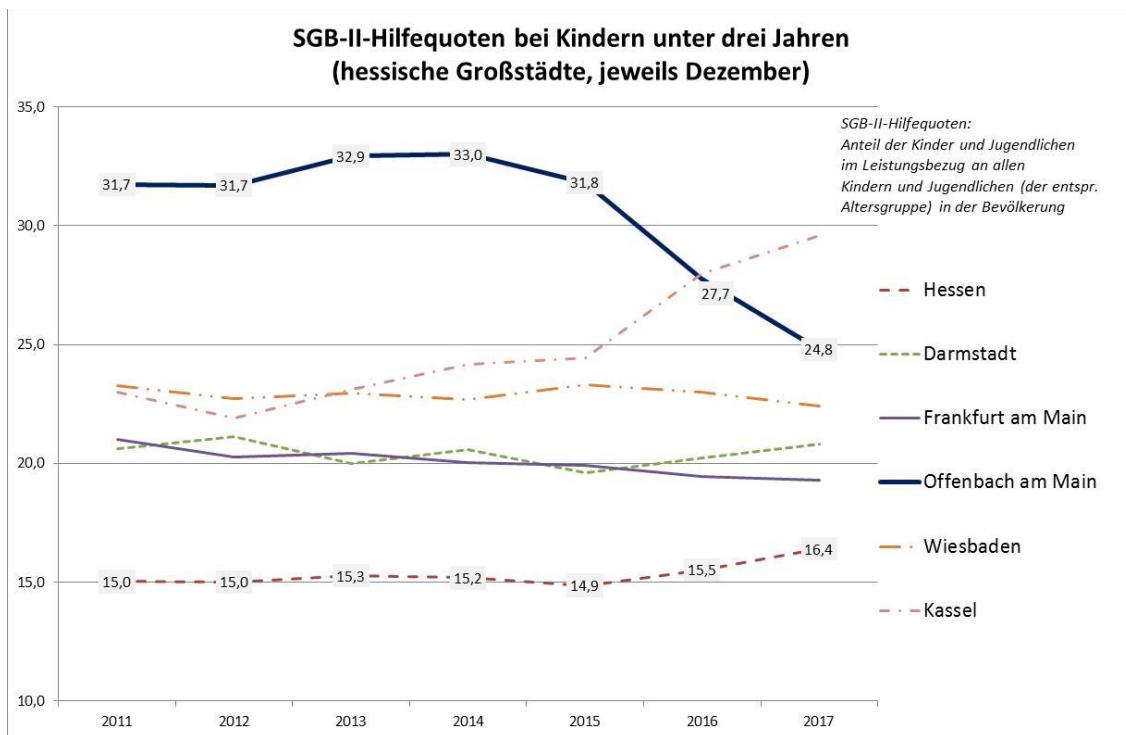


Abb. 37: Entwicklung der SGB II-Hilfequoten bei Kindern unter drei Jahren in hessischen Großstädten
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Darstellung: MainArbeit

5.4 Fazit

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen, deren Lebensunterhalt ganz oder teilweise durch Leistungen des SGB II abgesichert werden muss, ist in der Stadt Offenbach nach wie vor hoch. Die Entwicklung der letzten Jahre ist jedoch ausgesprochen positiv. Die Hilfequote geht deutlich zurück. Der Abstand zum Durchschnitt des Landes Hessen und der anderen kreisfreien Städte hat sich deutlich verringert.

6. Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Nach einer Definition des *Forschungsverbundes „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“* zählen zu den Wohnungsnotfällen Haushalte und Personen,

- a) die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen sind, also keine eigene mietrechtlich abgesicherte Wohnung oder ein Wohneigentum haben und zum Beispiel in Behelfsunterkünften, bei bekannten oder verwandten Personen unterkommen oder institutionell, unter anderem mit Kostenübernahme nach Sozialgesetzbuch, untergebracht sind;
- b) die unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht sind, zum Beispiel wegen einer Kündigung, einer Räumungsklage oder wegen Gewalt im Haushalt;
- c) die in unzumutbaren Wohnverhältnissen wohnen;
- d) die als Zugewanderte in gesonderten Unterkünften von Wohnungslosigkeit aktuell betroffen sind;
- e) die ehemals von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht waren, mit Normalwohnraum versorgt wurden und auf Unterstützung zur Prävention vor erneutem Wohnungsverlust angewiesen sind²⁶.

Darüber hinaus werden Personen als obdachlos bezeichnet, die entweder im öffentlichen Raum wohnen und über keine Unterkunft im üblich bezeichneten Sinne verfügen oder die keinen festen Wohnsitz haben und in Notschlafstellen oder niederschweligen Einrichtungen übernachten²⁷.

6.1 Aktuell von Wohnungslosigkeit Betroffene / ehemalige Wohnungslose mit Unterstützungsbedarf

Für Kreis der von akuter Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen hält das *Diakonische Werk*, unterstützt vom gesetzlich zuständigen *Landeswohlfahrtsverband* und der *Stadt Offenbach*, Möglichkeiten vor:

- Für eine Kurzzeitübernachtung volljähriger alleinstehender Männer ohne festen Wohnsitz gibt es in der Gerberstraße 15 zwei Wohnungen mit 13 Plätzen in sechs Zimmern. Hier übernachteten im Jahr 2017 durchschnittlich 182 Personen pro Monat (vgl. Tab. 68).
- In der Gerberstraße 19 gibt weitere drei Wohnungen für dezentrales, stationäres Wohnen für alleinstehende Männer mit insgesamt zwölf Zimmern und 20 Schlafplätzen.
- Für ehemals wohnungslose Menschen, die betreut werden müssen, wird mit Hilfe städtischer Mittel ein entsprechendes Angebot betreuten dezentralen Wohnens angeboten. Die Betreuungskapazitäten sind für zwölf Plätze ausgelegt.

6.2 Unmittelbar von Wohnungslosigkeit Bedrohte

Sozialamt/MainArbeit (Wohnraumhilfe)

Fälle von unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen und Haushalten werden sichtbar, wenn bei der *MainArbeit* oder dem *Sozialamt* Hinweise aus Bekanntgaben und Hinweisen von *Amtsgericht*, Vermietern, Energieversorgern und Schuldnern eingehen:

- Im Jahr 2017 gab es 88 Fälle drohender Wohnungslosigkeit bei Personen, die im Sozialamt vorstellig wurden. Seit Dezember 2014 ist die Zahl stark zurückgegangen, weil Hilfesuche von Personen, die Leistungen nach SGB II erhalten, seitdem bei der *MainArbeit* erfasst werden²⁸ (vgl. Tab. 69).

²⁶ Forschungsverbund „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“. Gesamtbericht 2005, Seite 8.

²⁷ Vgl. ETHOS (Europäische Typologie für Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit und prekäre Wohnversorgung) des Europäischen Dachverbands der Wohnungslosenhilfe: https://www.feantsa.org/download/ethos_de_2404538142298165012.pdf (Stand 19.06.2018).

²⁸ Hinter jedem einzelnen dieser Fälle stehen durchschnittlich zwei bis drei Personen. Schwankungen bei der Zahl der Hinweise, wie sie in den vergangenen Jahren stattgefunden haben, müssen nicht unbedingt etwas mit tatsächlicher drohender Wohnungslosigkeit zu tun haben. Sie können auch Ergebnis von z.B. milden bzw.

- In 75 Fällen kam es zu einer Beratung mit einer anschließenden Antragsaufnahme und Lösungssuche, teilweise mit Gewährung von Beihilfen oder Darlehen zur Überbrückung von Zahlungsrückständen. In den verbleibenden Fällen wurde entweder nicht auf das Beratungsangebot reagiert, es kam zu einem Verzicht auf Antragstellung nach einer ersten Beratung oder die Schuldner fanden selbst eine Lösung oder waren verzogen.
- Es fand eine Vermittlung an die *Zentrale Vermittlung von Unterkünften (ZVU)* des *Evangelischen Vereins für Wohnraumhilfe in Frankfurt am Main e.V.* in den Fällen statt, wo die jeweilige Wohnung nicht erhalten oder keine andere angemessene Wohnung gefunden werden konnte. Im Jahr 2017 wurden durch die *ZVU* pro Monat durchschnittlich 484 Leistungsberechtigte aus den Rechtskreisen SGB II, SGB XII oder AsylbLG in Offenbacher Hotels oder Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Dies ist eine leichte Erhöhung gegenüber dem Jahr 2016 (470 Personen im Monatsdurchschnitt, vgl. Tab. 70).
- Insgesamt gab es im Jahr 2017 177.010 Übernachtungen in Notunterkünften, die über die *ZVU* vermittelt wurden. Dies waren rund vier Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der überwiegende Teil davon (90,5 Prozent) waren Übernachtungen von Leistungsberechtigten im SGB II (vgl. Tab. 71).

Ordnungsamt

Das *Ordnungsamt* wird in Fällen von aktueller oder unmittelbar drohender Wohnungslosigkeit tätig, wenn es nach den Vorgaben des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) Kenntnis von gerichtlich angeordneten Zwangsräumungen erhält und dementsprechend einschreitet sowie Einweisungen in Notunterkünfte vornimmt²⁹. Im Jahr 2017 gab es 176 Räumungstermine mit 357 betroffenen Personen und damit etwas weniger Fälle als im Vorjahr. Außerdem gab es 19 Einweisungen mit 36 Personen in Notunterkünfte (vgl. Tab. 72).

Frauenhaus

Das *Frauenhaus* wird vom Verein *Frauen helfen Frauen Offenbach e.V.* mit finanzieller Unterstützung der *Stadt Offenbach* und des *Landes Hessen* geführt. Hier werden Frauen mit ihren Kindern untergebracht, die sich aufgrund einer Gewalterfahrung an das Frauenhaus wenden oder von Behörden dorthin gebracht werden.

- Es gibt zwölf Zimmer mit 32 Schlafplätzen, jeweils mit einer Frau und einem oder mehreren Kindern in der Regel voll belegt. Die Belegungen dauern sehr häufig mehrere Monate.
- Der Großteil der untergebrachten Personen stammte nicht aus Offenbach. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Übernachtungstage (von Frauen und Kindern) von 8.311 im Jahr 2016 auf 9.280 im Jahr 2017 (vgl. Tab. 73).

6.3 Wohnungslosigkeit wegen unzumutbarer Wohnverhältnisse / bei Zugewanderten in gesonderten Unterkünften

Über den Bereich von Wohnungslosigkeit aufgrund unzumutbarer Wohnverhältnisse liegen keine gesicherten Angaben vor. Es gibt vereinzelte Hinweise von Überbelegungen von Wohnungen durch ausländische Zuwanderer, denen die Ordnungsbehörden nachgehen. Die Zahl von Wohnungen, die z. B. unzureichend mit Sanitäreinrichtungen ausgestattet sind und deren Bewohner nach der oben genannten Definition ebenfalls zu den Wohnungsnotfällen gezählt werden müssen, wird in der Baustatistik der Stadt nicht erfasst.

Wohnungsnotfälle bei zuwandernden Personen wie Spätaussiedlern und Flüchtlingen, die in gesonderten Unterkünften untergebracht werden, spielen in Offenbach keine nachweisbare

strengen Wintern oder Verzögerungen bei der Abwicklung von Mahnungen sein, deren Wirksamkeit unter Umständen in das jeweilig nächste Berechnungsjahr fällt.

²⁹ Notwendige Unterbringungen durch Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden nach § 31 HSOG (Platzverweigerung) gab es seit 2006 nahezu keine.

Rolle. Dieser Personenkreis ist über das Stadtgebiet verteilt untergebracht. Eine Erstaufnahmeeinrichtung des *Landes Hessen* für Flüchtlinge wurde im Jahr 2016 geschlossen.

6.4 Sozialstruktur der Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Eine Erhebung der Altersstruktur der im Wohnheim des *Diakonischen Werkes* untergebrachten Personen im Jahr 2017 zeigt, dass der überwiegende Teil 30 Jahre und älter war. Das Durchschnittsalter betrug 44,5 Jahre (vgl. Tab. 74).

Zur Sozialstruktur auf Bundesebene geben Veröffentlichungen der *Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.* über eine Erhebung aus dem Jahr 2015 in 176 Einrichtungen mit rund 33.000 wohnungslosen Personen eine näherungsweise Auskunft³⁰:

- 74,7 Prozent waren männlich;
- 19,7 Prozent waren bis 24 Jahre alt, 6,4 Prozent 60 Jahre und älter;
- 85 Prozent waren alleinstehend;
- 8,4 Prozent hatten Kinder;
- 36,5 Prozent hatten einen Migrationshintergrund;
- 69,3 Prozent hatten einen geringe, 9,7 Prozent eine hohe Bildungsqualifikation;
- 54,8 Prozent hatten keine abgeschlossene Berufsausbildung, vier Prozent einen fachschul- oder (fach-)hochschulbezogenen Berufsabschluss;
- 88 Prozent waren arbeitslos, von denen 48,4 Prozent länger als zwei Jahre;
- 40,9 Prozent bezogen Leistungen nach SGB II, 3,5 Prozent nach SGB III und 6,1 Prozent nach SGB XII.

³⁰ Aktuellere Zahlen des BAW liegen derzeit nicht vor. Vgl.
http://www.bagw.de/media/doc/STA_Statistikbericht_2015_Tabellen.pdf (Stand 13.06.2018)

7. Fazit

Die Entwicklungen in den beiden Leistungsbereichen des Sozialgesetzbuches Zweites Buch sowie Zwölftes Buch verlaufen wie in den vergangenen Jahren uneinheitlich.

Im Bereich des **SGB II** sank bis Dezember 2017 die Zahl der Leistungsberechtigten auf 17.731 Personen in 8.083 Bedarfsgemeinschaften. Gleichzeitig wuchs binnen Jahresfrist die Bevölkerung um knapp 1.900 Menschen. Damit sank die **SGB II-Quote** auf 15,6 Prozent und damit den niedrigsten Wert seit Einführung des SGB II (vgl. Tab. 75)³¹. Differenziert nach Staatsangehörigkeit profitierte von dem Rückgang der SGB II-Quote die nichtdeutsche Bevölkerung stärker (minus 1,3 Prozentpunkte auf eine SGB II-Quote von 18,9 Prozent) als die deutsche Bevölkerung (minus ein Prozentpunkt auf eine SGB II-Quote von 13,4 Prozent)³².

Im Bereich **SGB XII** blieb die Zahl der Leistungsberechtigten außerhalb von Einrichtungen zum Jahresende 2017 mit 3.615 Personen in 3.337 Bedarfsgemeinschaften auf dem Vorjahresniveau. Vier Fünftel der Bedarfsgemeinschaften erhielten nach Kap. 4 SGB XII Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Nur in diesem Leistungsbereich gab es einen Anstieg bei den Leistungsberechtigten außerhalb von Einrichtungen. Die Zahl der Leistungsberechtigten bei den Hilfen zum Lebensunterhalt (Kap. 3 SGB XII) blieb auf dem Vorjahresniveau. Bei den Hilfen in besonderen Lebenssituationen (Kap. 5-7 SGB XII) gab es einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr.

Die Gesamtzahl aller SGB II- und der SGB XII-Leistungsberechtigten betrug im Dezember 2017 21.346 Personen. Bei weiterhin starkem Bevölkerungswachstums auf rund 135.700 Einwohnerinnen und Einwohner sank die Gesamtquote aller Leistungsberechtigten im SGB II und SGB XII an der Gesamtbevölkerung auf 15,7 Prozent (vgl. Abb. 38, Tab. 76, Tab. 77).

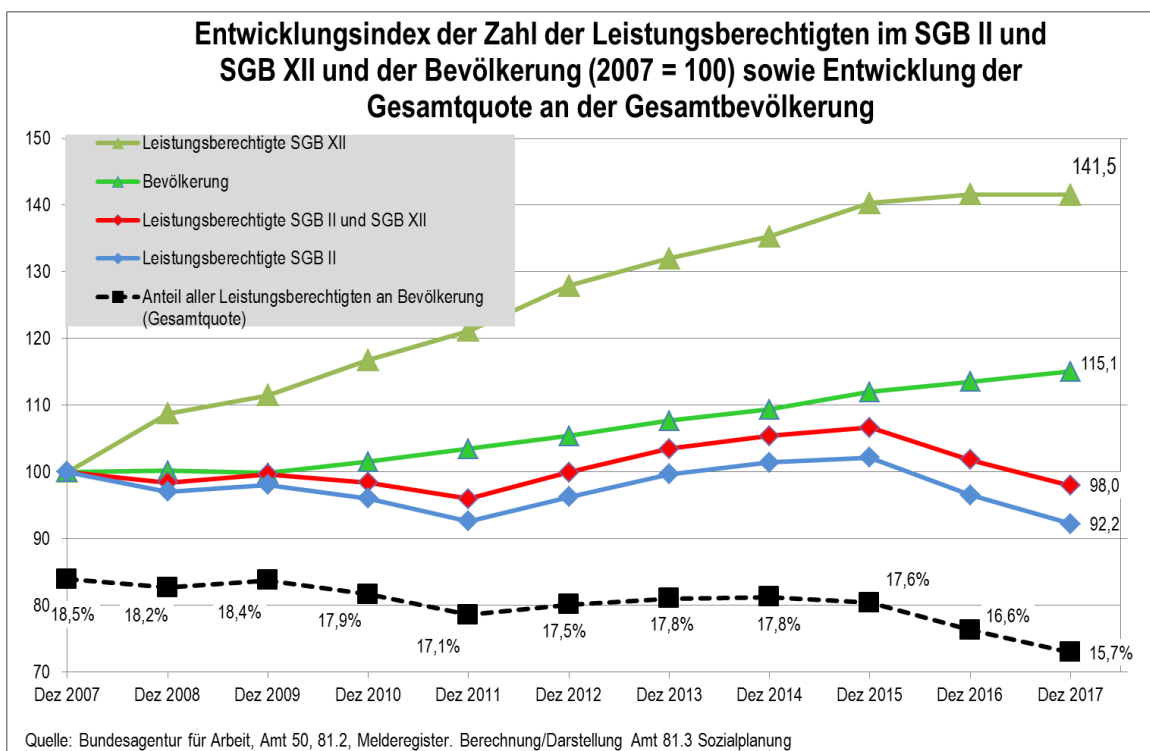


Abb. 38: Entwicklungsindex der Leistungsberechtigten im SGB II und SGB XII und der Bevölkerung sowie Entwicklung der Gesamtquote aller Leistungsberechtigten an der Gesamtbevölkerung

³¹ Die SGB II-Quote eignet sich für einen Vergleich mit anderen Städten über SGB II-Vergleichstypen (siehe Glossar). Für die Bevölkerung als Bezugsgröße verwendet die BA Angaben des *Statistischen Bundesamtes*, demzufolge Offenbach am Jahresende 2016 eine SGB II-Quote von 18,1 Prozent hatte. Die im Sozialbericht berechnete SGB II-Quote für Offenbach (15,6 Prozent) bezieht sich hingegen auf das Melderegister der *Stadt Offenbach*, das gewöhnlich eine andere (zur Zeit der Berichterfassung höhere) Bevölkerungszahl ausweist.

³² Siehe Hinweis in Fußnote 7 auf Seite 6.

Bei der Inanspruchnahme der Leistungen für **Bildung und Teilhabe** gab es im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang. Knapp 12.900 Personen nahmen eine oder mehrere Leistungen in Höhe von insgesamt rund 2,26 Millionen Euro in Anspruch. 1,9 Millionen Euro entfielen auf den Bereich des SGB II. Die Quote der Inanspruchnahme dieser aus Bundesmitteln refinanzierten Leistung (und damit der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter allen prinzipiell Anspruchsberechtigten, die durch diese Leistungen wirklich erreicht wurden), lag mit 75,1 Prozent etwas niedriger als im Vorjahr. Unter allen hessischen Kreisen und kreisfreien Städten befand sich Offenbach im oberen Fünftel.

Im Bereich von **Einkommensarmut bei Kindern und Jugendlichen**, die über die Situation im Leistungsbereich des SGB II dargestellt wird, kam es wie im Vorjahr zum Jahresende zu einem erneuten Rückgang der Kinder unter 18 Jahren im Leistungsbezug um knapp sechs Prozent. Die SGB II-Quote der Kinder unter 18 Jahren sank im Dezember 2017 gegenüber dem Vorjahresende auf 28,5 Prozent. Im Vergleich mit anderen kreisfreien Städten in Hessen blieb in Offenbach der Anteil von SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern mit 43,0 Prozent jedoch hoch. Das Haushaltsbudget liegt bei Bedarfsgemeinschaften ohne oder mit Kindern zwischen fünf und elf Prozent über dem hessischen Durchschnitt.

Die Zahl der Fälle von **Wohnungs- und Obdachlosigkeit** sank in den Fällen, bei denen über das *Sozialamt* oder die *MainArbeit* die *Zentrale Vermittlung von Unterkünften* tätig wurde. Die Übernachtungszahlen im Jahr 2017 steigen gegenüber dem Vorjahr um rund 4,4 Prozent auf 177.010 Übernachtungen. Im Monatsdurchschnitt waren es 484 Leistungsberichtigte. Die Zahl der Übernachtungen von Frauen und Kindern im Frauenhaus stieg im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr von 8.311 auf 9.280 Übernachtungen und damit um knapp zwölf Prozent.

8. Anhang

8.1 Glossar

(Quellen: BA, SGB II, SGB III, SGB XII)

Arbeitslose im SGB II	<p>Leistungsberechtigte im SGB II gelten als arbeitslos, wenn folgende drei Bedingungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sie stehen in keinem Beschäftigungsverhältnis oder arbeiten weniger als 15 Stunden pro Woche; • Sie suchen eine versicherungspflichtige zumutbare Beschäftigung und stehen dabei den Vermittlungsbemühungen zur Verfügung und • Sie haben sich bei einer <i>Agentur für Arbeit/</i> einem <i>Jobcenter</i> arbeitslos gemeldet. <p>Als nicht arbeitslos gelten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik; • Personen, die mindestens 15 Stunden pro Woche erwerbstätig sind; • nicht arbeiten dürfen oder können, ihre Verfügbarkeit einschränken, arbeitsunfähig erkrankt sind oder die Regelaltersgrenze erreicht haben; • sich als Nichtleistungsempfänger länger als drei Monate nicht mehr bei der zuständigen Agentur für Arbeit/Jobcenter gemeldet haben; • Schüler, Studenten und Schulabgänger, die nur eine Ausbildungsstelle suchen; arbeitserlaubnispflichtige Ausländer und deren Familienangehörige sowie Asylbewerber ohne Leistungsbezug, wenn ihnen der Arbeitsmarkt verschlossen ist.
Arbeitslosengeld I (SGB III)	<p>Das Arbeitslosengeld I wird Arbeitslosen als Lohnersatzleistung anstelle des ausfallenden Arbeitsentgeltes gezahlt. Der Leistungsanspruch beträgt 60 bzw. 67 Prozent (bei mindestens einem Kind) des zuletzt erhaltenen pauschalierten Nettoarbeitsentgeltes. Die Anspruchsdauer beträgt mindestens sechs bis zu maximal 24 Monate. Anspruchsvoraussetzungen sind Arbeitslosigkeit, die Erfüllung der Anwartschaftszeit sowie die Arbeitslosmeldung bei einer <i>Agentur für Arbeit</i>. Arbeitslose sind verpflichtet, im Rahmen der Eigenbemühungen alle Möglichkeiten der beruflichen Eingliederung zu nutzen.</p>
Arbeitslosengeld II (SGB II)	<p>Das Arbeitslosengeld II (ALG II) bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Rahmen der Grundsicherung. Diese Geldleistungen dienen der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts und setzen sich zusammen aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Leistungen aufgrund von Regelbedarfen nach einheitlichen pauschalierten Regelsätzen (Regelleistungen); • ggf. Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt; • Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU).
Bedarfsgemeinschaft (SGB II)	<p>Eine Bedarfsgemeinschaft bezeichnet Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft hat mindestens einen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, außerdem zählen dazu:</p> <ul style="list-style-type: none"> • weitere erwerbsfähige Leistungsberechtigte; • die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil eines unverheirateten, erwerbsfähigen

- Kindes, welches das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und der im Haushalt lebende Partner eines Elternteils;
- die Person, die mit dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass anzunehmen ist, dass sie Verantwortung füreinander tragen und füreinander eintreten;
 - Die dem Haushalt angehörenden, unverheirateten Kinder des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten oder seines Partners, wenn die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft ist enger gefasst, als derjenige der Haushaltsgemeinschaft. So zählen z. B. Kinder, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, Großeltern und Enkelkinder, sowie sonstige Verwandte und Verschwägerter nicht zur Bedarfsgemeinschaft.

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II)

Als erwerbsfähige Leistungsberechtigte gelten nach § 7 SGB II Personen, die

- das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a SGB II noch nicht vollendet haben;
- erwerbsfähig sind;
- hilfebedürftig sind.

Die Altersgrenze liegt bis zu den Geburtsjahrgängen 1946 und älter bei vollendeten 65 Jahren. Ab Geburtsjahr 1947 steigt sie sukzessive um je einen Monat bis zum Geburtsjahrgang 1964 auf das vollendete 67. Lebensjahr an.

Als erwerbsfähig gilt, wer nicht durch Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, mindestens drei Stunden täglich unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes erwerbsfähig zu sein.

Leistungsberechtigt ist, wer seine Eingliederung in Arbeit sowie seinen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der mit ihm in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, v. a. nicht durch Aufnahme einer zumutbaren Arbeit oder dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann, z. B. auch Jugendliche unter 18 Jahren.

Gesamtbevölkerung

Meint im vorliegenden Bericht die wohnberechtigte Bevölkerung mit Hauptwohnsitz.

Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

Sie soll die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen und denjenigen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kap. 4, SGB XII)

Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter (bis Geburtsjahr 1946 und älter ab 65 Jahre, ab Geburtsjahr 1947 bis 1964 sukzessiver Anstieg der gültigen Altersgrenze auf 67 Jahre) und bei dauerhafter Erwerbsminderung (ab dem 18. Lebensjahr).

Hilfe in besonderen Lebenssituationen (Kap. 5-9, SGB XII)

Hierzu zählen:

- Hilfe zur Gesundheit (Kap. 5);
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Kap. 6);
- Hilfe zur Pflege (Kap. 7);

	<ul style="list-style-type: none"> • Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Kap. 8); • Hilfen in anderen Lebenslagen (Kap. 9).
Hilfe zum Lebensunterhalt (Kap. 3, SGB XII)	<p>Diese Hilfe ist Personen zu leisten, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können. Zu einem notwendigen Lebensunterhalt gehören u.a. insbesondere Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens (SGB XII, § 27 und § 27a). Diese Hilfe wird in erster Linie folgenden Personengruppen gewährt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kinder unter 15 Jahre, die sich in Familienpflege befinden; • Personen mit Erwerbsminderung, bei denen die Erwerbsminderung vom Rententräger noch nicht festgestellt wurde; • Personen mit vorgezogener Altersrente; • Personen mit befristeter Rente wegen Erwerbsminderung; • Personen, die sich vorübergehend in einer Einrichtung aufhalten und nur einen Barbetrag erhalten; • Kinder, deren Eltern oder ein Elternteil Leistungen nach einer anderen Rechtsgrundlage erhalten (z. B. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz).
Hilfe zur Pflege (Kap. 7, SGB XII)	<p>Hilfe zur Pflege wird Personen gewährt, die wegen körperlichen, geistigen, oder seelischen Krankheit oder Behinderung nicht in der Lage sind die alltäglichen Verrichtungen und Versorgung eigenständig durchzuführen. Die Hilfe umfasst häusliche Pflege, Hilfsmittel, teilstationäre Pflege, Kurzzeitpflege und stationäre Pflege. Übernommen werden die verbleibenden Kosten nach Abzug der Leistungen des Pflegeversicherungsgesetzes bzw., wenn diese noch nicht greift, die gesamten Kosten der oben aufgeführten Leistungen. In diesem Bericht werden nur Leistungen der stationären Hilfe zur Pflege aufgeführt.</p>
Integrationsquote	<p>Integrationen in Erwerbsarbeit (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, voll qualifizierende berufliche Ausbildung oder Selbstständigkeit) in Relation zum durchschnittlichen Bestand an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.</p>
Kontingentflüchtlinge	<p>Kontingentflüchtlinge sind Flüchtlinge aus Krisenregionen, die im Rahmen internationaler humanitärer Hilfsaktionen aufgenommen werden. § 23 AufenthG eröffnet den obersten Landesbehörden bzw. dem Bundesministerium des Innern die Möglichkeit anzuordnen, dass für bestimmte Ausländergruppen aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird.</p>
Laufende Leistungen im SGB XII	<p>Es handelt sich bei den laufenden Leistungen in der Regel um Regelsätze, Krankenkassenbeiträge und laufende Leistungen der Unterkunft und Heizung. Nicht eingeschlossen sind: einmalige Unterkunftskosten (Wohnungsbeschaffung, Kautionen, etc.), Klassenfahrten, Wohnungserstausstattungskosten, Erstausstattung für Bekleidung.</p>
Migrationshintergrund	<p>Die <i>BA</i> bezieht sich auf die Definition nach § 6 Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung (MighEV). Demnach liegt ein</p>

Migrationshintergrund vor, wenn

- die befragte Person nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder
- der Geburtsort der befragten Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und eine Zuwanderung in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte oder
- der Geburtsort mindestens eines Elternteiles der befragten Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt sowie eine Zuwanderung dieses Elternteils in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte.

Die Auswertungen des Offenbacher Melderegisters mit MIGRA Pro beruhen im Wesentlichen auf denselben Merkmalen, beschränken sich bei der Gruppe der Aussiedler jedoch auf sogenannte Russlanddeutsche.

Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II)

Alle Personen innerhalb einer BG, die noch nicht im erwerbsfähigen Alter sind (unter 15 Jahre) oder nicht in der Lage sind, mindestens drei Stunden täglich zu arbeiten, können als nicht erwerbsfähige Mitglieder einer BG bei Hilfebedürftigkeit Leistungen erhalten.

Regelaltersgrenze

„Die Altersgrenze stellt den Zeitpunkt dar, ab dem für eine Person kein Anspruch mehr auf Sozialleistungen nach dem SGB III bzw. SGB II besteht und stattdessen unter den Anspruchsvoraussetzungen des SGB VI die Regelaltersrente geleistet wird.

Bisher lag die Altersgrenze bei 65 Jahren. Am 20.04.2007 wurde das "Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung" beschlossen. Dieses sieht eine sukzessive Anhebung der Altersgrenze von 65 auf 67 Jahre vor. Ab 01.01.2012 sind die ersten Personen des Geburtsjahrgangs 1947 von dieser Anhebung betroffen. Die letzte Anhebung der Altersgrenze findet für den Geburtsjahrgang 1964 am 01.01.2031 statt.“ (Quelle: http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_4236/Statischer-Content/Grundlagen/Methodische-Hinweise/AST-MethHinweise/Anhebung-der-Altersgrenze.html, Stand 29.08.2017).

In den Berichten der BA ändert sich nun sukzessive die Nomenklatur: Eingeschränkte Altersklassen werden durch offene Altersklassen ersetzt. Aus "Personen von 15 bis unter 65 Jahren" werden "Personen von 15 Jahren und älter".

SGB II-Quote

Eine in der Regel von der BA ermittelte Prozentzahl, die den Anteil der leistungsberechtigten Personen im SGB II-Bezug (Regelleistungsberechtigte und Sonstige Leistungsberechtigte) an der Wohnbevölkerung mit Hauptwohnsitz ausdrückt, die ein Alter zwischen 0 und der Altersgrenze nach § 7a SGB II hat. Die im vorliegenden Bericht angegebenen Quoten für die Stadt Offenbach sind – wo angegeben – auf der Basis der Bevölkerungszahlen (mit einem Alter zwischen 0 und unter 65 Jahren) laut Melderegister der Stadt Offenbach errechnet.

SGB II-Vergleichstyp	<p>Vergleichstypen werden aufgrund von wissenschaftlichen Analysen vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der BA zusammengestellt. Innerhalb einer Vergleichsgruppe wird regelmäßig ein Ranking erstellt, aus dem hervorgeht, wie die SGB II-Kennzahlen bei vergleichbaren Rahmenbedingungen im Leistungsvergleich einzuordnen sind. Der Vergleichstyp IIIb, dem Offenbach und weitere 35 Städte sowie Berliner Stadtbezirke zugeschrieben werden, ist definiert von überwiegend Städten und verstäderten Regionen mit hohen Wohnkosten, Dienstleistungsarbeitsmärkten und geringer Arbeitsplatzdichte. Weitere Merkmale:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unterdurchschnittliche Saisonspanne; - Geringer Anteil an verarbeitendem Gewerbe; - Geringe Arbeitsplatzdichte; - Geringer Anteil an Kleinbetrieben; - Überdurchschnittlicher Anteil an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit verfestigtem Langzeitbezug; - Geringer Anteil älterer erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (50 Jahre und älter); - Geringer Anteil an erwerbstätigen SGB II-Beziehern; - Überdurchschnittlicher Anteil großer Bedarfsgemeinschaften; - Hohe Wohnkosten im SGB II; - Hoher Migrantanteil; - Hohes Bevölkerungswachstum.
SGB III	Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) regelt das deutsche Arbeitsförderungsrecht inklusive Arbeitslosenversicherung.
Sozialgeld (SGB II)	Es handelt sich hier um die Geldleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts für nicht erwerbsfähige hilfebedürftige Angehörige (i.d.R. Kinder) und Partner, die mit einem Arbeitslosengeld II-Bezieher in einer Bedarfsgemeinschaft leben und keinen Anspruch auf Grundsicherung für Ältere oder wegen Erwerbsminderung haben.
Sozialhilfe (SGB XII)	<p>Aufgabe des Zwölften Buchs Sozialgesetzbuch ist es, den Leistungsberechtigten der Sozialhilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht (SGB XII, § 1, Satz 1). Die Sozialhilfe umfasst insgesamt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hilfe zum Lebensunterhalt; • Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung; • Hilfen zur Gesundheit, wie vorbeugende Gesundheitshilfe, Hilfe bei Krankheit, zur Familienplanung, bei Schwangerschaft und Mutterschaft, bei Sterilisation; • Eingliederungshilfe für behinderte Menschen; • Hilfe zur Pflege; • Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten; • Hilfen in anderen Lebenslagen, wie Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes, Altenhilfe, Blindenhilfe.
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	Zu den registrierten Arbeitslosen werden zusätzlich die Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des SGB gelten, weil sie Teilnehmer an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme (z.B. berufliche Weiterbildung, Arbeitsgelegenheit, Bürgerarbeit) oder zeitweise arbeitsunfähig sind und deshalb die Kriterien des § 16 Abs. 1 SGB III nicht erfüllen.

Unterbeschäftigung im weiteren Sinne	Personen in Unterbeschäftigung im engeren Sinne plus Personen mit Gründungszuschuss, Einstiegs geld in die Selbständigkeit und Altersteilzeit, aber ohne Kurzarbeit.
Unterbeschäftigungsquote	Ist eine von der BA ermittelte Prozentzahl, die den Anteil der Personen in Unterbeschäftigung im weiteren Sinne in Bezug setzt zur Zahl aller zivilen Erwerbspersonen in einer erweiterten Bezugsgröße, das heißt plus Teilnehmer an entlastenden Maßnahmen, die keine Erwerbstätigkeit fördern, sowie Personen mit Sonderstatus.
Zahlungsanspruch	Ist der von den Jobcentern ermittelte Betrag, der den Personen einer Bedarfsgemeinschaft zusteht und tatsächlich der Bedarfsgemeinschaft gewährt wird. Er errechnet sich aus dem ermittelten Bedarf minus eines angerechneten Einkommens oder Vermögens (dies ist im Ergebnis der sogenannte Leistungsanspruch) minus Sanktionen.

8.2 Tabellen zu Kapitel 1 (Einführung)

Tab. 1: Einwohner mit Migrationshintergrund am 31.12.2017 (Hauptwohnsitz)

Statistischer Bezirk	Einwohner insgesamt	Einwohner mit Migrationshintergrund						Deutsche ohne Migrationshintergrund
		Insgesamt		davon				
		absolut	in %	Nichtdeutsche	Deutsche	davon		
					Eingebürgerte	Aussiedler		
11 Hochschule f. Gestaltung	4867	3664	75,3	2580	1084	938	146	1203
12 Wilhelmschule	8006	6112	76,3	4658	1454	1292	162	1894
13 Messehalle	10664	7869	73,8	5341	2528	2188	340	2795
14 Kaiserlei	3211	1925	60,0	1240	685	586	99	1286
15 Ledermuseum	11073	7044	63,6	4474	2570	2164	406	4029
16 Mathildenschule	8844	6852	77,5	4915	1937	1676	261	1992
21 Klinikum OF	5530	3447	62,3	2337	1110	903	207	2083
22 Lauterborngeb.	13060	9108	69,7	4580	4528	3500	1028	3952
23 Friedrichsweiher	8417	5423	64,4	3601	1822	1521	301	2994
24 Bachschule	6796	4230	62,2	2656	1574	1263	311	2566
25 Lichtenplatte	9010	5711	63,4	3629	2082	1654	428	3299
26 Bieberer Berg	2705	1345	49,7	730	615	479	136	1360
31 Vorderw.-Rosenhöhe	4464	2666	59,7	1592	1074	812	262	1798
32 Tempelsee	4848	2425	50,0	1306	1119	880	239	2423
33 Bieber	15743	7586	48,2	3653	3933	2692	1241	8157
41 Mühlheimer Str.	2219	1441	64,9	721	720	592	128	778
42 Waldheim	851	315	37,0	133	182	132	50	536
43 Bürgel	10036	4635	46,2	2388	2247	1551	696	5401
44 Rumpenheim	5348	1853	34,6	743	1110	661	449	3495
Gesamt	135692	83651	61,6	51277	32374	25484	6890	52041

Quelle: Amt 81.2, Melderegister

Tab. 2: Sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung in Offenbach und Vergleichsregionen am **Wohnort**

	Regionen	30. Sep. 2017	30. Juni 2017	31. März 2017	Veränderung gegenüber den Vorjahresstichtagen in Prozent			
					30. Sep. 2016	30. Sep. 2015	30. Sep. 2014	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	52.217	51.081	50.758	4,4	9,8	16,0	
	SGB II Vergleichstyp IIIb ø	131.784	129.693	128.691	2,9	6,1	9,8	
	Hessen	2.442.505	2.398.548	2.387.268	2,3	4,8	7,6	
	Deutschland	32.505.594	31.953.094	31.731.271	2,2	4,3	6,8	
Geringfügig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	12.729	12.623	12.486	1,6	3,9	6,0	
	SGB II Vergleichstyp IIIb ø	29.489	29.679	28.948	0,7	1,9	1,1	
	Hessen	595.772	597.107	581.442	1,0	1,8	1,5	
	Deutschland	7.709.781	7.745.675	7.515.516	0,5	1,2	-0,2	
davon	ausschließlich geringfügig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	7.055	7.203	7.191	-3,9	-4,3	-4,3
		SGB II Vergleichstyp IIIb ø	19.129	19.601	19.134	-1,2	-1,9	-4,6
		Hessen	375.927	383.879	373.432	-0,9	-1,8	-3,6
		Deutschland	4.888.853	5.014.067	4.864.254	-1,5	-2,6	-5,6
	im Nebenjob geringfügig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	5.674	5.420	5.295	9,2	16,2	22,3
		SGB II Vergleichstyp IIIb ø	10.360	10.078	9.814	4,4	9,7	13,6
		Hessen	219.845	213.228	208.010	4,3	8,5	11,4
		Deutschland	2.820.928	2.731.608	2.651.262	4,2	8,4	10,9

Quelle: BA

Tab. 3: Sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung in Offenbach und Vergleichsregionen am **Arbeitsort**

	Regionen	30. Sep. 2017	30. Juni 2017	31. März 2017	Veränderung gegenüber den Vorjahresstichtagen in Prozent			
					30. Sep. 2016	30. Sep. 2015	30. Sep. 2014	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	47.788	47.412	47.106	2,7	2,7	4,3	
	SGB II Vergleichstyp IIIb ø	161.766	158.964	158.089	2,5	5,2	7,9	
	Hessen	2.571.035	2.524.156	2.509.930	2,6	4,9	7,1	
	Deutschland	32.731.752	32.164.973	31.930.223	2,3	4,5	6,7	
Geringfügig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	11.913	11.852	11.659	0,5	0,6	1,8	
	SGB II Vergleichstyp IIIb ø	32.303	32.511	31.788	0,6	2,0	0,6	
	Hessen	603.338	605.482	588.449	1,0	1,6	0,5	
	Deutschland	7.756.065	7.806.047	7.550.396	0,5	1,2	-0,6	
davon	ausschließlich geringfügig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	7.218	7.288	7.151	-2,0	-3,2	-4,4
		SGB II Vergleichstyp IIIb ø	20.947	21.488	21.011	-1,3	-1,7	-4,9
		Hessen	379.882	388.685	376.956	-0,9	-1,9	-4,7
		Deutschland	4.931.050	5.070.575	4.895.684	-1,5	-2,5	-6,1
	im Nebenjob geringfügig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	4.695	4.564	4.508	4,7	7,0	13,1
		SGB II Vergleichstyp IIIb ø	11.356	11.022	10.777	4,3	9,4	12,8
		Hessen	223.456	216.797	211.493	4,2	8,2	10,9
		Deutschland	2.825.015	2.735.472	2.654.712	4,2	8,4	10,9

Quelle: BA

Tab. 4: Bevölkerungsentwicklung in Offenbach

	Dez 12	Dez 13	Dez 14	Dez 15	Dez 16	Dez 17	2016-2017	2016-2017
Offenbach	124.261	126.934	128.974	132.068	133.827	135.692	1.865	1,4%
darunter 15 bis unter 65 Jahre	84.912	86.941	88.535	90.982	92.213	93.778	1.565	1,7%
Anteil	68,3%	68,5%	68,6%	68,9%	68,9%	69,1%		
Deutsche	83.413	83.738	83.634	83.799	84.348	84.415	67	0,1%
darunter 15 bis unter 65 Jahre	51.150	51.151	51.022	51.244	51.813	52.121	308	0,6%
Anteil	61,3%	61,1%	61,0%	61,2%	61,4%	61,7%		
Nichtdeutsche	40.848	43.196	45.340	48.269	49.479	51.277	1.798	3,6%
darunter 15 bis unter 65 Jahre	33.762	35.790	37.513	39.738	40.400	41.657	1.257	3,1%
Anteil	82,7%	82,9%	82,7%	82,3%	81,7%	81,2%		

Quelle: Amt 81.2, Melderegister, Berechnungen 81.3 Sozialplanung

Tab. 5: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

	Arbeitslose insgesamt SGB III/III	darunter Arbeitslose SGB II*	Arbeitslosenquote (ALQ)*	darunter ALQ* SGB II	Unterbeschäftigung im engeren Sinne insgesamt	darunter Unterbeschäftigung SGB II	Unterbeschäftigungsquote (UBQ)*	darunter UBQ* SGB II
Dez 2009	6.848	5.178	11,4%	8,6%	8.924	6.697	15,0%	11,0%
Dez 2010	6.010	4.671	10,0%	7,7%	9.107	7.474	13,8%	10,8%
Dez 2011	6.144	5.026	10,1%	8,3%	8.557	7.196	13,8%	11,1%
Dez 2012	6.278	4.600	10,3%	7,5%	9.046	7.122	14,6%	11,3%
Dez 2013	6.746	5.069	10,7%	8,1%	8.946	6.976	13,9%	10,7%
Dez 2014	6.889	5.176	10,8%	8,1%	9.126	7.093	14,0%	10,9%
Dez 2015	6.699	5.176	10,1%	7,8%	9.563	7.679	14,1%	11,3%
Dez 2016	6.616	5.237	9,7%	7,7%	9.084	7.331	12,9%	10,4%
Dez 2017	6.566	4.960	9,3%	7,0%	8.866	6.883	12,2 %	9,4%

Quelle: BA. *Monatsaktuelle (daher von endgültigen abweichende) Werte. Quote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. Unterbeschäftigungsquote mit erweitertem Bezug

8.3 Tabellen zu Kapitel 2 (SGB II)

Tab. 6: Personen in Bedarfsgemeinschaften – Basiszahlen (Jahresende)

	Bedarfsgemeinschaften (BG)	Personen in BG (PERS)	Leistungsberechtigte (LB)				Nicht Leistungsberechtigte (NLB)
			Regelleistungsberechtigte (RLB)		Sonstige Leistungsberechtigte (SLB)		
			Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF)			
Dez 2007	8.921	19.756	19.234	12.977	6.257	*	520
Dez 2008	8.597	19.249	18.681	12.455	6.213	13	568
Dez 2009	8.768	19.502	18.903	12.565	6.295	43	599
Dez 2010	8.564	19.163	18.517	12.226	6.239	52	646
Dez 2011	8.207	18.540	17.878	11.689	6.122	67	662
Dez 2012	8.563	18.675	18.577	12.300	6.207	70	98
Dez 2013	8.795	19.336	19.233	12.513	6.654	66	103
Dez 2014	8.899	19.699	19.572	13.105	6.401	66	127
Dez 2015	8.881	19.844	19.740	13.141	6.512	87	104
Dez 2016	8.432	18.768	18.662	12.485	6.082	95	106
Dez 2017	8.083	17.852	17.731	11.965	5.683	83	121

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. * keine Daten ausweisbar

Tab. 7: Personen in Bedarfsgemeinschaften – Basiszahlen (Jahresdurchschnitt)

	Bedarfsgemeinschaften (BG)	Personen in BG (PERS)	Leistungsberechtigte (LB)				Nicht Leistungsberechtigte (NLB)
			Regelleistungsberechtigte (RLB)		Sonstige Leistungsberechtigte (SLB)		
			Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte			
JD 2007	9.208	20.250	19.734	13.417	6.317	1	516
JD 2008	8.817	19.676	19.130	12.889	6.232	9	546
JD 2009	8.743	19.448	18.865	12.620	6.219	26	583
JD 2010	8.836	19.710	19.061	12.695	6.313	53	649
JD 2011	8.563	19.211	18.561	12.227	6.277	57	650
JD 2012	8.448	18.524	18.354	12.134	6.102	59	146
JD 2013	8.813	19.175	19.091	12.558	6.466	67	85
JD 2014	8.984	19.803	19.714	13.041	6.618	55	90
JD 2015	8.978	19.961	19.859	13.289	6.493	77	103
JD 2016	8.714	19.423	19.320	12.915	6.311	95	102
JD 2017	8.370	18.540	18.436	12.732	5.919	85	104

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 8: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Geschlecht und Alter (Jahresende)

	ELB weiblich	Anteil an allen ELB	ELB unter 25 Jahren	Anteil an allen ELB	darunter		ELB 55 Jahre und älter	Anteil an allen ELB	darunter	
					weiblich	Anteil			weiblich	Anteil
Dez 2007	6.719	51,8%	2.325	17,9%	1.291	55,5%	1.583	12,2%	716	45,2%
Dez 2008	6.580	52,8%	2.270	18,2%	1.278	56,3%	1.605	12,9%	748	46,6%
Dez 2009	6.590	52,4%	2.216	17,6%	1.235	55,7%	1.673	13,3%	778	46,5%
Dez 2010	6.436	52,6%	2.008	16,4%	1.136	56,6%	1.668	13,6%	778	46,6%
Dez 2011	6.236	53,3%	1.836	15,7%	1.031	56,2%	1.699	14,5%	806	47,4%
Dez 2012	6.527	53,1%	2.002	16,3%	1.081	54,0%	1.713	13,9%	810	47,3%
Dez 2013	6.689	53,5%	1.881	15,0%	1.015	54,0%	1.756	14,0%	837	47,7%
Dez 2014	7.000	53,4%	2.237	17,1%	1.171	52,3%	1.777	13,6%	854	48,1%
Dez 2015	7.054	53,7%	2.152	16,4%	1.155	53,7%	1.858	14,1%	916	49,3%
Dez 2016	6.674	53,5%	2.059	16,5%	1.084	52,6%	1.919	15,4%	954	49,7%
Dez 2017	6.407	53,5%	1.999	16,7%	1.044	52,2%	1.936	16,2%	944	48,8%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 9: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Geschlecht und Alter (Jahresdurchschnitt)

	ELB weiblich	Anteil an allen ELB	ELB unter 25 Jahren	Anteil an allen ELB	darunter		ELB 55 Jahre und älter	Anteil an allen ELB	darunter	
					weiblich	Anteil			weiblich	Anteil
JD 2007	6.912	51,5%	2.445	18,2%	1.362	55,7%	1.593	11,9%	722	45,3%
JD 2008	6.745	52,3%	2.404	18,7%	1.339	55,7%	1.617	12,5%	742	45,9%
JD 2009	6.631	52,5%	2.301	18,2%	1.289	56,0%	1.651	13,1%	768	46,5%
JD 2010	6.635	52,3%	2.212	17,4%	1.235	55,8%	1.678	13,2%	776	46,2%
JD 2011	6.476	53,0%	2.010	16,4%	1.138	56,6%	1.715	14,0%	803	46,8%
JD 2012	6.480	53,4%	2.029	16,7%	1.106	54,5%	1.710	14,1%	807	47,2%
JD 2013	6.681	53,2%	1.957	15,6%	1.058	54,1%	1.765	14,1%	837	47,4%
JD 2014	6.958	53,4%	2.122	16,3%	1.125	53,0%	1.796	13,8%	857	47,7%
JD 2015	7.110	53,5%	2.257	17,0%	1.196	53,0%	1.851	13,9%	899	48,6%
JD 2016	6.914	53,5%	2.151	16,7%	1.138	52,9%	1.913	14,8%	950	49,7%
JD 2017	6.640	53,4%	2.076	16,7%	1.081	52,1%	1.968	15,8%	972	49,4%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 10: Anteile von Altersgruppen von Frauen an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung

	Anteile von Altersgruppen			Frauen insgesamt
	15 bis unter 65 Jahre	15 bis unter 25 Jahre	55 bis unter 65 Jahre	
Dez 2007	49,2%	51,5%	50,8%	50,6%
Dez 2008	49,1%	51,0%	51,0%	50,5%
Dez 2009	49,3%	50,9%	51,2%	50,6%
Dez 2010	49,0%	51,0%	51,2%	50,4%
Dez 2011	48,9%	50,6%	51,0%	50,2%
Dez 2012	48,6%	50,2%	50,7%	49,9%
Dez 2013	48,2%	49,8%	50,3%	49,6%
Dez 2014	48,0%	49,5%	50,3%	49,6%
Dez 2015	47,6%	48,7%	49,8%	49,2%
Dez 2016	47,8%	49,1%	49,6%	49,4%
Dez 2017	47,8%	49,1%	48,9%	49,4%

Quelle: Amt 81.2 (Melderegister). Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 11: Anteile von Altersgruppen an erwerbsfähiger Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre)

	Anteile von Altersgruppen	
	Anteil 15 bis unter 25-Jährige	Anteil 55 bis unter 65-Jährige
Dez 2007	16,5%	16,8%
Dez 2008	16,5%	16,7%
Dez 2009	16,7%	16,6%
Dez 2010	16,7%	16,6%
Dez 2011	16,9%	16,5%
Dez 2012	16,8%	16,2%
Dez 2013	16,6%	16,1%
Dez 2014	16,4%	16,1%
Dez 2015	16,3%	16,3%
Dez 2016	15,8%	16,6%
Dez 2017	15,7%	17,0%

Quelle: Amt 81.2 (Melderegister). Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 12: Nicht-deutsche erwerbsfähige (ELB)/nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach Geschlecht (Jahresende)

	Nicht-deutsche ELB				Nicht-deutsche NEF			
	Anteil an allen ELB	darunter weiblich	Anteil	Anteil	Anteil an allen NEF	darunter weiblich	Anteil	Anteil
Dez 2007	49,9%	3.447	53,3%	2.358	37,7%	1.196	50,7%	
Dez 2008	50,1%	3.411	54,7%	2.225	35,8%	1.111	49,9%	
Dez 2009	49,9%	3.410	54,4%	2.174	34,5%	1.059	48,7%	
Dez 2010	51,3%	3.397	54,1%	2.103	33,7%	1.020	48,5%	
Dez 2011	51,9%	3.312	54,6%	2.072	33,8%	992	47,9%	
Dez 2012	53,1%	3.547	54,3%	2.033	32,8%	974	47,9%	
Dez 2013	54,8%	3.789	55,3%	2.233	33,6%	1.075	48,1%	
Dez 2014	56,6%	4.083	55,1%	2.178	34,0%	1.040	47,8%	
Dez 2015	57,5%	4.157	55,0%	2.372	36,4%	1.125	47,4%	
Dez 2016	56,6%	3.903	55,2%	2.030	33,4%	971	47,8%	
Dez 2017	57,2%	3.802	55,5%	1.973	34,7%	946	47,9%	

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 13: Nicht-deutsche erwerbsfähige (ELB)/ nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach Geschlecht (Jahresdurchschnitt)

	Nicht-deutsche ELB	Anteil an allen ELB	darunter weiblich	Anteil	Nicht-deutsche NEF	Anteil an allen NEF	darunter weiblich	Anteil
JD 2007	6.639	49,5%	3.516	53,0%	2.419	38,3%	1.213	50,1%
JD 2008	6.456	50,1%	3.473	53,8%	2.280	36,6%	1.146	50,3%
JD 2009	6.288	49,8%	3.416	54,3%	2.196	35,3%	1.076	49,0%
JD 2010	6.431	50,7%	3.466	53,9%	2.145	34,0%	1.041	48,5%
JD 2011	6.285	51,4%	3.410	54,3%	2.124	33,8%	1.027	48,4%
JD 2012	6.419	52,9%	3.481	54,2%	2.006	32,9%	963	48,0%
JD 2013	6.747	53,7%	3.700	54,8%	2.127	32,9%	1.017	47,8%
JD 2014	7.281	55,8%	4.006	55,0%	2.257	34,1%	1.089	48,2%
JD 2015	7.570	57,0%	4.150	54,8%	2.279	35,1%	1.092	47,9%
JD 2016	7.415	57,4%	4.086	55,1%	2.266	35,9%	1.081	47,7%
JD 2017	7.074	56,9%	3.914	55,3%	2.008	33,9%	965	48,1%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 14: Anteile von Altersgruppen Nicht-Deutscher an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung

	0 bis unter 3 Jahre	3 bis unter 7 Jahre	7 bis unter 15 Jahre	0 bis unter 15 Jahre	15 bis unter 65 Jahre	15 bis unter 25 Jahre	55 und älter	Nicht-Deutsche insgesamt
Dez 2007	13,2%	17,9%	35,3%	25,8%	35,5%	36,7%	27,0%	30,2%
Dez 2008	12,6%	16,2%	32,9%	24,0%	36,1%	36,8%	27,6%	30,4%
Dez 2009	14,4%	15,4%	29,9%	22,6%	35,9%	36,4%	27,2%	29,9%
Dez 2010	14,7%	15,6%	27,3%	21,5%	37,1%	37,4%	27,7%	30,8%
Dez 2011	17,1%	16,8%	25,1%	21,1%	38,4%	38,2%	28,1%	31,8%
Dez 2012	17,5%	18,4%	23,3%	20,7%	39,8%	38,7%	28,5%	32,9%
Dez 2013	18,8%	20,1%	22,1%	20,9%	41,2%	39,5%	29,3%	34,0%
Dez 2014	20,9%	22,4%	21,7%	21,7%	42,4%	40,4%	29,9%	35,2%
Dez 2015	23,4%	24,6%	23,6%	23,8%	43,7%	40,9%	31,2%	36,5%
Dez 2016	24,6%	25,6%	24,6%	24,9%	43,8%	39,1%	31,7%	37,0%
Dez 2017	27,2%	26,8%	26,2%	26,6%	44,4%	38,2%	32,9%	37,8%

Quelle: Amt 81.2 (Melderegister). Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 15: Altersgruppen und Anteile nicht erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (NEF)

	NEF insgesamt	0 bis unter 3 Jahre	Anteil	3 bis unter 7 Jahre	Anteil	7 bis unter 15 Jahre	Anteil	15 und älter	Anteil
Dez 2007	6.257	1.471	23,5%	1.763	28,2%	2.726	43,6%	297	4,7%
Dez 2008	6.213	1.459	23,5%	1.774	28,6%	2.700	43,5%	280	4,5%
Dez 2009	6.295	1.403	22,3%	1.780	28,3%	2.773	44,1%	339	5,4%
Dez 2010	6.239	1.355	21,7%	1.753	28,1%	2.750	44,1%	381	6,1%
Dez 2011	6.122	1.186	19,4%	1.712	28,0%	2.818	46,0%	406	6,6%
Dez 2012	6.207	1.210	19,5%	1.720	27,7%	2.983	48,1%	294	4,7%
Dez 2013	6.654	1.290	19,4%	1.746	26,2%	3.169	47,6%	449	6,7%
Dez 2014	6.401	1.304	20,4%	1.774	27,7%	3.198	50,0%	125	2,0%
Dez 2015	6.512	1.318	20,2%	1.776	27,3%	3.269	50,2%	149	2,3%
Dez 2016	6.082	1.152	18,9%	1.704	28,0%	3.109	51,1%	117	1,9%
Dez 2017	5.683	1.075	18,9%	1.550	27,3%	2.957	52,0%	101	1,8%

Quelle: BA/Statistik-Service Südwest. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 16: Anteile von Altersgruppen nicht erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (NEF) an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung

	NEF-Quote U15 (bis unter 15 Jahre)	NEF-Quote U3 (unter 3 Jahre)	NEF-Quote 3 bis unter 7 Jahre	NEF-Quote 7 bis unter 15 Jahre	NEF-Quote 15 bis unter 65 Jahre
Dez 2007	34,2%	39,7%	28,4%	35,1%	0,4%
Dez 2008	34,0%	39,9%	28,0%	34,9%	0,3%
Dez 2009	34,0%	38,6%	27,8%	35,6%	0,4%
Dez 2010	32,9%	36,5%	27,2%	34,5%	0,5%
Dez 2011	31,8%	31,6%	26,1%	34,9%	0,5%
Dez 2012	32,3%	31,8%	25,7%	35,9%	0,3%
Dez 2013	33,2%	33,3%	26,1%	36,9%	0,5%
Dez 2014	33,2%	33,6%	25,4%	37,2%	0,1%
Dez 2015	32,8%	32,7%	25,5%	36,6%	0,2%
Dez 2016	30,0%	27,2%	23,7%	34,5%	0,1%
Dez 2017	27,8%	24,9%	29,1%	28,4%	0,1%

Quelle: BA/Statistik-Service Südwest. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 17: Anteile der Nicht-Deutschen an den nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (NEF) nach Altersgruppen

	0 bis unter 15 Jahre	Anteil	0 bis unter 3 Jahre	Anteil	3 bis unter 7 Jahre	Anteil	7 bis unter 15 Jahre	Anteil	15 Jahre und älter	Anteil
Dez 2007	2.358	39,6%	364	24,7%	535	39,0%	1.298	41,6%	161	54,2%
Dez 2008	2.225	37,5%	310	21,2%	540	39,7%	1.230	39,5%	145	51,8%
Dez 2009	2.174	36,5%	269	19,2%	521	38,5%	1.219	38,1%	165	48,7%
Dez 2010	2.103	35,9%	259	19,1%	473	35,7%	1.171	36,8%	200	52,5%
Dez 2011	2.072	36,2%	234	19,7%	440	34,0%	1.184	36,6%	214	52,7%
Dez 2012	2.033	34,4%	250	20,7%	462	35,9%	1.163	34,0%	158	53,7%
Dez 2013	2.233	36,0%	279	21,6%	506	37,9%	1.219	34,0%	229	51,0%
Dez 2014	2.178	34,7%	310	23,8%	555	42,0%	1.242	34,0%	71	56,8%
Dez 2015	2.372	37,3%	376	28,5%	609	45,2%	1.308	35,4%	79	53,0%
Dez 2016	2.030	34,0%	350	30,4%	563	44,6%	1.055	29,7%	62	53,0%
Dez 2017	1.919	34,4%	357	33,2%	511	33,0%	1.051	35,5%	54	53,5%

Quelle: BA/Statistik-Service Südwest. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 18: Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern unter 18 Jahren (Jahresende)

	insgesamt	Anteil an allen BG	davon mit 1 Kind	Anteil	davon mit 2 Kindern	Anteil	davon mit 3 und mehr Kindern	Anteil
Dez 2015	3.976	44,8%	1.687	42,4%	1.387	34,9%	902	22,7%
Dez 2016	3.698	43,9%	1.547	41,8%	1.294	35,0%	857	23,2%
Dez 2017	3.476	43,0%	1.474	42,4%	1.191	34,3%	811	23,3%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 19: Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) unter 15 Jahre nach Typen von Bedarfsgemeinschaften (BG)

	insgesamt	in Partner-BG	Anteil	in alleinerziehender BG	Anteil	davon in alleinerziehender BG mit						in sonstiger BG		
						1 Kind	Anteil	2 Kindern	Anteil	3 Kindern	Anteil		4 und mehr Kindern	Anteil
Dez 2007	5.960	3.830	64,3%	2.130	35,7%	687	32,3%	793	37,2%	408	19,2%	242	11,4%	0
Dez 2008	5.933	3.731	62,9%	2.201	37,1%	707	32,1%	804	36,5%	415	18,9%	275	12,5%	1
Dez 2009	5.956	3.760	63,1%	2.193	36,8%	737	33,6%	804	36,7%	415	18,9%	237	10,8%	3
Dez 2010	5.858	3.777	64,5%	2.079	35,5%	703	33,8%	785	37,8%	378	18,2%	213	10,2%	2
Dez 2011	5.716	3.718	65,0%	1.996	34,9%	694	34,8%	786	39,4%	332	16,6%	184	9,2%	2
Dez 2012	5.913	3.628	61,4%	2.247	38,0%	764	34,0%	867	38,6%	430	19,1%	186	8,3%	38
Dez 2013	6.205	3.768	60,7%	2.391	38,5%	795	33,2%	923	38,6%	470	19,7%	203	8,5%	46
Dez 2014	6.276	3.876	61,8%	2.363	37,7%	799	33,8%	884	37,4%	466	19,7%	214	9,1%	37
Dez 2015	6.363	4.012	63,1%	2.314	36,4%	730	31,5%	880	38,0%	473	20,4%	231	10,0%	37
Dez 2016	5.965	3.806	63,8%	2.144	35,9%	686	32,0%	791	36,9%	432	20,1%	235	11,0%	15
Dez 2017	5.582	3.538	63,4%	2.040	36,5%	663	32,5%	757	37,1%	387	19,0%	233	11,4%	4

Quelle: BA/Statistik-Service Südwest. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 20: Typen von Bedarfsgemeinschaften (BG)

	Gesamt	darunter										Ø Personen-zahl / BG
		Single-BG	Anteil	Alleinerziehende BG	Anteil	Partner-BG ohne Kinder	Anteil	Partner-BG mit Kindern	Anteil	Nicht zugeordnete BG	Anteil	
Dez 2007	8.927	4.006	44,9%	1.603	18,0%	1.067	12,0%	2.106	23,6%	139	1,6%	2,21
Dez 2008	8.592	3.787	44,1%	1.645	19,1%	1.007	11,7%	2.014	23,4%	144	1,7%	2,24
Dez 2009	8.748	3.904	44,6%	1.664	19,0%	999	11,4%	2.019	23,1%	182	2,1%	2,22
Dez 2010	8.544	3.816	44,7%	1.570	18,4%	954	11,2%	2.028	23,7%	196	2,3%	2,24
Dez 2011	8.207	3.631	44,2%	1.556	19,0%	895	10,9%	1.969	24,0%	180	2,2%	2,26
Dez 2012	8.541	4.089	47,9%	1.694	19,8%	625	7,3%	1.905	22,3%	246	2,9%	2,18
Dez 2013	8.785	4.086	46,5%	1.826	20,8%	652	7,4%	1.993	22,7%	237	2,7%	2,20
Dez 2014	8.890	4.106	46,2%	1.828	20,6%	680	7,6%	2.067	23,3%	217	2,4%	2,21
Dez 2015	8.868	4.046	45,6%	1.775	20,0%	686	7,7%	2.150	24,2%	221	2,5%	2,23
Dez 2016	8.432	3.906	46,3%	1.644	19,5%	641	7,6%	2.027	24,0%	212	2,5%	2,23
Dez 2017	8.083	3.804	47,1%	1.565	19,4%	619	7,7%	1.891	23,4%	204	2,5%	2,21

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Anmerkung: Zur Aufsummierung der Anteile auf 100 Prozent fehlen weitere, hier nicht aufgeführte Arten von Bedarfsgemeinschaften

Tab. 21: Bevölkerung unter 65 Jahre (Bev) und Personen in Bedarfsgemeinschaften (PERS) nach ausgewählten Nationalitäten

	Dezember 2017		Dezember 2016		Dezember 2016-2017		Dezember 2008-2017	
	Bev	PERS	Bev	PERS	Bev	PERS	Bev	PERS
Offenbach*	113.822	17.852	112.079	18.768	1,6%	-4,9%	16,8%	-5,0%
Deutschland	66.840	8.938	66.029	9.790	0,1%	-6,7%	3,9%	-12,5%
Ausland gesamt	46.982	8.882	44.360	9.955	3,6%	-2,9%	41,9%	4,6%
Afghanistan	626	334	548	390	-6,0%	-1,8%	6,5%	-25,1%
Bulgarien	4.306	1.381	3.591	1.100	12,6%	12,0%	503,9%	5014,8%
Griechenland	4.392	832	4.141	951	2,6%	-9,6%	40,9%	69,8%
Indien	476	81	412	89	12,0%	-11,0%	77,6%	-23,6%
Italien	3.557	864	3.471	946	0,7%	-0,8%	4,3%	-7,2%
Jugoslawien**	7.964	827	6.789	947	7,0%	-4,8%	31,3%	-19,0%
Litauen	435	95	430	98	5,1%	8,0%	70,6%	97,9%
Marokko	1.059	328	1059	456	2,9%	-8,6%	-14,8%	-47,9%
Moldau	563	16	336	9	30,3%	33,3%	1463,9%	128,6%
Pakistan	806	273	788	331	6,6%	-11,4%	28,8%	-36,8%
Polen	4.151	431	4.315	516	0,0%	-6,7%	74,2%	69,7%
Portugal	714	99	762	122	-6,7%	-3,9%	7,2%	20,7%
Rumänien	4.882	676	3.696	633	7,9%	3,0%	398,7%	454,1%
Spanien	801	188	704	167	8,5%	8,7%	115,3%	382,1%
Türkei	5.374	1.265	5.518	1.728	-1,7%	-9,9%	-18,2%	-43,8%
Ungarn	421	24	378	29	4,5%	-27,3%	166,5%	84,6%

Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. * Enthält zusätzlich die Fälle „staatenlos“, „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. **in den Grenzen von 1989

Tab. 22: SGB II-Quoten (angenähert, auf Basis aller Personen in Bedarfsgemeinschaften) nach ausgewählten Nationalitäten

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Offenbach	19,3 %	19,5 %	18,8 %	17,8 %	18,1 %	18,3 %	18,3 %	17,9 %	16,7 %	15,7 %
Deutschland	15,9 %	15,9 %	15,4 %	14,7 %	15,2 %	15,4 %	15,2 %	14,8 %	14,4 %	13,4 %
Ausland gesamt	25,7 %	26,1 %	24,8 %	22,9 %	22,9 %	23,0 %	23,1 %	22,4 %	20,2 %	18,9 %
Afghanistan	75,9 %	77,4 %	80,3 %	81,4 %	77,7 %	74,7 %	72,4 %	45,8 %	51,1 %	53,4 %
Bulgarien	3,8 %	4,5 %	5,0 %	6,8 %	12,7 %	19,3 %	25,5 %	30,6 %	32,2 %	32,1 %
Griechenland	15,7 %	16,6 %	16,8 %	15,9 %	17,7 %	21,1 %	21,9 %	22,6 %	21,5 %	18,9 %
Indien	39,6 %	40,0 %	46,5 %	36,0 %	30,8 %	27,0 %	23,1 %	21,6 %	21,4 %	17,0 %
Italien	27,3 %	26,7 %	26,1 %	24,3 %	25,4 %	26,4 %	26,3 %	27,3 %	24,7 %	24,3 %
Jugoslawien*	16,8 %	15,9 %	15,2 %	14,8 %	16,1 %	15,3 %	15,1 %	15,1 %	11,7 %	10,4 %
Litauen	18,8 %	18,4 %	19,6 %	15,2 %	16,9 %	18,1 %	23,1 %	22,8 %	21,3 %	21,8 %
Marokko	50,6 %	52,6 %	52,8 %	49,1 %	46,2 %	44,8 %	44,9 %	44,4 %	34,9 %	31,0 %
Moldau	19,4 %	12,5 %	14,6 %	23,1 %	20,8 %	23,1 %	17,6 %	2,7 %	2,8 %	2,8 %
Pakistan	69,0 %	72,7 %	76,6 %	72,5 %	64,7 %	56,9 %	46,9 %	42,0 %	40,7 %	33,9 %
Polen	10,7 %	11,1 %	10,2 %	9,8 %	11,6 %	12,1 %	13,0 %	11,3 %	11,1 %	10,4 %
Portugal	12,3 %	14,8 %	13,3 %	12,6 %	14,8 %	14,9 %	14,8 %	16,0 %	13,5 %	13,9 %
Rumänien	12,5 %	12,2 %	11,4 %	9,9 %	10,7 %	11,9 %	14,8 %	16,1 %	14,5 %	13,8 %
Spanien	10,5 %	12,5 %	16,2 %	15,6 %	20,9 %	19,6 %	21,9 %	23,7 %	23,4 %	23,5 %
Türkei	34,2 %	35,0 %	34,4 %	32,8 %	33,0 %	33,3 %	32,4 %	31,3 %	25,7 %	23,5 %
Ungarn	8,2 %	11,5 %	5,0 %	5,3 %	7,9 %	6,3 %	7,6 %	7,7 %	8,2 %	5,7 %

Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister. Quoten bezogen auf alle Personen in Bedarfsgemeinschaften, nicht auf (den kleineren Zähler) Leistungsberechtigte in Bedarfsgemeinschaften. Daher können die Quoten ein Zehntel Prozentpunkt höher liegen. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. *in den Grenzen von 1989

Tab. 23: Aufstocker und „Ergänzer“ unter den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB)

	mit ALG I (Aufstocker)	Anteil an allen ELB	mit Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit („Ergänzer“)	Anteil an allen ELB	davon mit Bruttoeinkommen aus			
					abhängiger Erwerbstätigkeit	Anteil	selbstständiger Erwerbstätigkeit	Anteil
Dez 2010	295	2,4%	3.561	29,1%	3.325	93,4%	260	7,3%
Dez 2011	243	2,4%	3.518	30,1%	3.297	93,7%	239	6,8%
Dez 2012	351	2,4%	3.391	27,6%	3.126	92,2%	273	8,1%
Dez 2013	354	2,4%	3.562	28,5%	3.298	92,6%	279	7,8%
Dez 2014	319	2,4%	3.707	28,3%	3.481	93,9%	242	6,5%
Dez 2015	362	2,8%	3.788	28,8%	3.574	94,4%	231	6,1%
Dez 2016	296	2,4%	3.647	29,2%	3.515	96,4%	151	4,1%
Dez 2017	309	2,6%	3.425	28,6%	3.300	96,4%	135	3,9%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 24: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) mit Bruttoeinkommen (BE) aus Erwerbstätigkeit

	ELB mit BE bis 450 Euro		ELB mit 451 bis 850 Euro BE		ELB mit BE mehr als 850 Euro	
	Anteil an allen ELB mit BE	Anteil an allen ELB	Anteil an allen ELB mit BE	Anteil an allen ELB	Anteil an allen ELB mit BE	Anteil an allen ELB
Dez 2010	1.580	44,4%	881	24,7%	1.100	30,9%
Dez 2011	1.368	38,9%	802	22,8%	1.127	32,0%
Dez 2012	1.183	34,9%	827	24,4%	1.116	32,9%
Dez 2013	995	27,9%	1.031	28,9%	1.272	35,7%
Dez 2014*	1.255	33,9%	984	26,5%	1.242	33,5%
Dez 2015	1.121	29,6%	1.029	27,2%	1.423	37,6%
Dez 2016	1.062	29,1%	1.053	28,9%	1.400	38,4%
Dez 2017	947	27,6%	894	26,1%	1.459	42,6%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. * bis 2013 Werte für Einkommensgrenzen bis 400 Euro, 401-800 Euro, 801 Euro und mehr

	darunter					
	Regelbedarf ALG II	Anteil an allen BG	Leistungen für Unterkunft	Anteil an allen BG	Regelbedarf Sozialgeld	Anteil an allen BG
Dez 2007	7.961	89,2%	8.504	95,3%	2.039	22,8%
Dez 2008	7.578	88,2%	8.152	94,9%	1.898	22,1%
Dez 2009	7.755	88,6%	8.266	94,5%	2.032	23,2%
Dez 2010	7.513	87,9%	8.107	94,9%	1.844	21,6%
Dez 2011	7.180	87,5%	7.771	94,7%	1.654	20,2%
Dez 2012	7.514	88,0%	8.159	95,5%	1.698	19,9%
Dez 2013	7.692	87,6%	8.252	93,9%	1.868	21,3%
Dez 2014	7.834	88,1%	8.313	93,5%	1.839	20,7%
Dez 2015	7.717	87,0%	8.321	93,8%	1.865	21,0%
Dez 2016	7.337	87,0%	7.938	94,1%	1.678	19,9%
Dez 2017	7.001	86,6%	7.602	94,0%	1.494	18,5%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Nr.	Statistischer Bezirk	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Sep.2017	2016-2017	2008-2017
11	Hochschule f. Gestaltung	1.017	1.027	897	906	957	988	980	971	907	844	-6,9%	-17,0%
12	Wilhelmschule	1.678	1.555	1.499	1.447	1.573	1.606	1.566	1.754	1.606	1.578	-1,7%	-6,0%
13	Messehalle	1.999	1.992	1.980	1.874	1.964	2.024	2.028	2.025	1.927	1.896	-1,6%	-5,2%
14	Kaiserlei	373	370	320	285	293	335	357	346	331	310	-6,3%	-16,9%
15	Ledermuseum	1.452	1.473	1.450	1.395	1.431	1.472	1.502	1.495	1.358	1.290	-5,0%	-11,2%
16	Mathildenschule	1.541	1.535	1.515	1.408	1.456	1.611	1.644	1.689	1.673	1.548	-7,5%	0,5%
21	Klinikum Offenbach	873	899	825	770	830	865	868	856	778	755	-3,0%	-13,5%
22	Lauterborn	2.103	2.159	2.246	2.175	2.167	2.236	2.264	2.224	2.053	2.062	0,4%	-1,9%
23	Friedrichsweiher	1.160	1.177	1.138	1.064	1.128	1.157	1.233	1.278	1.251	1.254	0,2%	8,1%
24	Bachschule	790	818	777	731	771	772	851	806	749	777	3,7%	-1,6%
25	Lichtenplatte	967	996	1.027	990	1.004	1.029	1.093	1.128	1.109	1.086	-2,1%	12,3%
26	Bieberer Berg	271	268	306	286	285	332	326	355	324	307	-5,2%	13,3%
31	Vorderwald Rosenhöhe	644	654	652	650	631	671	668	622	594	600	1,0%	-6,8%
32	Tempelsee	517	526	487	513	545	535	541	536	491	465	-5,3%	-10,1%
33	Bieber	1.801	1.833	1.891	1.893	2.064	2.049	2.080	1.988	1.993	1.883	-5,5%	4,6%
41	Mühlheimer Straße	252	262	271	267	283	280	264	263	227	223	-1,8%	-11,5%
42	Waldheim	42	58	31	38	46	52	65	53	50	55	10,0%	31,0%
43	Bürgel	1.032	1.071	1.037	1.020	1.029	1.066	1.106	1.153	1.120	1.067	-4,7%	3,4%
44	Rumpenheim	176	191	202	180	185	206	212	231	206	221	7,3%	25,6%
	Offenbach*	18.796	18.964	18.626	17.950	18.672	19.321	19.684	19.684	18.768	18.258	-2,7%	-2,9%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember. * Einschließlich räumlich nicht zugeordneter Personen. Abweichungen von gesamtstädtischen Werten an anderer Stelle sind bedingt durch unterschiedliche Erhebungsstichtage

Nr.	Statistischer Bezirk	BG	mit 2 u. mehr Personen	Anteil an allen BG	mit Kindern	Anteil an allen BG	ELB	alleinerziehende ELB	Anteil an allen ELB	arbeitslose ELB	Anteil an allen ELB
11	Hochschule f. Gestaltung	374	207	55,3%	144	38,5%	563	64	11,4%	228	40,5%
12	Wilhelmschule	720	402	55,8%	276	38,3%	1.116	123	11,0%	440	39,4%
13	Messehalle	836	451	53,9%	342	40,9%	1.280	135	10,5%	469	36,6%
14	Kaiserlei	144	72	50,0%	53	36,8%	205	22	10,7%	86	42,0%
15	Ledermuseum	583	304	52,1%	222	38,1%	877	96	10,9%	333	38,0%
16	Mathildenschule	696	355	51,0%	260	37,4%	1.051	93	8,8%	470	44,7%
21	Klinikum Offenbach	329	173	52,6%	132	40,1%	490	54	11,0%	182	37,1%
22	Lauterborn	844	510	60,4%	383	45,4%	1.316	206	15,7%	471	35,8%
23	Friedrichsweiher	597	292	48,9%	215	36,0%	877	107	12,2%	325	37,1%
24	Bachschule	362	193	53,3%	141	39,0%	530	74	14,0%	201	37,9%
25	Lichtenplatte	500	270	54,0%	197	39,4%	717	102	14,2%	273	38,1%
26	Bieberer Berg	150	71	47,3%	54	36,0%	203	35	17,2%	84	41,4%
31	Vorderwald Rosenhöhe	314	140	44,6%	96	30,6%	429	55	12,8%	174	40,6%
32	Tempelsee	211	115	54,5%	93	44,1%	294	47	16,0%	110	37,4%
33	Bieber	807	461	57,1%	359	44,5%	1.202	205	17,1%	451	37,5%
41	Mühlheimer Straße	113	47	41,6%	32	28,3%	157	17	10,8%	64	40,8%
42	Waldheim	25	12	48,0%	9	36,0%	38	3	7,9%	15	39,5%
43	Bürgel	518	263	50,8%	201	38,8%	724	114	15,7%	281	38,8%
44	Rumpenheim	114	47	41,2%	36	31,6%	153	24	15,7%	53	34,6%
	Offenbach*	8.260	4.392	53,2%	3.251	39,4%	12.246	1.583	12,9%	4.718	38,5%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. *einschließlich räumlich nicht zugeordneter Personen. Jeweils September (Dezemberwerte sind wegen Systemumstellung bei der BA nicht vorhanden)

Tab. 28: Bevölkerung 0 bis unter 65 Jahre nach Statistischen Bezirken

Nr.	Statistischer Bezirk	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2016-2017	2008-2017
11	Hochschule f. Gestaltung	3.586	3.469	3.629	3.769	3.878	3.962	3.981	4.099	4.282	4.277	-0,1%	19,3%
12	Wilhelmschule	6.260	6.040	6.310	6.422	6.573	6.886	6.998	7.128	7.354	7.288	-0,9%	16,4%
13	Messehalle	8.468	8.439	8.579	8.857	9.005	9.221	9.380	9.289	9.329	9.546	2,3%	12,7%
14	Kaiserlei**	1.536	1.547	1.605	1.661	1.628	1.736	1.931	2.990	2.810	2.914	3,7%	89,7%
15	Ledermuseum	7.871	7.771	7.950	8.150	8.443	8.687	8.907	9.155	9.274	9.453	1,9%	20,1%
16	Mathildenschule	5.991	5.992	6.176	6.479	6.751	7.036	7.218	7.752	7.737	7.850	1,5%	31,0%
21	Klinikum Offenbach	4.235	4.227	4.340	4.366	4.435	4.527	4.599	4.618	4.610	4.711	2,2%	11,2%
22	Lauterbom	9.128	9.268	9.484	9.560	9.744	9.877	9.995	10.249	10.446	10.610	1,6%	16,2%
23	Friedrichsweiher	6.129	6.156	6.243	6.388	6.563	6.688	6.788	6.816	7.045	7.357	4,4%	20,0%
24	Bachschule	4.593	4.618	4.621	4.749	4.913	4.999	5.165	5.241	5.354	5.473	2,2%	19,2%
25	Lichtenplatte	6.306	6.295	6.395	6.507	6.734	6.917	6.927	7.195	7.334	7.449	1,6%	18,1%
26	Bieberer Berg	2.070	2.049	2.053	2.073	2.096	2.145	2.140	2.155	2.173	2.228	2,5%	7,6%
31	Vorderwald Rosenhöhe	3.418	3.374	3.423	3.517	3.545	3.597	3.687	3.644	3.664	3.693	0,8%	8,0%
32	Tempelsee	3.433	3.458	3.490	3.583	3.584	3.628	3.621	3.676	3.724	3.756	0,9%	9,4%
33	Bieber	11.48	11.38	11.67	11.75	11.92	11.96	12.03	12.621	12.255	12.313	0,5%	7,2%
41	Mühlheimer Straße	980	1.018	1.054	1.070	1.127	1.287	1.479	1.621	1.824	1.991	9,2%	103,2%
42	Waldheim	621	634	629	720	708	711	693	662	684	688	0,6%	10,8%
43	Bürgel	7.357	7.326	7.406	7.477	7.534	7.706	7.859	7.944	8.109	8.113	0,0%	10,3%
44	Rumpenheim	4.006	3.970	3.965	3.970	4.051	4.056	4.046	4.081	4.071	4.112	1,0%	2,6%
	Offenbach*	97.472	97.037	99.030	101.070	103.241	105.627	107.450	110.389	112.079	113.822	1,6%	16,8%

Quelle: Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember.*einschließlich räumlich nicht zugeordneter Personen. ** Seit dem vierten Quartal 2015 müssen sich ausländische Flüchtlinge und Asylbewerber, die in einer Aufnahmeeinrichtung oder Durchgangsunterkunft wohnen, bei der zuständigen Meldebehörde anmelden. Zwei entsprechende Unterkünfte befanden sich im Dezember 2015 bis Mitte 2016 im Bezirk Kaiserlei.

Tab. 29: SGB II-Quoten nach Statistischen Bezirken

Nr.	Statistischer Bezirk	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
11	Hochschule f. Gestaltung	28,4%	29,6%	24,7%	24,0%	24,7%	24,9%	24,6%	23,7%	21,2%	19,7%
12	Wilhelmschule	26,8%	25,7%	23,8%	22,5%	23,9%	23,3%	22,4%	24,6%	21,8%	21,7%
13	Messehalle	23,6%	23,6%	23,1%	21,2%	21,8%	21,9%	21,6%	21,8%	20,7%	19,9%
14	Kaiserlei	24,3%	23,9%	19,9%	17,2%	18,0%	19,3%	18,5%	11,6%	11,8%	10,6%
15	Ledermuseum	18,4%	19,0%	18,2%	17,1%	16,9%	16,9%	16,9%	16,3%	14,6%	13,6%
16	Mathildenschule	25,7%	25,6%	24,5%	21,7%	21,6%	22,9%	22,8%	21,8%	21,6%	19,7%
21	Klinikum Offenbach	20,6%	21,3%	19,0%	17,6%	18,7%	19,1%	18,9%	18,5%	16,9%	16,0%
22	Lauterbom	23,0%	23,3%	23,7%	22,8%	22,2%	22,6%	22,7%	21,7%	19,7%	19,4%
23	Friedrichsweiher	18,9%	19,1%	18,2%	16,7%	17,2%	17,3%	18,2%	18,8%	17,8%	17,0%
24	Bachschule	17,2%	17,7%	16,8%	15,4%	15,7%	15,4%	16,5%	15,4%	14,0%	14,2%
25	Lichtenplatte	15,3%	15,8%	16,1%	15,2%	14,9%	14,9%	15,8%	15,7%	15,1%	14,6%
26	Bieberer Berg	13,1%	13,1%	14,9%	13,8%	13,6%	15,5%	15,2%	16,5%	14,9%	13,8%
31	Vorderwald Rosenhöhe	18,8%	19,4%	19,0%	18,5%	17,8%	18,7%	18,1%	17,1%	16,2%	16,2%
32	Tempelsee	15,1%	15,2%	14,0%	14,3%	15,2%	14,7%	14,9%	14,6%	13,2%	12,4%
33	Bieber	15,7%	16,1%	16,2%	16,1%	17,3%	17,1%	17,3%	16,5%	16,3%	15,3%
41	Mühlheimer Straße	25,7%	25,7%	25,7%	25,0%	25,1%	21,8%	17,8%	16,2%	12,4%	11,2%
42	Waldheim	6,8%	9,1%	4,9%	5,3%	6,5%	7,3%	9,4%	8,0%	7,3%	8,0%
43	Bürgel	14,0%	14,6%	14,0%	13,6%	13,7%	13,8%	14,1%	14,5%	13,8%	13,2%
44	Rumpenheim	4,4%	4,8%	5,1%	4,5%	4,6%	5,1%	5,2%	5,7%	5,1%	5,4%
	Offenbach	19,3%	19,5%	18,8%	17,8%	18,1%	18,3%	18,3%	17,9%	16,7%	16,0%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember (2017: September/Dezember). SGB II-Quoten hier: Alle Personen in Bedarfsgemeinschaften gemessen an allen Bewohnern im Alter von 0 bis unter 65 Jahren. Die Werte der SGB II-Quoten sind nur angenähert ermittelt, weil sie auf der Basis aller Personen in den Bedarfsgemeinschaften beruhen, also einschließlich der Nicht-Leistungsberechtigten und nicht - wie regulär - ausschließlich nur der Leistungsberechtigten. *Gesamstädtischer Wert weicht aufgrund unterschiedlicher Erhebungsstichstage auf kleinräumiger Ebene (Bevölkerung: Dezember, SGB II: September) von Angaben an anderer Stelle im Bericht ab

Tab. 30: Segregationsindex und Anteil von SGB II-Beziehern an der Gesamtbevölkerung

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Segregationsindex IS SGB II	15,5%	14,9%	13,8%	12,9%	12,8%	13,1%	12,0%	13,0%	12,5%	12,4%
Anteil SGB II-Bezieher an Gesamtbevölkerung	15,9%	16,1%	15,6%	14,7%	15,0%	15,2%	15,3%	15,0%	14,0%	13,5%

Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember (Segregationsindex 2017 basiert auf kleinräumigen SGB II-Werten von September 2017)

	Bedarfsgemeinschaften				Personen in Bedarfsgemeinschaften			
	2016	2017	2016-2017	2007-2017	2016	2017	2016-2017	2007-2017
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	6.916	7.080	2,4%	10,1%	14.501	14.967	3,2%	13,3%
Frankfurt am Main, Stadt	38.307	37.843	-1,2%	2,6%	76.304	75.447	-1,1%	6,4%
Offenbach am Main, Stadt	8.432	8.083	-4,1%	-9,4%	18.768	17.852	-4,9%	-7,9%
Wiesbaden, Landeshauptstadt	15.382	15.533	1,0%	8,4%	32.331	32.903	1,8%	12,5%
Bergstraße	7.196	7.592	5,5%	-9,4%	14.170	15.185	7,2%	-10,6%
Darmstadt-Dieburg	7.656	8.003	4,5%	8,6%	15.916	16.836	5,8%	7,0%
Groß-Gerau	9.675	9.591	-0,9%	8,1%	21.858	21.758	-0,5%	10,9%
Hochtaunuskreis	5.056	5.525	9,3%	30,3%	10.332	11.416	10,5%	26,3%
Main-Kinzig-Kreis	12.193	12.608	3,4%	17,5%	24.871	26.268	5,6%	16,0%
Main-Taunus-Kreis	5.258	5.401	2,7%	32,2%	11.042	11.621	5,2%	37,4%
Odenwaldkreis	2.709	2.637	-2,7%	-5,3%	5.791	5.683	-1,9%	-6,3%
Offenbach	10.497	10.429	-0,6%	1,5%	22.930	22.947	0,1%	-0,1%
Rheingau-Taunus-Kreis	4.337	4.675	7,8%	24,8%	8.824	9.657	9,4%	23,0%
Wetteraukreis	8.236	8.364	1,6%	0,1%	16.324	16.765	2,7%	-3,6%
Gießen	10.364	11.160	7,7%	6,8%	19.673	21.356	8,6%	1,6%
Lahn-Dill-Kreis	8.699	8.934	2,7%	3,0%	17.379	18.310	5,4%	1,2%
Limburg-Weilburg	5.334	5.513	3,4%	-10,3%	11.291	11.892	5,3%	-13,4%
Marburg-Biedenkopf	6.809	7.123	4,6%	-7,2%	13.143	14.101	7,3%	-4,1%
Vogelsbergkreis	2.550	2.509	-1,6%	-23,2%	4.846	4.923	1,6%	-24,5%
Kassel, documenta-Stadt	12.264	12.599	2,7%	-13,5%	24.215	25.264	4,3%	-10,9%
Fulda	4.690	4.826	2,9%	-14,0%	9.367	9.921	5,9%	-14,3%
Hersfeld-Rotenburg	2.980	2.896	-2,8%	-24,4%	6.091	6.161	1,1%	-22,1%
Kassel	5.792	5.890	1,7%	-11,6%	11.444	12.010	4,9%	-13,0%
Schwalm-Eder-Kreis	4.558	4.524	-0,7%	-21,6%	8.830	8.988	1,8%	-23,8%
Waldeck-Frankenberg	4.021	4.272	6,2%	-17,6%	7.571	8.458	11,7%	-15,9%
Werra-Meißner-Kreis	3.612	3.596	-0,4%	-23,3%	6.834	7.142	4,5%	-21,5%
Hessen	213.523	217.206	1,7%	-0,3%	434.646	447.831	3,0%	1,5%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember

	LB mit Bedarfsart ALG II				LB mit Bedarfsart Sozialgeld			
	2016	2017	2016-2017	2007-2017	2016	2017	2016-2017	2007-2017
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	9.406	9.652	2,6%	5,9%	4.613	4.803	4,1%	17,2%
Frankfurt am Main, Stadt	51.264	50.610	-1,3%	0,4%	22.210	22.119	-0,4%	7,9%
Offenbach am Main, Stadt	12.485	11.965	-4,2%	-8,1%	6.082	5.683	-6,6%	-10,7%
Wiesbaden, Landeshauptstadt	21.423	21.600	0,8%	6,8%	10.070	10.408	3,4%	15,3%
Bergstraße	9.967	10.511	5,5%	-12,6%	3.648	4.137	13,4%	-16,4%
Darmstadt-Dieburg	10.501	11.088	5,6%	3,5%	4.850	5.193	7,1%	3,5%
Groß-Gerau	14.238	14.136	-0,7%	5,8%	6.850	6.903	0,8%	10,3%
Hochtaunuskreis	7.155	7.875	10,1%	28,6%	3.058	3.422	11,9%	17,5%
Main-Kinzig-Kreis	16.734	17.452	4,3%	14,0%	7.685	8.308	8,1%	13,2%
Main-Taunus-Kreis	7.348	7.679	4,5%	30,3%	3.347	3.584	7,1%	39,8%
Odenwaldkreis	3.865	3.727	-3,6%	-10,9%	1.668	1.674	0,4%	-11,1%
Offenbach, Kreis	15.183	15.108	-0,5%	-3,2%	7.327	7.380	0,7%	0,3%
Rheingau-Taunus-Kreis	5.956	6.481	8,8%	17,2%	2.567	2.879	12,2%	23,9%
Wetteraukreis	11.271	11.432	1,4%	-6,1%	4.228	4.533	7,2%	-13,3%
Gießen	13.728	14.864	8,3%	-1,7%	5.055	5.624	11,3%	-4,9%
Lahn-Dill-Kreis	9.848	11.267	14,4%	-11,2%	3.971	4.855	22,3%	-10,3%
Limburg-Weilburg	7.369	7.665	4,0%	-17,6%	3.101	3.505	13,0%	-20,9%
Marburg-Biedenkopf	8.853	9.340	5,5%	-11,0%	3.656	4.080	11,6%	-3,1%
Vogelsbergkreis	3.331	3.277	-1,6%	-30,3%	1.166	1.277	9,5%	-29,8%
Kassel, documenta-Stadt	16.403	17.079	4,1%	-16,8%	6.683	7.234	8,2%	-7,6%
Fulda	6.252	6.465	3,4%	-18,8%	2.567	2.817	9,7%	-22,0%
Hersfeld-Rotenburg	4.028	3.924	-2,6%	-28,9%	1.680	1.936	15,2%	-18,8%
Kassel	7.627	7.856	3,0%	-19,4%	3.206	3.577	11,6%	-11,9%
Schwalm-Eder-Kreis	5.951	5.973	0,4%	-29,0%	2.347	2.556	8,9%	-24,5%
Waldeck-Frankenberg	5.202	5.630	8,2%	-23,5%	1.842	2.330	26,5%	-13,6%
Werra-Meißner-Kreis	4.668	4.747	1,7%	-29,4%	1.770	2.043	15,4%	-14,1%
Hessen	292.023	298.414	2,2%	-3,1%	126.058	133.207	5,7%	0,0%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember

Tab. 33: Durchschnittliche Personenstärke und Relationen in Bedarfsgemeinschaften (BG) Hessens

	PERS / BG		LB mit Bedarfsart ALG II/BG		LB mit Bedarfsart Sozialgeld/BG	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	2,10	2,11	1,36	1,36	0,67	0,68
Frankfurt am Main, Stadt	1,99	1,99	1,34	1,34	0,58	0,58
Offenbach am Main, Stadt	2,23	2,21	1,48	1,48	0,72	0,70
Wiesbaden, Landeshauptstadt	2,10	2,12	1,39	1,39	0,65	0,67
Bergstraße	1,97	2,00	1,39	1,38	0,51	0,54
Darmstadt-Dieburg	2,08	2,10	1,37	1,39	0,63	0,65
Groß-Gerau	2,26	2,27	1,47	1,47	0,71	0,72
Hochtaunuskreis	2,04	2,07	1,42	1,43	0,60	0,62
Main-Kinzig-Kreis	2,04	2,08	1,37	1,38	0,63	0,66
Main-Taunus-Kreis	2,10	2,15	1,40	1,42	0,64	0,66
Odenwaldkreis	2,14	2,16	1,43	1,41	0,62	0,63
Offenbach, Kreis	2,18	2,20	1,45	1,45	0,70	0,71
Rheingau-Taunus-Kreis	2,03	2,07	1,37	1,39	0,59	0,62
Wetteraukreis	1,98	2,00	1,37	1,37	0,51	0,54
Gießen	1,90	1,91	1,32	1,33	0,49	0,50
Lahn-Dill-Kreis	2,00	2,05	1,13	1,26	0,46	0,54
Limburg-Weilburg	2,12	2,16	1,38	1,39	0,58	0,64
Marburg-Biedenkopf	1,93	1,98	1,30	1,31	0,54	0,57
Vogelsbergkreis	1,90	1,96	1,31	1,31	0,46	0,51
Kassel, documenta-Stadt	1,97	2,01	1,34	1,36	0,54	0,57
Fulda	2,00	2,06	1,33	1,34	0,55	0,58
Hersfeld-Rotenburg	2,04	2,13	1,35	1,35	0,56	0,67
Kassel	1,98	2,04	1,32	1,33	0,55	0,61
Schwalm-Eder-Kreis	1,94	1,99	1,31	1,32	0,51	0,56
Waldeck-Frankenberg	1,88	1,98	1,29	1,32	0,46	0,55
Werra-Meißner-Kreis	1,89	1,99	1,29	1,32	0,49	0,57
Hessen	2,04	2,06	1,37	1,37	0,59	0,61

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Jeweils Dezember

Tab. 34: Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren in Hessen Dezember 2017

	BG mit Kindern unter 18 Jahre	davon					
		mit 1 Kind	Anteil	mit 2 Kindern	Anteil	mit 3 und mehr Kindern	Anteil
Darmstadt, Wissenschafts-	2.772	1.218	43,9%	876	31,6%	678	24,5%
Frankfurt am Main, Stadt	13.567	6.124	45,1%	4.495	33,1%	2.948	21,7%
Offenbach am Main, Stadt	3.476	1.474	42,4%	1.191	34,3%	811	23,3%
Wiesbaden, Landeshaupt-	6.271	2.889	46,1%	2.051	32,7%	1.331	21,2%
Bergstraße	2.567	1.154	45,0%	820	31,9%	593	23,1%
Darmstadt-Dieburg	3.084	1.389	45,0%	997	32,3%	698	22,6%
Groß-Gerau	4.123	1.721	41,7%	1.346	32,6%	1.056	25,6%
Hochtaunuskreis	2.104	935	44,4%	708	33,7%	461	21,9%
Main-Kinzig-Kreis	5.025	2.258	44,9%	1.617	32,2%	1.150	22,9%
Main-Taunus-Kreis	2.194	973	44,3%	737	33,6%	484	22,1%
Odenwaldkreis	1.051	502	47,8%	338	32,2%	211	20,1%
Offenbach	4.471	1.945	43,5%	1.435	32,1%	1.091	24,4%
Rheingau-Taunus-Kreis	1.755	781	44,5%	576	32,8%	398	22,7%
Wetteraukreis	3.021	1.489	49,3%	893	29,6%	639	21,2%
Gießen	3.591	1.694	47,2%	1.128	31,4%	769	21,4%
Lahn-Dill-Kreis
Limburg-Weilburg	2.180	916	42,0%	735	33,7%	529	24,3%
Marburg-Biedenkopf	2.467	1.112	45,1%	806	32,7%	549	22,3%
Vogelsbergkreis	888	413	46,5%	270	30,4%	205	23,1%
Kassel, documenta-Stadt	4.490	2.140	47,7%	1.404	31,3%	946	21,1%
Fulda	1.851	863	46,6%	573	31,0%	415	22,4%
Hersfeld-Rotenburg	1.169	496	42,4%	388	33,2%	285	24,4%
Kassel	2.250	1.078	47,9%	727	32,3%	445	19,8%
Schwalm-Eder-Kreis	1.642	719	43,8%	550	33,5%	373	22,7%
Waldeck-Frankenberg	1.476	669	45,3%	449	30,4%	358	24,3%
Werra-Meißner-Kreis	1.299	603	46,4%	411	31,6%	285	21,9%
Hessen	82.164	37.080	45,1%	26.616	32,4%	18.468	22,5%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Lahn-Dill-Kreis: Keine Daten verfügbar

Tab. 35: Zahlungsansprüche nach Leistungsart

	Gesamt	darunter					
		Regelbedarf ALG II	Regelbedarf Sozialgeld	Mehrbedarfe	Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)	Sozialversicherungsbeiträge	Weitere Zahlungsansprüche
2007	98.974.256 €	35.638.520 €	2.604.559 €	1.952.472 €	41.515.426 €	16.229.805 €	390.453 €
2008	93.741.180 €	33.189.383 €	2.393.708 €	2.005.597 €	39.800.155 €	15.570.070 €	362.193 €
2009	94.763.446 €	31.816.887 €	2.499.657 €	1.980.854 €	40.395.811 €	16.105.282 €	670.727 €
2010	97.086.234 €	33.183.035 €	2.036.754 €	1.926.195 €	41.856.224 €	16.160.145 €	1.639.943 €
2011	90.644.629 €	31.888.762 €	1.887.002 €	1.886.766 €	41.915.343 €	11.810.036 €	1.242.101 €
2012*	91.118.423 €	32.364.166 €	1.797.323 €	1.866.345 €	42.897.116 €	11.833.260 €	360.206 €
2013	96.937.009 €	34.386.209 €	2.076.524 €	2.073.697 €	45.399.090 €	12.695.513 €	326.975 €
2014*	101.661.544 €	35.960.519 €	2.285.234 €	2.196.600 €	47.831.270 €	13.197.021 €	194.899 €
2015	102.864.789 €	36.068.705 €	2.300.296 €	2.176.776 €	48.346.642 €	13.783.321 €	189.048 €
2016	103.179.670 €	34.955.300 €	2.090.837 €	2.100.557 €	47.687.301 €	16.147.633 €	198.043 €
2016	103.179.670 €	34.955.300 €	2.090.837 €	2.100.557 €	47.687.301 €	16.147.633 €	198.043 €
2017	101.233.403 €	33.631.573 €	2.188.020 €	2.013.976 €	46.437.132 €	16.803.157 €	159.545 €

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. * Für Januar und Februar 2012 sowie Januar 2014 standen keine Daten der BA zur Verfügung. Ersatzweise wurde für die Berechnung der Durchschnittswert der übrigen Monatswerte des jeweiligen Jahres genommen.

Tab. 36: Entwicklungsindex der Zahlungsansprüche nach Leistungsart

	Gesamt	darunter					
		Regelbedarf ALG II	Regelbedarf Sozialgeld	Mehrbedarfe	Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)	Sozialversicherungsbeiträge	Weitere Zahlungsansprüche
2007	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
2008	94,7%	93,1%	91,9%	102,7%	95,9%	95,9%	92,8%
2009	95,7%	89,3%	96,0%	101,5%	97,3%	99,2%	171,8%
2010	98,1%	93,1%	78,2%	98,7%	100,8%	99,6%	420,0%
2011	91,6%	89,5%	72,4%	96,6%	101,0%	72,8%	318,1%
2012	92,1%	90,8%	69,0%	95,6%	103,3%	72,9%	92,3%
2013	97,9%	96,5%	79,7%	106,2%	109,4%	78,2%	83,7%
2014	102,7%	100,9%	87,7%	112,5%	115,2%	81,3%	49,9%
2015	103,9%	101,2%	88,3%	111,5%	116,5%	84,9%	48,4%
2016	104,2%	98,1%	80,3%	107,6%	114,9%	99,5%	50,7%
2017	102,3%	94,4%	84,0%	103,2%	111,9%	103,5%	40,9%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung.

Tab. 37: Anteile der Zahlungsansprüche nach Leistungsart an Gesamtzahlungsansprüchen

	Regelbedarf ALG II	Regelbedarf Sozialgeld	Leistungen für Unterkunft u. Heizung (LfU)	Sozialversicherungsbeiträge	Weitere Zahlungsansprüche
2007	36,0%	2,6%	41,9%	16,4%	0,4%
2008	35,4%	2,6%	42,5%	16,6%	0,4%
2009	33,6%	2,6%	42,6%	17,0%	0,7%
2010	34,2%	2,1%	43,1%	16,6%	1,7%
2011	35,2%	2,1%	46,2%	13,0%	1,4%
2012*	35,5%	2,0%	47,1%	13,0%	0,4%
2013	35,5%	2,1%	46,8%	13,1%	0,3%
2014*	35,4%	2,2%	47,0%	13,0%	0,2%
2015	35,1%	2,2%	47,0%	13,4%	0,2%
2016	33,9%	2,0%	46,2%	15,7%	0,2%
2017	33,2%	2,2%	45,9%	16,6%	0,2%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. *Für Januar und Februar 2012 sowie Januar 2014 standen keine Daten der BA zur Verfügung. Ersatzweise wurde für die Berechnung der Durchschnittswert der übrigen Monatswerte des jeweiligen Jahres genommen

Tab. 38: Durchschnittlicher Zahlungsanspruch je Bedarfsgemeinschaft pro Monat

	Darunter mit dieser Leistungsart			Insgesamt
	Regelbedarf ALG II	Regelbedarf Sozialgeld	Leistungen für Unterkunft/ Heizung	
2007	359 €	104 €	395 €	896 €
2008	353 €	102 €	396 €	886 €
2009	354 €	108 €	407 €	903 €
2010	355 €	91 €	418 €	916 €
2011	354 €	92 €	432 €	882 €
2012	361 €	90 €	445 €	899 €
2013	368 €	93 €	458 €	917 €
2014	377 €	98 €	474 €	943 €
2015	381 €	101 €	480 €	954 €
2016	381 €	98 €	485 €	987 €
2017	385 €	110 €	491 €	1.008 €

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 39: Ziele und Zielerreichung 2017 für die Umsetzung des SGB II in Offenbach

	Zielwert 2017	Erreichter Wert	Zielabweichung	Zielerreichung
Ausgaben für passive Leistungen zum Lebensunterhalt	Max. 58 Mio. €	54,5 Mio. €	- 6,0 %	Ja
Ausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung	Max. 54,5 Mio. €	51,0 Mio. €	- 6,1 %	Ja
Integration in Erwerbstätigkeit	Mind. 26,0 %	26,6 %	+ 0,6 %-Punkte	Ja
Integration in Erwerbsarbeit von Alleinerziehenden	Mind. 22,0 %	23,9 %	+ 1,9 %-Punkte	Ja
Langfristiger Leistungsbezug	Max + 0 %	-1,4 %	- 1,4 %	Ja
Inanspruchnahme BuT-Leistungen	Min. 80 %	75,14%	- 4,86 %-Punkte	Nein

Quelle: MainArbeit. Geschäftsjahr 2017 – Bericht der Geschäftsführung. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

8.4 Tabellen zu Kapitel 3 (SGB XII)

Tab. 40: SGB XII-Bedarfsgemeinschaften/Personen nach Geschlecht/Staatsbürgerschaft

	BG	Personen	darunter			
			weiblich	Anteil	nichtdeutsch	Anteil
Dez 2007	2.305	2.554	1.382	54,1%	890	34,8%
Dez 2008	2.506	2.778	1.467	52,8%	969	34,9%
Dez 2009	2.595	2.848	1.495	52,5%	1.004	35,3%
Dez 2010	2.728	2.982	1.563	52,4%	1.046	35,1%
Dez 2011	2.849	3.094	1.602	51,8%	1.078	34,8%
Dez 2012	2.895	3.267	1.699	52,0%	1.181	36,1%
Dez 2013	3.058	3.371	1.732	51,4%	1.172	34,8%
Dez 2014	3.130	3.455	1.781	51,5%	1.248	36,1%
Dez 2015	3.341	3.584	1.792	50,0%	1.358	37,9%
Dez 2016	3.330	3.617	1.797	49,7%	1.383	38,2%
Dez 2017	3.337	3.615	1.798	49,7%	1.389	38,4%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen

Tab. 41: Altersstruktur der SGB XII-Leistungsberechtigten

	0-6 Jahre	7-17 Jahre	18-64 Jahre	Anteil 0-64 Jahre	65-74 Jahre	75-84 Jahre	ab 85 Jahre	Anteil 65 und älter
Dez 2007	137	104	921	45,5%	1.286		106	54,5%
Dez 2008	173	104	1.027	46,9%	1.367		107	53,1%
Dez 2009	173	118	1.069	47,8%	960	434	94	52,2%
Dez 2010	173	154	1.140	49,2%	969	430	116	50,8%
Dez 2011	160	181	1.164	48,6%	1.020	451	119	51,4%
Dez 2012	177	201	1.181	47,7%	1.075	517	116	52,3%
Dez 2013	193	230	1.210	48,4%	1.093	537	108	51,6%
Dez 2014	185	233	1.246	48,2%	1.127	551	113	51,8%
Dez 2015	207	239	1.256	47,5%	1.184	580	118	52,5%
Dez 2016	203	229	1.248	46,4%	1.217	599	121	53,6%
Dez 2017	214	232	1.236	46,5%	1.237	579	117	53,5%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen

Tab. 42: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kap. 4 SGB XII)

	BG	Anteil an allen BG SGB XII	Personen	Anteil an allen Personen in BG SGB XII	davon wegen				darunter				Personen auch mit HbL*
					Alters	Anteil	Erwerbsminderung	Anteil	weiblich	Anteil	nichtdeutsch	Anteil	
Dez 2007	1.765	76,6%	1.982	77,6%	1.292	65,2%	690	34,8%	1.117	56,4%	765	38,6%	573
Dez 2008	1.891	75,5%	2.127	76,6%	1.383	65,0%	744	35,0%	1.183	55,6%	807	37,9%	600
Dez 2009	2.005	77,3%	2.217	77,8%	1.391	62,7%	826	37,3%	1.222	55,1%	853	38,5%	593
Dez 2010	2.101	77,0%	2.329	78,1%	1.424	61,1%	905	38,9%	1.271	54,6%	898	38,6%	635
Dez 2011	2.200	77,2%	2.421	78,2%	1.496	61,8%	925	38,2%	1.310	54,1%	938	38,7%	668
Dez 2012	2.221	76,7%	2.562	78,4%	1.617	63,1%	945	36,9%	1.379	53,8%	1.035	40,4%	654
Dez 2013	2.328	76,1%	2.613	77,5%	1.633	62,5%	980	37,5%	1.400	53,6%	1.004	38,4%	640
Dez 2014	2.412	77,1%	2.709	78,4%	1.686	62,2%	1.023	37,8%	1.437	53,0%	1.081	39,9%	611
Dez 2015	2.569	76,9%	2.800	78,1%	1.780	63,6%	1.020	36,4%	1.449	51,8%	1.157	41,3%	555
Dez 2016	2.611	78,4%	2.865	79,2%	1.834	64,0%	1.031	36,0%	1.500	52,4%	1.208	42,2%	489
Dez 2017	2.657	79,6%	2.905	80,4%	1.824	62,8%	1.081	37,2%	1.513	52,1%	1.211	41,7%	421

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen. *Hilfe in besonderen Lebenssituationen

Tab. 43: Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU, Kap. 3 SGB XII)

	BG	Anteil an allen BG	Personen	darunter				Personen auch mit HbL*
				weiblich	Anteil	nichtdeutsch	Anteil	
Dez 2007	189	8,2%	198	97	49,0%	57	28,8%	20
Dez 2008	229	9,1%	237	115	48,5%	80	33,8%	26
Dez 2009	239	9,2%	254	119	46,9%	77	30,3%	28
Dez 2010	227	8,3%	243	109	44,9%	80	32,9%	25
Dez 2011	236	8,3%	248	114	46,0%	66	26,6%	24
Dez 2012	236	8,2%	250	124	49,6%	61	24,4%	26
Dez 2013	233	7,6%	246	123	50,0%	67	27,2%	19
Dez 2014	248	7,9%	264	132	50,0%	76	28,8%	19
Dez 2015	262	7,8%	264	121	45,8%	89	33,7%	22
Dez 2016	218	6,5%	237	100	42,2%	73	30,8%	11
Dez 2017	218	6,5%	239	113	47,3	76	31,8%	13

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen. *Hilfe in besonderen Lebenssituationen

Tab. 44: Hilfen in besonderen Lebenssituationen (ausschließl. Kap. 5-7 SGB XII)

	BG	Anteil an allen BG	Personen	darunter			
				weiblich	Anteil	nicht-deutsch	Anteil
Dez 2007	351	15,2%	374	168	44,9%	68	18,2%
Dez 2008	386	15,4%	414	169	40,8%	82	19,8%
Dez 2009	351	13,5%	377	154	40,8%	74	19,6%
Dez 2010	400	14,7%	410	183	44,6%	68	16,6%
Dez 2011	413	14,5%	425	178	41,9%	74	17,4%
Dez 2012	438	15,1%	455	196	43,1%	85	18,7%
Dez 2013	497	16,3%	512	209	40,8%	101	19,7%
Dez 2014	470	15,0%	482	212	44,0%	91	18,9%
Dez 2015	510	15,3%	520	222	42,7%	112	21,5%
Dez 2016	501	15,0%	515	197	38,3%	102	19,8%
Dez 2017	462	13,8%	471	172	36,5%	102	21,7%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen

Tab. 45: Hilfen in besonderen Lebenssituationen insgesamt

	Personen	Anteil an allen Personen	davon		
			HbL+ Grundsicherung	HbL + HLU	ausschließlich HbL
Dez 2007	967	37,9%	573	20	374
Dez 2008	1.040	37,4%	600	26	414
Dez 2009	1.034	36,3%	593	28	377
Dez 2010	1.070	35,9%	635	25	410
Dez 2011	1.117	36,1%	668	24	425
Dez 2012	1.135	34,7%	654	26	455
Dez 2013	1.171	34,7%	640	19	512
Dez 2014	1.112	32,2%	611	19	482
Dez 2015	1.097	30,6%	555	22	520
Dez 2016	1.015	28,1%	489	11	515
Dez 2017	905	25,0%	421	13	462

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließl. Kontingentflüchtlingen

Tab. 46: Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen (nur Kap. 7 SGB XII)

	Personen	darunter						
		weiblich	Anteil	nicht-deutsch	Anteil	Alter 65-74 Jahre	Alter 75-84 Jahre	Alter 85 Jahre und älter
Dez 2007	371	277	74,7%	11	3,0%	k.A.	k.A.	k.A.
Dez 2008	356	270	75,8%	9	2,5%	k.A.	k.A.	k.A.
Dez 2009	373	278	74,5%	13	3,5%	k.A.	k.A.	k.A.
Dez 2010	393	287	73,0%	21	5,3%	k.A.	k.A.	k.A.
Dez 2011	409	298	72,9%	20	4,9%	k.A.	k.A.	k.A.
Dez 2012	401	281	70,1%	30	7,5%	92	136	173
Dez 2013	387	285	73,6%	16	4,1%	81	140	166
Dez 2014	418	314	75,1%	21	5,0%	88	145	184
Dez 2015	429	328	76,5%	27	6,3%	88	139	194
Dez 2016	463	344	74,3%	34	7,3%	92	171	200
Dez 2017	426	313	73,5%	37	8,7%	93	155	178

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 47: Altersstruktur der Leistungsberechtigten nach AsylbLG

	BG	Personen	davon im Alter von						
			0-6 Jahre	7-17 Jahre	18-64 Jahre	Anteil 0-64 Jahre	65-84 Jahre	ab 85 Jahre	Anteil 65 und älter
Dez 2007	81	157	22	40	92	98,1%	3	0	1,9%
Dez 2008	75	111	13	19	72	93,7%	7	0	6,3%
Dez 2009	83	112	9	14	82	93,8%	7	0	6,3%
Dez 2010	82	112	13	12	79	92,9%	8	0	7,1%
Dez 2011	99	134	10	26	87	91,8%	11	0	8,2%
Dez 2012	104	145	15	23	93	90,3%	14	0	9,7%
Dez 2013	108	150	12	27	98	91,3%	12	1	8,7%
Dez 2014	104	145	8	26	99	91,7%	11	1	8,3%
Dez 2015	76	93	4	11	67	95,7%	4	0	4,3%
Dez 2016	96	103	3	21	71	94,5%	6	0	5,5%
Dez 2017	81	107	9	14	79	95,3%	6	0	5,6%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung

Tab. 48: Ausgaben SGB XII (Kap. 3-4 [laufende Leistungen], Kap. 5-7, 9)

	Ausgaben insgesamt	davon					
		HLU (laufende Leistungen)	Anteil	Grundsicherung (laufende Leistungen)	Anteil	HbL	Anteil
2007 [1]	21.453.715 €	916.182 €	4,3%	9.733.792 €	45,4%	10.683.001 €	49,8%
2008	22.217.202 €	935.770 €	4,2%	10.235.469 €	46,1%	11.045.962 €	49,7%
2009	24.586.816 €	1.245.587 €	5,1%	12.164.890 €	49,5%	11.176.338 €	45,5%
2010	26.412.396 €	1.178.429 €	4,5%	12.768.830 €	48,3%	12.465.136 €	47,2%
2011	27.292.122 €	1.271.529 €	4,7%	13.594.863 €	49,8%	12.425.730 €	45,5%
2012	28.578.286 €	1.263.672 €	4,4%	14.311.589 €	50,1%	13.003.024 €	45,5%
2013	30.432.364 €	1.545.059 €	5,1%	15.976.203 €	52,5%	12.911.102 €	42,4%
2014	30.527.756 €	1.280.551 €	4,2%	16.225.560 €	53,2%	13.021.644 €	42,7%
2015	32.974.672 €	1.375.440 €	4,2%	17.291.257 €	52,4%	14.307.975 €	43,4%
2016	34.273.515 €	1.407.566 €	4,1%	17.681.766 €	51,6%	15.184.184 €	44,3%
2017	34.193.014 €	1.392.374 €	4,1%	18.350.805 €	53,7%	14.449.835 €	42,3%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen.

[1] Rechnungsjahr 01.12.2006-30.11.2007

Tab. 49: Ausgaben Grundsicherung

	Grundsicherung (laufende Leistungen)	darunter: Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU)	Anzahl Personen [2]	durchschnittlich pro Person/Monat	darunter: durchschnittliche KdU/Person/Monat
2007	9.733.792 €	5.875.374 €	1.982	409 €	247 €
2008	10.235.469 €	6.080.227 €	2.127	401 €	238 €
2009	12.164.890 €	7.074.859 €	2.217	457 €	266 €
2010	12.768.830 €	7.493.074 €	2.329	457 €	268 €
2011	13.594.863 €	7.979.020 €	2.421	468 €	275 €
2012	14.311.589 €	8.312.606 €	2.562	466 €	270 €
2013	15.976.203 €	8.428.604 €	2.613	510 €	269 €
2014	16.225.560 €	8.830.533 €	2.709	499 €	272 €
2015	17.291.257 €	9.666.779 €	2.800	515 €	288 €
2016	17.681.766 €	10.122.829 €	2.865	514 €	294 €
2017	18.350.805 €	10.514.839 €	2.905	526 €	302 €

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen.
[2] Stichtag jeweils 31.12, Ausgabenwerte pro Monat sind rechnerische Annäherungen

Tab. 50: Ausgaben Hilfe in besonderen Lebenssituationen (HbL, Kap. 5-7, 9)

	HbL Kap. 5-7 einschließlich Mischfälle	Anzahl Personen Kap. 5-7 [2]	durchschnittlich pro Person/Monat	HbL Kap. 9
2007[1]	10.340.333 €	967	931 €	342.668 €
2008	10.789.441 €	1.040	885 €	256.521 €
2009	10.904.312 €	1.034	692 €	272.026 €
2010	12.180.646 €	1.070	809 €	284.490 €
2011	12.148.846 €	1.117	906 €	276.884 €
2012	12.639.716 €	1.135	928 €	363.308 €
2013	12.630.569 €	1.171	899 €	280.532 €
2014	12.804.272 €	1.112	960 €	217.372 €
2015	14.111.507 €	1.097	1.072 €	196.468 €
2016	14.978.081 €	1.015	1.230 €	206.102 €
2017	14.241.486 €	905	1.311 €	208.349 €

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen.
[1] Rechnungsjahr (01.12.06-30.11.07); [2] Stichtag jeweils 31.12. Werte pro Monat sind rechnerische Annäherungen

Tab. 51: Ausgaben Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU)

	HLU (laufende Leistungen)	darunter: Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU)	Anzahl Personen [2]	durchschnittlich pro Person/ Monat	darunter: durchschnittliche KdU Person/Monat
2007 [1]	916.182 €	410.715 €	198	386 €	173 €
2008	935.770 €	443.589 €	237	329 €	156 €
2009	1.245.587 €	612.745 €	254	409 €	201 €
2010	1.178.429 €	613.536 €	243	404 €	210 €
2011	1.271.529 €	662.391 €	248	427 €	223 €
2012	1.263.672 €	664.226 €	250	421 €	221 €
2013	1.545.059 €	697.659 €	246	523 €	236 €
2014	1.280.551 €	390.666 €	264	404 €	123 €
2015	1.375.440 €	393.191 €	264	434 €	124 €
2016	1.407.566 €	456.036 €	237	495 €	160 €
2017	1.392.374 €	451.269 €	239	485 €	157 €

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung. Außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen.
[1] Rechnungsjahr (01.12.06-30.11.07); [2] Jeweils Stichtag 31.12., Werte pro Monat sind rechnerische Annäherungen

Tab. 52: Ausgaben Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen

2007	4.895.162 €
2008	4.122.001 €
2009	4.225.080 €
2010	4.269.261 €
2011	4.368.458 €
2012	4.799.896 €
2013	5.025.895 €
2014	4.911.013 €
2015	5.100.709 €
2016	6.215.183 €
2017	4.606.095 €

Quelle: Amt 50, Berechnung Amt 81.3 Sozialplanung.

Tab. 53: Ausgaben nach AsylbLG

2007	1.330.981 €
2008	1.087.445 €
2009	823.363 €
2010	964.881 €
2011	1.037.930 €
2012	1.446.940 €
2013	1.645.663 €
2014	1.623.885 €
2015	1.189.836 €
2016	861.311 €
2017	904.957 €

Quelle: Amt 50, Berechnung 81.3 Sozialplanung.

8.5 Tabellen zu Kapitel 4 (Leistungen für Bildung und Teilhabe)

Tab. 54: Anspruchsberechtigte und Anspruchnehmende des Bildungs- und Teilhabepakets 2017 in Offenbach

	Anspruchsberechtigte	Anspruchnehmende inklusive Schulbedarf	Quote*	Anspruchnehmende ohne Schulbedarf	Quote
SGB II	6.179	6.592	100,0%	4.643	75,1%
SGB XII	69	68	100,0%	11	15,9%
Asyl	20	20	100,0%	4	20,0%
BKGG	-	1.201	-	1.006	-
Summe ohne BKGG	6.268	-	0,0%	-	0,0%
Summe inkl. BKGG	6.268	-	-	-	-

Quelle: Amt 50, MainArbeit. * Rechnerisch höhere Quoten werden bei 100 Prozent gekappt. Der Grund für ihr Zustandekommen liegt in einer methodischen Einschränkung bei der Berechnung der Schülerzahlen (hessenweit einheitliche Schülerquote, jährlich einmal im Februar ermittelt)

Tab. 55: Mit BuT-Leistungen erreichte anspruchsberechtigte Personen in Hessen 2017

	SGB II				SGB XII			
	Anspruchsberechtigte inklusive Schulbedarf	Quote inklusive Schulbedarf	Anspruchsberechtigte ohne Schulbedarf	Quote ohne Schulbedarf	Anspruchsberechtigte inklusive Schulbedarf	Quote inklusive Schulbedarf	Anspruchsberechtigte ohne Schulbedarf	Quote ohne Schulbedarf
Kreis Bergstraße	3.797	100,00%	2.233	60,58%	31	100,00%	16	59,26%
Landkreis Darmstadt-Dieburg	3.542	95,00%	2.573	69,00%	60	100,00%	27	61,00%
Landkreis Fulda	3.066	100,00%	2.032	66,00%	82	100,00%	74	90,00%
Landkreis Gießen	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	49	100,00%	24	49,00%
Landkreis Groß-Gerau	6.055	100,00%	3.428	59,04%	70	100,00%	46	86,79%
Landkreis Hersfeld-	1.894	99,90%	1.088	57,40%	21	87,50%	8	33,30%
Hochtaunuskreis	2.867	89,37%	1.642	51,18%	30	78,95%	14	36,84%
Landkreis Kassel	3.484	100,00%	1.961	57,00%	47	100,00%	26	55,00%
Lahn-Dill-Kreis	4.905	95,10%	2.611	50,60%	59	89,30%	26	39,40%
Landkreis Limburg-Weilburg	3.293	100,00%	2.029	61,34%	127	100,00%	38	44,71%
Main-Kinzig-Kreis	6.360	88,86%	3.292	46,00%	75	100,00%	67	89,30%
Main-Taunus-Kreis	2.685	85,00%	1.405	45,00%	41	100,00%	31	84,00%
Landkreis Marburg-Biedenkopf	4.190	100,00%	3.011	72,59%	50	60,98%	30	36,59%
Odenwaldkreis	1.643	90,97%	867	48,01%	32	24,62%	22	16,92%
Landkreis Offenbach	7.820	100,00%	4.589	64,93%	66	100,00%	25	56,00%
Rheingau-Taunus-Kreis	3.276	87,00%	2.843	76,00%	27	84,00%	13	41,00%
Schwalm-Eder-Kreis	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	36	94,74%	21	55,26%
Vogelsbergkreis	1.416	100,00%	827	71,73%	26	70,27%	18	48,65%
Landkreis Waldeck-	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	58	14,61%	31	7,81%
Werra-Meißner-Kreis	1.978	100,00%	1.105	59,28%	58	100,00%	28	71,79%
Wetteraukreis	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	49	67,10%	32	43,80%
Stadt Darmstadt	3.623	98,90%	2.766	75,51%	105	100,00%	62	65,26%
Stadt Frankfurt am Main	16.810	80,05%	8.359	39,81%	157	53,58%	157	53,58%
Stadt Kassel	6.089	90,68%	5.281	78,64%	146	100,00%	94	74,60%
Stadt Offenbach am Main	6.592	100,00%	4.643	75,14%	68	100,00%	11	16,00%
Landeshauptstadt Wiesbaden	10.015	100,00%	7.363	79,16%	133	100,00%	93	81,58%
Hessen	105.400		65.948		1.703		1.034	

Quelle: Hessischer Landkreistag, Erhebung bei den Städten und Landkreisen

Tab. 56: Entwicklung der Zahl der Personen mit Inanspruchnahme mindestens einer Leistung für Bildung und Teilhabe in Offenbach

	SGB II						SGB XII						AsylbLG					
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ausflüge, Klassen-, Kindergartenfahrten	1.188	1.507	1.571	1.965	1.780	1.606	9	10	13	13	13	15	1	4	1	3	2	3
Lernförderung	106	248	377	464	514	419	0	1	0	1	4	2	2	2	0	0	0	0
Mittagsverpflegung (ohne Hort)	3.077	2.942	2.994	2.958	2.962	2.805	3	8	12	21	24	14	1	4	1	6	2	1
Schulbedarf	4.162	4.118	4.646	4.839	4.763	4.609	43	47	56	90	60	60	57	44	25	25	22	20
Schülerbeförderung	60	80	84	101	101	73	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Teilhabe soziales/kulturelles Leben	427	694	1085	1338	1451	1.371	3	2	9	9	6	9	0	0	0	1	0	0
Summen *	9.020	9.589	10.757	11.665	11.571	10.883	58	68	90	134	107	100	61	54	27	35	26	24

	BKGG						Quersummen						Anteil einer Leistung an allen Leistungen					
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ausflüge, Klassen-, Kindergartenfahrten	188	205	209	259	264	299	1.386	1.726	1.794	2.240	2.059	1.923	14%	16%	15%	17%	16%	15%
Lernförderung	9	7	16	6	21	26	117	258	393	471	539	447	1%	2%	3%	4%	4%	3%
Mittagsverpflegung (ohne Hort)	259	307	322	329	384	484	3.340	3.261	3.329	3.314	3.372	3.304	33%	30%	27%	25%	25%	26%
Schulbedarf	482	632	608	614	728	852	4.744	4.841	5.335	5.568	5.573	5.541	46%	44%	44%	42%	42%	43%
Schülerbeförderung	12	17	11	7	17	17	72	97	95	108	118	90	1%	1%	1%	1%	1%	1%
Teilhabe soziales/kulturelles Leben	129	131	141	120	134	180	559	827	1235	1468	1.591	1.560	6%	8%	10%	11%	12%	12%
Summen *	1.079	1.299	1.307	1.335	1.548	1.858	10.218	11.010	12.181	13.169	13.252	12.865	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: Amt 50, MainArbeit. *Bei Inanspruchnahme mehrerer Leistungsbereiche durch eine und dieselbe Person wird diese mehrfach gezählt

Tab. 57: Ausgaben im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets 2017 in Offenbach

	SGB II	SGB XII	AsylbLG	BKGG	Summen
Ausflüge, Klassen-, Kindergartenfahrten	362.371,52 €	3.202,30	692,00	67.419,10	433.685 €
Lernförderung	255.191,43 €	4.032,00	0,00	20.953,75	280.177 €
Mittagsverpflegung (ohne Hort)	795.628,42 €	6.242,50	246,00	138.543,54	940.660 €
Schulbedarf	402.090,42 €	3.740,00	1.360,00	75.840,00	483.030 €
Schülerbeförderung	27.924,84 €	0,00	0,00	5.868,85	33.794 €
Teilhabe am sozialen/kulturellen Leben	69.860,17 €	725,80	0,00	16.343,57	86.930 €
Summen	1.913.066,80 €	17.942,60 €	2.298,00 €	324.968,81 €	2.258.276 €

Quelle: Amt 50, MainArbeit

8.6 Tabellen zu Kapitel 5 (Kinder und Jugendliche im SGB II)

Tab. 58: Altersstruktur der Kinder und Jugendlichen im SGB II-Bezug im räumlichen Vergleich Dezember 2017

	Gesamt	davon im Alter von							
		unter 3 Jahren	Anteil	3 bis unter 6 Jahren	Anteil	6 bis unter 15 Jahren	Anteil	15 bis unter 18 Jahren	Anteil
Deutschland	2.027.907	388.628	19,2%	370.082	18,2%	999.877	49,3%	269.320	13,3%
Hessen	154.329	30.297	19,6%	27.971	18,1%	75.690	49,0%	20.371	13,2%
Offenbach	6.640	1.104	16,6%	1.207	18,2%	3.432	51,7%	897	13,5%

Quelle: BA

Tab. 59: Anteil der SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern im regionalen Vergleich im Dezember 2017

	BG insgesamt	BG mit mindestens einem Kind	Anteil an allen BG mit Kindern
Deutschland	3.177.026	1.081.065	34,0 %
Hessen	217.206	82.164	37,8 %
Darmstadt	7.080	2.772	39,2 %
Frankfurt	37.843	13.567	35,9 %
Offenbach	8.083	3.476	43,0 %
Wiesbaden	15.533	6.271	40,4 %
Kassel	12.599	4.490	35,6 %

Quelle: Quelle: BA

Tab. 60: Gesamtbedarf an Regelleistungen und Haushaltsbudgets in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) in Offenbach und Hessen im Dezember 2017

	Gesamtbedarf Regelleistungen in Euro/Monat		Haushaltsbudget in Euro/Monat	
	Offenbach	Hessen	Offenbach	Hessen
BG insgesamt	1.296	1.188	1.401	1.265
mit Kindern unter 18 Jahren	1.852	1.773	2.024	1.889
mit einem Kind	1.483	1.415	1.633	1.528
mit zwei Kindern	1.899	1.834	2.095	1.959
mit drei und mehr Kindern	2.451	2.404	2.630	2.511
Alleinerziehenden-BG	1.573	1.499	1.644	1.577

Quelle: Quelle: BA

Tab. 61: Entwicklung der Zahl von Kindern und Jugendlichen im SGB II-Leistungsbezug und in der Bevölkerung in Offenbach							
	Dez 2011	Dez 2012	Dez 2013	Dez 2014	Dez 2015	Dez 2016	Dez 2017
im SGB II-Leistungsbezug							
unter 6 Jahren	2.539	2.565	2.692	2.685	2.729	2.475	2.311
6 bis unter 14 Jahren	2.994	3.180	3.299	3.374	3.457	3.260	3.089
14 bis unter 18 Jahren	1.170	1.180	1.270	1.341	1.331	1.318	1.240
Summe	6.703	6.925	7.261	7.400	7.517	7.053	6.640
in der Bevölkerung							
unter 6 Jahren	7.490	7.569	7.769	7.813	8.014	8.204	8.330
6 bis unter 14 Jahren	9.360	9.625	9.713	9.920	10.202	10.383	10.438
14 bis unter 18 Jahren	4.618	4.641	4.810	4.757	4.904	4.930	4.981
Summe	21.468	21.835	22.292	22.490	23.120	23.517	23.749

Quelle: Quelle: BA, Amt 81.2 Melderegister, Berechnungen MainArbeit

Tab. 62: Entwicklung der Zahl von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im regionalen Vergleich Dezember 2016 bis 2017							
	BG mit Kindern insgesamt	BG mit einem Kind	Veränderung zu Dez 2016 in Prozent	BG mit zwei Kindern	Veränderung zu Dez 2016 in Prozent	BG mit drei Kindern und mehr	Veränderung zu Dez 2016 in Prozent
Hessen	82.164	37.080	-0,9 %	26.616	2,4 %	18.468	10,4 %
Darmstadt	2.772	1.218	0,3 %	876	0,6 %	678	9,0 %
Frankfurt	13.567	6.124	-2,9 %	4.495	-3,2 %	2.948	3,5 %
Offenbach am Main	3.476	1.474	-4,7 %	1.191	-8,0 %	811	-5,4 %
Wiesbaden	6.271	2.889	-1,6 %	2.051	-0,9 %	1.331	7,5 %
Offenbach Kreis	4.471	1.945	-4,6 %	1.435	0,8 %	1.091	4,5 %
Kassel	4.490	2.140	4,6 %	1.404	4,5 %	946	9,2 %

Quelle: Quelle: BA

Tab. 63: Entwicklung der Altersstruktur von Kindern in Bedarfsgemeinschaften im regionalen Vergleich Dezember 2016 bis 2017						
	im Alter von				Kinder unter 18 Jahren insgesamt	
	unter 3 Jahren	3 bis unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren	15 bis unter 18 Jahren		
Hessen	10,3 %	5,2 %	4,2 %	1,8 %	5,2 %	
Darmstadt	9,3 %	-1,2 %	6,3 %	0,7 %	4,7 %	
Frankfurt	2,5 %	-3,6 %	-0,4 %	0,4 %	-0,3 %	
Offenbach am Main	-6,4 %	-6,9 %	-5,9 %	-3,8 %	-5,9 %	
Wiesbaden	2,2 %	5,6 %	2,6 %	-4,2 %	2,1 %	
Kreis Offenbach	7,4 %	-0,3 %	-0,6 %	1,4 %	1,2 %	
Kassel	11,9 %	11,1 %	4,0 %	2,3 %	6,7 %	

Quelle: Quelle: BA

Tab. 64: Entwicklung der SGB II-Quoten von Kindern unter 18 Jahren							
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Hessen	12,4 %	12,7 %	13,1 %	13,5 %	13,5 %	13,7 %	14,3 %
Darmstadt	17,8 %	18,6 %	19,1 %	19,8 %	19,6 %	20,3 %	20,6 %
Frankfurt am Main	20,5 %	20,3 %	20,6 %	21,0 %	20,8 %	20,5 %	20,0 %
Offenbach am Main	31,7 %	32,4 %	33,3 %	33,4 %	33,0 %	30,9 %	28,5 %
Wiesbaden	22,1 %	21,7 %	22,5 %	22,9 %	23,1 %	22,7 %	23,0 %
Kreis Offenbach	13,8 %	13,5 %	13,8 %	14,0 %	14,4 %	13,9 %	13,8 %
Kassel	21,0 %	20,3 %	21,1 %	22,3 %	22,8 %	24,7 %	25,8 %

Quelle: BA, Berechnungen MainArbeit

Tab. 65: Entwicklung der SGB II-Quoten von Kindern unter drei Jahren							
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Hessen	15,0 %	15,0 %	15,3 %	15,2 %	14,9 %	15,5 %	16,4 %
Darmstadt	20,6 %	21,1 %	20,0 %	20,6 %	19,6 %	20,2 %	20,8 %
Frankfurt am Main	21,0 %	20,3 %	20,4 %	20,0 %	19,9 %	19,5 %	19,3 %
Offenbach am Main	31,7 %	31,7 %	32,9 %	33,0 %	31,8 %	27,7 %	24,8 %
Wiesbaden	23,3 %	22,7 %	23,0 %	22,7 %	23,3 %	23,0 %	22,4 %
Kreis Offenbach	15,9 %	15,1 %	15,5 %	14,9 %	15,3 %	15,4 %	15,5 %
Kassel	23,0 %	21,9 %	23,1 %	24,2 %	24,4 %	28,0 %	29,6 %

Quelle: BA, Berechnungen MainArbeit

Tab. 66: Entwicklung der bundesweiten Rangfolge der SGB II-Quoten von Kindern unter 18 Jahren (Basis: 399 Jobcenter)					
RANG	2012	SGB II-Quote Kinder	RANG	2017	SGB II-Quote Kinder
1	Offenbach am Main, Stadt	32,4 %	1	Gelsenkirchen, Stadt	40,3 %
2	Berlin, Stadt	31,7 %	2	Bremerhaven, Stadt	35,6 %
3	Gelsenkirchen, Stadt	31,2 %	3	Essen, Stadt	33,6 %
4	Bremerhaven, Stadt	30,3 %	4	Halle (Saale), Stadt	33,1 %
5	Halle (Saale), Stadt	29,6 %	5	Wilhelmshaven, Stadt	32,3 %
6	Frankfurt (Oder), Stadt	28,9 %	6	Mönchengladbach, Stadt	31,5 %
7	Essen, Stadt	28,8 %	7	Bremen, Stadt	30,2 %
8	Brandenburg an der Havel, St.	27,7 %	8	Hagen, Stadt	30,1 %
9	Mönchengladbach, Stadt	27,2 %	9	Pirmasens, kreisfreie Stadt	30,1 %
10	Uckermark	26,9 %	10	Duisburg, Stadt	30,0 %
			(...)		
			18	Offenbach am Main, Stadt	28,5 %

Quelle: BA

Tab. 67: Entwicklung der bundesweiten Rangfolge der SGB II-Quoten von Kindern unter 3 Jahren (Basis: 399 Jobcenter)

RANG	2012	SGB II-Quote Kinder	RANG	2017	SGB II-Quote Kinder
1	Gelsenkirchen, Stadt	36,4 %	1	Gelsenkirchen, Stadt	43,1 %
2	Frankfurt (Oder), Stadt	34,2 %	2	Bremerhaven, Stadt	40,6 %
3	Bremerhaven, Stadt	33,3 %	3	Wilhelmshaven, Stadt	39,4 %
4	Pirmasens, kreisfreie Stadt	33,2 %	4	Pirmasens, kreisfreie Stadt	38,4 %
5	Halle (Saale), Stadt	32,8 %	5	Halle (Saale), Stadt	36,2 %
6	Mönchengladbach, Stadt	32,7 %	6	Essen, Stadt	34,6 %
7	Essen, Stadt	31,9 %	7	Mönchengladbach, Stadt	34,4 %
8	Offenbach am Main, Stadt	31,7 %	8	Salzgitter, Stadt	32,8 %
9	Berlin, Stadt	31,2 %	9	Bremen, Stadt	32,7 %
10	Wilhelmshaven, Stadt	31,1 %	10	Herne, Stadt	32,6 %
			(...)		
			42	Offenbach am Main, Stadt	24,8 %

Quelle: BA

8.7 Tabellen zu Kapitel 6 (Wohnungs- und Obdachlosigkeit)

Tab. 68: Zahl der Kurzübernachtungen des Diakonischen Werkes 2017

Jan	Feb	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Durchschnitt/Monat
223	165	180	141	201	175	205	177	173	187	177	179	182

Quelle: Diakonisches Werk Offenbach-Dreieich-Rodgau. Übernachtungsgäste konnten maximal sechs Tage am Stück übernachten

Tab. 69: Hinweise beim Sozialamt auf unmittelbar drohende Wohnungslosigkeit

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingegangene Hinweise im Sozialamt	1.266	1.073	1.202	909	783	142	95	88
Fälle von Beratung mit anschließender Antragsaufnahme	510	382	454	286	180*	k.A.	48	75

Quelle: Amt 50. *Wert ohne Beratungen wegen Energiezahlungsrückständen; Seit 22.12.2014 ohne Anträge von Leistungsberechtigten nach SGB II

Tab. 70: Entwicklung der Zahl untergebrachter Leistungsberechtigter über die Zentrale Vermittlung von Unterkünften im Monatsdurchschnitt

	Gesamt							davon in													
								Gemeinschaftsunterkünften							Hotels						
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
SGB II	206	243	323	373	452	424	438	155	163	173	182	199	217	237	51	80	150	191	253	206	202
SGB XII**	15	19	22	18	19	19	25	5	7	7	8	8	26	9	10	12	15	11	11	18	16
AsylbLG	23	27	31	31	35	25	20	18	23	20	20	22	18	15	5	4	11	10	13	7	5
Gesamt*	244	289	374	422	507	470	484	178	194	200	210	230	244	261	65	96	175	212	280	226	224

Quelle: ZVU, MainArbeit. *Keine Spaltensummen, sondern Durchschnitt von zwölf Monatssummen, daher sind Rundungsdifferenzen möglich. Ohne Notfallunterbringung des Ordnungsamtes. Basis im SGB II sind die Stichtagswerte am jeweiligen Monatsersten. ** im Bereich HLU und Grundsicherung. Berechnung Amt 81.3

Tab. 71: Entwicklung der Übernachtungszahl in Notunterkünften über die Zentrale Vermittlung von Unterkünften

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Gesamt *	81.187	89.245	106.227	138.150	155.014	186.433	169.613	177.010
darunter SGB II-Leistungsberechtigte	69.646	75.482	89.251	118.996	137.268	166.221	153.755	160.148

Quelle: ZVU, MainArbeit.

Tab. 72: Entwicklung der Zahl gerichtlicher Zwangsräumungen und Einweisungen in Notunterkünfte

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Angeordnete Räumungen	174	212	221	253	228	232	235	232	224	191	176
Von Räumung betroffene Personen	304	372	379	449	448	441	456	408	455	386	357
Einweisungen in Notunterkünfte	*	*	*	*	11	6	6	5	11	15	19
Von Einweisung betroffene Personen	*	*	*	3	24	49	49	14	17	36	36

Quelle: Amt 32. *Aus Datenschutzgründen nicht ausgewiesen

Tab. 73: Entwicklung der Zahl von Unterbringungen im Frauenhaus in Offenbach

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Zimmer/Schlafplätze im Frauenhaus	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32
Untergebrachte Frauen aus Offenbach	15	9	11	5	11	8	11	1	3	4	9
Übernachtungen im Frauenhaus (Frauen und Kinder)	8.277	8.223	8.292	8.088	7.596	8.999	8.996	9.473	8.057	8.311	9.280
Außerhalb Offenbachs untergebrachte Frauen (aus Offenbach/anderen Kommunen)	*	*	125	157	170	220	215	125	125	151	154

Quelle: Frauen helfen Frauen e.V. im Rahmen des Hessischen Sozialmonitors *keine Angaben vorhanden

Tab. 74: Zahl der Bewohner im dezentralen stationären Wohnbereich des Diakonischen Werkes nach Alter 2017

	20-24	25-29	30-39	40-49	50-59	60-79	Durchschnittsalter in Jahren
	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	
Personen	3	7	15	16	19	15	44,5

Quelle: Diakonisches Werk Offenbach-Dreieich-Rodgau

8.8 Tabellen zu Kapitel 7 (Zusammenfassung)

Tab. 75: Entwicklung der SGB II-Quoten Offenbach

	Sozialbericht Offenbach (Basis: Melderegister)	Bundesagentur für Arbeit (Basis: Statistisches Bundesamt)		Bundesagentur für Arbeit (Basis: Statistisches Bundesamt)
Dez 2007	19,8%	19,9%	JD 2007	20,3%
Dez 2008	19,2%	19,0%	JD 2008	19,5%
Dez 2009	19,5%	19,3%	JD 2009	19,2%
Dez 2010	18,7%	18,6%	JD 2010	19,3%
Dez 2011	17,7%	18,9%	JD 2011	19,1%
Dez 2012	18,0%	19,2%	JD 2012	19,2%
Dez 2013	18,2%	19,5%	JD 2013	19,6%
Dez 2014	18,2%	19,5%	JD 2014	19,8%
Dez 2015	17,9%	19,1%	JD 2015	19,5%
Dez 2016	16,6%	18,1%	JD 2016	18,7%
Dez 2017	15,6%	17,0%	JD 2017	17,7%

Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81 Sozialplanung

Tab. 76: Entwicklung der Zahl von Leistungsberechtigten (LB) im SGB II/SGB XII, Bevölkerung und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

	LB SGB II und XII	davon				Gesamtbevölkerung	Anteil aller LB an Gesamtbevölkerung	Erwerbsfähige Bevölkerung (15-64 Jahre)	Anteil Erwerbsfähiger an Gesamtbevölkerung	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort	Beschäftigungsquote (Anteil Beschäftigte an Erwerbsfähigen)
		SGB II	Anteil an Gesamtbevölkerung	SGB XII	Anteil an Gesamtbevölkerung						
Dez 2007	21.788	19.234	16,3%	2.554	2,2%	117.899	18,5%	79.836	67,7%	38.288	48,0%
Dez 2008	21.459	18.681	15,8%	2.778	2,4%	118.103	18,2%	80.036	67,8%	39.091	48,8%
Dez 2009	21.751	18.903	16,1%	2.848	2,4%	117.718	18,5%	79.536	67,6%	38.580	48,5%
Dez 2010	21.499	18.517	15,5%	2.982	2,5%	119.734	18,0%	81.235	67,8%	39.190	48,2%
Dez 2011	20.972	17.878	14,7%	3.094	2,5%	121.970	17,2%	83.080	68,1%	40.753	49,1%
Dez 2012	21.844	18.577	14,9%	3.267	2,6%	124.261	17,6%	84.912	68,3%	41.824	49,3%
Dez 2013	22.604	19.233	15,2%	3.371	2,7%	126.934	17,8%	86.941	68,5%	42.845	49,3%
Dez 2014	23.027	19.572	15,2%	3.455	2,7%	128.974	17,9%	88.535	68,6%	44.970	50,8%
Dez 2015	23.324	19.740	14,9%	3.584	2,7%	132.068	17,7%	90.982	68,9%	47.784	52,5%
Dez 2016	22.279	18.662	13,9%	3.617	2,7%	133.827	16,6%	92.213	68,9%	48.748*	53,5%*
Dez 2017	21.346	17.731	13,1%	3.615	2,7%	135.692	15,7%	93.778	69,1%	52.217	55,7%

Quelle: BA, Amt 50, Amt 81.2. Berechnung Amt 81.3. * Werte von Juni 2016 (letztes verfügbares Datum)

Tab. 77: Entwicklungsindex von Leistungsberechtigten im SGB II und SGB XII sowie Bevölkerung

	Gesamtbevölkerung	Leistungsberechtigte SGB II	Leistungsberechtigte SGB XII	Leistungsberechtigte SGB II und SGB XII	Anteil aller Leistungsberechtigten an Bevölkerung (Gesamtquote)	Bevölkerung
Dez 2007	117.899	100,0	100,0	100,0	18,5%	100
Dez 2008	118.103	97,1	108,8	98,4	18,2%	100,2
Dez 2009	117.718	98,1	111,5	99,6	18,4%	99,8
Dez 2010	119.734	96,0	116,8	98,4	17,9%	101,6
Dez 2011	121.970	92,6	121,1	95,9	17,1%	103,5
Dez 2012	124.261	96,2	127,9	99,9	17,5%	105,4
Dez 2013	126.934	99,7	132,0	103,4	17,8%	107,7
Dez 2014	128.974	101,4	135,3	105,4	17,8%	109,4
Dez 2015	132.068	102,2	140,3	106,7	17,6%	112,0
Dez 2016	133.827	96,5	141,6	101,8	16,6%	113,5
Dez 2017	135.692	92,2	141,5	98,0	15,7%	115,1

Quelle: BA, Amt 50, Amt 81.2. Berechnung Amt 81.3.

8.9 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

<u>Abbildungen</u>	Seite
Abb. 1: Personengruppen im SGB II seit der Revision im Jahr 2016	4
Abb. 2: Entwicklung der Zahl der SGB II-Leistungsberechtigten in Offenbach	4
Abb. 3: Kinder unter 15 Jahren nach Typen der Bedarfsgemeinschaft	5
Abb. 4: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit eigenem Bruttoeinkommen („Ergänzer“)	5
Abb. 5: Entwicklung der Personen in Bedarfsgemeinschaften und der Bevölkerung nach Nationalitäten	6
Abb. 6: Personen in Bedarfsgemeinschaften und (angenäherte) SGB II-Quoten nach Nationalitäten	6
Abb. 7: Entwicklung Leistungsberechtigte / Bevölkerung unter 65 Jahren in Statistischen Bezirken	7
Abb. 8: Über- und unterdurchschnittliche SGB II-Quoten nach Statistischen Bezirken	8
Abb. 9: Innerstädtische Segregation im Bezug von SGB II-Leistungen	8
Abb. 10: Entwicklung Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte in Hessen	9
Abb. 11: Entwicklung Arbeitslosengeld II- und Sozialgeldempfänger in Hessen	9
Abb. 12: Zahlungsansprüche im SGB II nach Leistungsart in Offenbach	10
Abb. 13 Entwicklung der Zahlungsansprüche im SGB II nach Leistungsart in Offenbach	11
Abb. 14: Entwicklung des durchschnittlichen Zahlungsanspruchs je SGB II-Bedarfsgemeinschaft pro Monat in Offenbach	11
Abb. 15: Entwicklung der Personen in SGB XII-Bedarfsgemeinschaften nach Geschlecht und Staatsbürgerschaft	13
Abb. 16: Entwicklung der Altersstruktur der Leistungsberechtigten im SGB XII	14
Abb. 17: Entwicklung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	14
Abb. 18: Entwicklung der Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)	15
Abb. 19: Entwicklung der Hilfe in besonderen Lebenssituationen (HbL ausschließlich)	15
Abb. 20: Entwicklung der Hilfe in besonderen Lebenssituationen insgesamt (HbL, auch mit Grundsicherung/HLU)	16
Abb. 21: Entwicklung der Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen	16
Abb. 22: Entwicklung der Altersstruktur der Leistungsberechtigten nach AsylbLG	17
Abb. 23: Entwicklung der laufenden Leistungen nach Leistungsarten des SGB XII	18
Abb. 24: Quoten der erreichten Personen mit Anspruch auf BuT-Leistungen in Hessen	19
Abb. 25: Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe	20
Abb. 26: Entwicklung der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen	20
Abb. 27: Ausgaben für BuT-Leistungen	20
Abb. 28: Kinder und Jugendliche im Bezug von SGB II-Leistungen nach Altersgruppen	21
Abb. 29: Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern an allen Bedarfsgemeinschaften	22
Abb. 30: Gesamtbedarf Regelleistungen in den Bedarfsgemeinschaften	22
Abb. 31: Angerechnetes Einkommen von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in Offenbach und Hessen	23
Abb. 32: Haushaltsbudget von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in Offenbach und Hessen	23
Abb. 33: Entwicklung der Zahl von Kindern und Jugendlichen im Bezug von SGB II-Leistungen	24
Abb. 34: Entwicklung von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in ausgewählten hessischen Städten und Landkreisen	25
Abb. 35: Entwicklung der Altersstruktur von Kindern in Bedarfsgemeinschaften in ausgewählten hessischen Großstädten	25
Abb. 36: Entwicklung der SGB II-Hilfequoten bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren in hessischen Großstädten	26
Abb. 37: Entwicklung der SGB II-Hilfequoten bei Kindern unter drei Jahren in hessischen Großstädten	26
Abb. 38: Entwicklungsindex der Leistungsberechtigten im SGB II und SGB XII und der Bevölkerung sowie Entwicklung der Gesamtquote aller Leistungsberechtigten an der Gesamtbevölkerung	30
<u>Tabellen</u>	Seite
Tab. 1: Einwohner mit Migrationshintergrund am 31.12.2017 (Hauptwohnsitz)	38
Tab. 2: Sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung in Offenbach und Vergleichsregionen am Wohnort	38
Tab. 3: Sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung in Offenbach und Vergleichsregionen am Arbeitsort	38
Tab. 4: Bevölkerungsentwicklung in Offenbach	39
Tab. 5: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung	39
Tab. 6: Personen in Bedarfsgemeinschaften – Basiszahlen (<i>Jahresende</i>)	39

Tab. 7: Personen in Bedarfsgemeinschaften – Basiszahlen (<i>Jahresdurchschnitt</i>).....	39
Tab. 8: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Geschlecht und Alter (Jahresende).....	40
Tab. 9: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Geschlecht und Alter (Jahresdurchschnitt)	40
Tab. 10: Anteile von Altersgruppen von Frauen an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung.....	40
Tab. 11: Anteile von Altersgruppen an erwerbsfähiger Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre)	40
Tab. 12: Nicht-deutsche erwerbsfähige (ELB)/nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach Geschlecht (Jahresende).....	40
Tab. 13: Nicht-deutsche erwerbsfähige (ELB)/ nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach Geschlecht (Jahresdurchschnitt)	41
Tab. 14: Anteile von Altersgruppen Nicht-Deutscher an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung	41
Tab. 15: Altersgruppen und Anteile nicht erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (NEF).....	41
Tab. 16: Anteile von Altersgruppen nicht erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (NEF) an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung.....	41
Tab. 17: Anteile der Nicht-Deutschen an den nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (NEF) nach Altersgruppen	42
Tab. 18: Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern unter 18 Jahren (Jahresende)	42
Tab. 19: Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) unter 15 Jahre nach Typen von Bedarfsgemeinschaften (BG).....	42
Tab. 20: Typen von Bedarfsgemeinschaften (BG)	42
Tab. 21: Bevölkerung unter 65 Jahre (Bev) und Personen in Bedarfsgemeinschaften (PERS) nach ausgewählten Nationalitäten	43
Tab. 22: SGB II-Quoten (angenähert, auf Basis aller Personen in Bedarfsgemeinschaften) nach ausgewählten Nationalitäten	43
Tab. 23: Aufstocker und „Ergänzer“ unter den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB)	43
Tab. 24: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) mit Bruttoeinkommen (BE) aus Erwerbstätigkeit.....	43
Tab. 25: Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Zahlungsanspruch nach Leistungsarten	44
Tab. 26: Personen in Bedarfsgemeinschaften nach Statistischen Bezirken	44
Tab. 27: Bedarfsgemeinschafts (BG)-Typen / erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Statistischen Bezirken 2017	44
Tab. 28: Bevölkerung 0 bis unter 65 Jahre nach Statistischen Bezirken.....	45
Tab. 29: SGB II-Quoten nach Statistischen Bezirken.....	45
Tab. 30: Segregationsindex und Anteil von SGB II-Beziehern an der Gesamtbevölkerung.....	45
Tab. 31: Bedarfsgemeinschaften und ihre Personen in Hessen	46
Tab. 32: Leistungsberechtigte in Bedarfsgemeinschaften nach Bedarfsart in Hessen	46
Tab. 33: Durchschnittliche Personenstärke und Relationen in Bedarfsgemeinschaften (BG) Hessens.....	47
Tab. 34: Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren in Hessen Dezember 2017	47
Tab. 35: Zahlungsansprüche nach Leistungsart.....	48
Tab. 36: Entwicklungsindex der Zahlungsansprüche nach Leistungsart.....	48
Tab. 37: Anteile der Zahlungsansprüche nach Leistungsart an Gesamtzahlungsansprüchen	48
Tab. 38: Durchschnittlicher Zahlungsanspruch je Bedarfsgemeinschaft pro Monat	48
Tab. 39: Ziele und Zielerreichung 2017 für die Umsetzung des SGB II in Offenbach	48
Tab. 40: SGB XII-Bedarfsgemeinschaften/Personen nach Geschlecht/Staatsbürgerschaft	49
Tab. 41: Altersstruktur der SGB XII-Leistungsberechtigten.....	49
Tab. 42: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kap. 4 SGB XII)	49
Tab. 43: Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU, Kap. 3 SGB XII).....	49
Tab. 44: Hilfen in besonderen Lebenssituationen (ausschließl. Kap. 5-7 SGB XII)	50
Tab. 45: Hilfen in besonderen Lebenssituationen insgesamt	50
Tab. 46: Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen (nur Kap. 7 SGB XII).....	50
Tab. 47: Altersstruktur der Leistungsberechtigten nach AsylbLG	50
Tab. 48: Ausgaben SGB XII (Kap. 3-4 [laufende Leistungen], Kap. 5-7, 9)	50
Tab. 49: Ausgaben Grundsicherung.....	51
Tab. 50: Ausgaben Hilfe in besonderen Lebenssituationen (HbL, Kap. 5-7, 9)	51
Tab. 51: Ausgaben Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU).....	51
Tab. 52: Ausgaben Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen	51
Tab. 53: Ausgaben nach AsylbLG.....	51

Tab. 54: Anspruchsberechtigte und Anspruchnehmende des Bildungs- und Teilhabepakets 2017 in Offenbach	52
Tab. 55: Mit BuT-Leistungen erreichte anspruchsberechtigte Personen in Hessen 2017	52
Tab. 56: Entwicklung der Zahl der Personen mit Inanspruchnahme mindestens einer Leistung für Bildung und Teilhabe in Offenbach	53
Tab. 57: Ausgaben im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets 2017 in Offenbach	53
Tab. 58: Altersstruktur der Kinder und Jugendlichen im SGB II-Bezug im räumlichen Vergleich Dezember 2017	53
Tab. 59: Anteil der SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern im regionalen Vergleich im Dezember 2017	53
Tab. 60: Gesamtbedarf an Regelleistungen und Haushaltsbudgets in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) in Offenbach und Hessen im Dezember 2017	53
Tab. 61: Entwicklung der Zahl von Kindern und Jugendlichen im SGB II-Leistungsbezug und in der Bevölkerung in Offenbach	54
Tab. 62: Entwicklung der Zahl von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im regionalen Vergleich Dezember 2016 bis 2017 ..	54
Tab. 63: Entwicklung der Altersstruktur von Kindern in Bedarfsgemeinschaften im regionalen Vergleich Dezember 2016 bis 2017	54
Tab. 64: Entwicklung der SGB II-Quoten von Kindern unter 18 Jahren.....	54
Tab. 65: Entwicklung der SGB II-Quoten von Kindern unter drei Jahren.....	54
Tab. 66: Entwicklung der bundesweiten Rangfolge der SGB II-Quoten von Kindern unter 18 Jahren (Basis: 399 Jobcenter)	54
Tab. 67: Entwicklung der bundesweiten Rangfolge der SGB II-Quoten von Kindern unter 3 Jahren (Basis: 399 Jobcenter) ..	55
Tab. 68: Zahl der Kurzübernachtungen des Diakonischen Werkes 2017	55
Tab. 69: Hinweise beim Sozialamt auf unmittelbar drohende Wohnungslosigkeit.....	55
Tab. 70: Entwicklung der Zahl untergebrachter Leistungsberechtigter über die Zentrale Vermittlung von Unterkünften im Monatsdurchschnitt	55
Tab. 71: Entwicklung der Übernachtungszahl in Notunterkünften über die Zentrale Vermittlung von Unterkünften	55
Tab. 72: Entwicklung der Zahl gerichtlicher Zwangsräumungen und Einweisungen in Notunterkünfte.....	55
Tab. 73: Entwicklung der Zahl von Unterbringungen im Frauenhaus in Offenbach.....	55
Tab. 74: Zahl der Bewohner im dezentralen stationären Wohnbereich des Diakonischen Werkes nach Alter 2017	55
Tab. 75: Entwicklung der SGB II-Quoten Offenbach	56
Tab. 76: Entwicklung der Zahl von Leistungsberechtigten (LB) im SGB II/SGB XII, Bevölkerung und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	56
Tab. 77: Entwicklungsindex von Leistungsberechtigten im SGB II und SGB XII sowie Bevölkerung	56

8.10 Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
ALG I	Arbeitslosengeld I
ALG II	Arbeitslosengeld II
ALQ	Arbeitslosenquote
Amt 50	Sozialamt der Stadt Offenbach
Amt 81.2	Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach, Abt. 81.2 Statistik und Wahlen
Amt 81.3	Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach, Abt. 81.3 Soziale Stadtentwicklung und Integration, hier: Referat Sozialplanung
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz - Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet
AufnG HE	Hessisches Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen (Hessisches Landesaufnahmegesetz)
BA	Bundesagentur für Arbeit
BG	Bedarfsgemeinschaft
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BuT	Bildung und Teilhabe
ELB	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
ET	Erwerbstätigkeit
HbL	Hilfen in besonderen Lebenssituationen
HLU	Hilfe zum Lebensunterhalt
HSL	Hessisches Statistisches Landesamt
JC	Jobcenter
JD	Jahresdurchschnitt
k.A.	keine Angaben
Kap.	Kapitel
KdU	Kosten der Unterkunft
LB	Leistungsberechtigte
LfU	Leistungen für Unterkunft und Heizung
LK	Landkreis
NEF	Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte
RLB	Regelleistungsberechtigte
SGB II	Zweites Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitssuchende)
SGB III	Drittes Buch Sozialgesetzbuch (Arbeitsförderung)
SGB XII	Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe)
Tab.	Tabelle
UBQ	Unterbeschäftigungsquote
ZVU	Zentrale Vermittlung von Unterkünften

Impressum

Magistrat der Stadt Offenbach am Main
Arbeitsförderung, Statistik und Integration
Abteilung 81.3, Referat Sozialplanung
Berliner Straße 100
63065 Offenbach am Main

Tel. 069 8065-2275
Email: sozialplanung@offenbach.de
Internet: www.offenbach.de/sozialplanung



Über die Internetadresse www.offenbach.de/sozialbericht oder über den QR-Code kann der Bericht im pdf-Dateiformat herunter geladen.

Autoren: Ralf Theisen, Dr. Matthias Schulze-Böing

Juni 2018

Korrigierte Fassung September 2019

Korrekturen gegenüber der Printversion von Juni 2018 wurden in einem Erratum zusammengefasst und können bei o.g. Adresse angefordert werden.